



Nr. 184. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 14. März 1889.

Die Ursachen des vorjährigen Mangels an Kohlenwagen in Oberschlesien.

Als wir Ende November v. J. in mehreren Artikeln den im October und November mit besonderer Heftigkeit aufgetretenen oberösterreichischen Wagenmangel besprochen, glaubten wir für bald darauf eine eingehendere Erörterung der ganzen Wagenmangelfrage — namentlich auch bezüglich der Ursachen des Mangels und des durch ihn erwachten Schadens — in Aussicht stellen zu können. Leider jedoch war es unserem Referenten nicht möglich, die zugesagte Artikelreihe zu liefern, und so haben wir eine in dem kürzlich zur Ausgabe gelangten Februarheft der „Zeitschrift des Oberschl. Berg- und Hüttenmanns-Vereins“ veröffentlichte „Schlußberichtigung über den Mangel an Kohlenwagen in Oberschlesien in 1888“, in welcher wir im Wesentlichen das fanden, was wir unseren Lesern damals bringen wollten, mit um so größerer Freude begrüßt. — In vier Capiteln werden dort behandelt: „I. Umfang und Intensität des Wagenmangels im ganzen Jahr,“ „II. die Schäden, die aus dem Wagenmangel erwachsen,“ „III. die Ursachen des Wagenmangels“ und „IV. Schlüßfolgerungen aus dem letzten Capitel.“ Die Reihenfolge der Abschnitte etwas verändernd, wollen wir unseren Lesern zunächst bekannt geben, was über die Ursachen des Mangels gefragt ist, sowie die Schlüßfolgerungen, die aus den bezüglichen Darlegungen gezogen sind. Es heißt hierüber in dem genannten Heft (Seite 69 ff.):

Wenn man von den elementaren Betriebsstörungen (Schneeverwehungen und Überschwemmungen) absieht, die einen großen Theil des Mangels an Kohlenwagen in Oberschlesien im März v. J. verschuldeten, so bleibt für die übrigen Wagenmangelzeiten lediglich zwei Hauptursachen übrig: eine sehr bedeutende Steigerung des Kohlenverkehrs und eine ungenügende Stärke des Wagenparks. Zu untersuchen wird sein, ob diese Factoren derart waren, daß der Wagenmangel, wie er in Oberschlesien herrschte, als nach Lage der Verhältnisse und bei gehöriger Voraussicht unvermeidlich angesehen werden muß.

Wie wenig im einzelnen Falle die Steigerung des Kohlenverkehrs an dem Wagenmangel schuld war, das zeigen auf das Geläufigste die Monate Juni und October. Denn in der 1. Hälfte Juni herrschte ein Wagenmangel von im Durchschnitt 106 Wagen, trotzdem die durchschnittliche Tages-Bestellung um 44 Wagen geringer war als die vorjährige Tages-Gestaltung; und auch im Monat October, in welchem allerdings die Bestellungen gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegen waren, war die Gestaltung eine so geringe, daß sie nicht einmal ausgereicht hätte, die Bestellung des Vorjahrs zu decken. Auch hier wäre also Wagenmangel vorhanden gewesen, selbst wenn gar keine Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingetreten wäre.

Aber auch wenn man von den einzelnen Monaten ganz absieht und lediglich die Gesamtleistung in 1888 betrachtet, wird man finden, daß die so bedeutende Verkehrssteigerung dieses Jahres durchaus nicht in dem Sinne die Hauptschuld an dem Wagenmangel trug, in welchem sie ihr in fast allen offiziellen und offiziösen Darstellungen aufgebürdet wird. In diesen wird nämlich die in 1888 stattgehabte Verkehrssteigerung (im oberösterreichischen Kohlenbezirk 13,2 pCt) als eine ganz exorbitante bezeichnet, als eine solche gewissermaßen, wie sie Niemand hätte voraussehen können. Wie wenig dies speziell für Oberschlesien zutrifft, das zeigen zwei Übersichten (nach der vom Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein geführten Statistik zusammengestellt), von denen die erste die Steigerung der Förderung in den letzten 26 Jahren angibt, und von denen die zweite, betreffend die Steigerung des Eisenbahnuverbands in den letzten 10 Jahren, beweist, daß dieser — wie ja auch ganz naturgemäß — in relativ noch weit erheblicherem Grade als die Förderung zunimmt.

Seit fast 30 Jahren schon verläuft nach dieser Statistik das Kohlengeschäft in Oberschlesien derart, daß — so groß auch die einzelnen Jahresschwankungen sein möchten — in jedem Jahrhundert schon ein gewisser Ausgleich infosfern erfolgte, als für je fünf Jahre eine Zunahme der Förderung ziemlich gleichmäßig um 2000000 Tonnen stattfand. Dies war natürlich nur dadurch möglich, daß immer auf zwei bis drei schwache Jahre ein bis zwei besonders starke folgten — und so war es eigentlich nur einer 30jährigen Vergangenheit entsprechend, daß nach den so überaus schwachen Zunahmen in 1885, 1886 und 1887 einmal wieder ein so starker Zuwachs, wie der leitjährige, eintrat.

Wenn diese Statistik in Oberschlesien fast für die 30 letzten Jahre lehrt, daß durchschnittlich pro Jahr 8000000 Gr. oder über 6 pCt. des Vorjahres mehr gefördert also auch mehr per Bahn verbandt wurden, daß in jedem Jahrhundert nach zwei bis drei Jahren mit nur wenigen Procenten Steigerung, 1 und 2 Jahre vorhanden waren mit 8, 10, 12 bis 16 pCt. Verstärkung: so ist das sonder Zweifel doch ein wahrhaft zwingender Grund für die Bahnverwaltung, sich in jedem einzelnen Jahr von Neuem auf diese statistisch nachgewiesene Steigerung von über 6 pCt. einzurichten — ganz unabhängig davon, ob im letzten und vorletzten Jahre diese Steigerung auch wirklich statiegesehen hat oder nicht.

Weiter wird in der citirten Fachzeitschrift die Frage untersucht, ob auch bei dem Wagenpark, wie er tatsächlich in 1888 zur Verfügung stand, es nicht möglich gewesen wäre, durch bessere Vertheilung des insgesamt nicht zu vermeidenden Mangels auf die einzelnen Reviere, den Wagenmangel speziell in Oberschlesien zu einem weniger abnormal zu gestalten, als er in Wirklichkeit gewesen. In dieser Beziehung wird darauf hingewiesen, 1) daß im Winter und im Sommer auf Grund eines und desselben Princips vertheilt wird; und 2) daß dieses Prinzip den wichtigsten Eigenhümlichkeiten des oberösterreichischen Ablasses so gut wie gar nicht Rechnung trägt. Durch beide Punkte sei Oberschlesien auf das Entschiedenste benachtheiligt gewesen, wie eingehend nachgewiesen wird.

Im letzten Theil des Artikels werden die Lehren und Vorschläge für die Zukunft, die sich aus den Erfahrungen der Vorjahre und besonders des letzten Jahres ergeben, in 5 Forderungen zusammengefaßt, als welche wir kurz aufführen: eine einmalige außerordentliche Verstärkung des Wagenparks, eine fortlaufende jährliche Verstärkung, schnelle Beförderung der Züge, gleichmäßige Vertheilung der Wagen und Berücksichtigung des Maximums der Verkehrsansforderungen. Ausführlich wird, alsdann noch nachgewiesen, welche schweren

Schädigungen der oberösterreichischen Kohlenindustrie durch den Wagenmangel des letzten Herbste zugefügt worden sind. Es kommt da hauptsächlich in Betracht: das Zurückziehen von Bestellungen und die Unterlassung von neuen Bestellungen, der Verlust mühsam erworberter Absatzgebiete, die Unmöglichkeit, die Conjectur zur Steigerung der Kohlenpreise zu benutzen, die Benachtheiligung der Kohlenarbeiter. Die betreffenden Summen belaufen sich auf Hunderttausende. Der Wenigerverdienst der oberösterreichischen Kohlenarbeiter in den Monaten October und November wird allein auf rund 300000 M. berechnet.

Wir wünschen deshalb mit den oberösterreichischen Interessenten (und in unserem eigenen Consumenten-Interesse), daß die schweren im Vorjahr gemachten Erfahrungen und die Würdigung, welche dieselben seit nunmehr fast Jahresfrist immer und immer wieder in der wirtschaftlichen Interessenvertretung Oberschlesiens, dem Berg- und Hüttenmännischen Verein zu Katowitz (bzw. seiner Zeitschrift) gefunden haben, für kommende Zeiten die besten Früchte tragen möchten.

Deutschland.

Berlin, 12. März. [Das Socialistengesetz.] Mit dem Herbst 1890 läuft die Gültigkeit des Socialistengesetzes ab. Die Frage, ob dasselbe verlängert oder beseitigt werden sollte, beschäftigt vielfach die Presse der Mehrheitsparteien, soll auch schon im preußischen Staatsministerium und in Conferenzen zwischen dem Kaiser und dem Kanzler berathen werden sein. Die nationalliberalen Führer, insbesondere Herr von Marquardsen, wie schon Jahre zuvor Herr Gneist, haben die Beseitigung des Ausnahmegesetzes für räthlich erklärt, und ein hervorragendes Blatt jener Partei hat dasselbe sogar eine „Vorschule der Revolution“ genannt. Gleichwohl wird man schwerlich hoffen dürfen, daß das Socialistengesetz aufgehoben werde, so lange Fürst Bismarck an der Spitze der Verwaltung steht. Einzelne Blätter, welche officielle Beziehungen unterhalten, verlangen vielmehr einfach, daß eine Aenderung des Gesetzes nur dahin erfolge, daß der Endtermin desselben fortfalls. Das Ausnahmerecht soll mithin lediglich zu einer dauernden Einrichtung der deutschen Rechtsordnung werden. Daß sich der Reichstag zu einer solchen Einräumung verstehe, ist freilich auch nicht anzunehmen, dagegen verdienen alle Vorschläge, welche auf eine Erzeugung des Socialistengesetzes durch eine Aenderung des Strafgesetzbuches hinauslaufen, die vorsichtigste Beurtheilung. Solche Vorschläge — und nationalliberale Schriftsteller haben darüber schon ganze Broschüren veröffentlicht — sind nichts weniger als neu. Man weiß sehr gut, daß es in gewissen Kreisen nur willkommen wäre, Handbücher wie gegen die sozialdemokratische Presse und die Vereine jener Partei auch gegen andere Parteien zu erlangen, welche sich augenblicklich in der Opposition befinden. Sollen die Zwecke, welche man mit dem Socialistengesetze verfolgt, nicht ausgegeben, sondern nur mittels des Strafgesetzbuches erweitert und erreicht werden, so kommt man zu der Kaufduktivelle vom Jahre 1875, welche am entschiedensten von der nationalliberalen Partei, deren Wortschriften freilich damals noch Laster war, befämpft wurde. Da sollten die strengsten Strafen auf Angriffe auf die Institute der Familie, der Ehe, des Eigenthums, auf die Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit gezeigt werden, und selbst allgemeine Angriffe gegen Staat oder Reich sollten geahndet werden. Der Inhalt der Novelle war dergestalt, daß Laster mit Recht sagen konnte, selbst unter der Herrschaft des alten Bundes habe man eine derartige Beschränkung der freien Meinungsäußerung nicht für nothwendig erachtet. Auf derart dehnbare und jede Kritik vernichtende Bestimmungen aber würde zweifelsohne heute die Übertragung des Ausnahmerechtes gegen die Socialdemokratie in das allgemeine Recht hinauslaufen. Ist es doch kennzeichnend, daß den Nationalliberalen nicht einmal die Vorschläge genügen, welche der Abgeordnete Dr. Hanel bei der Berathung des Socialistengesetzes machte! Der fortschrittliche Jurist wollte ebenfalls die Ehe, die Familie und das Eigenthum unter besonderem Rechtsschutz stellen, aber nur gegen solche Angriffe, welche in beschimpfender oder den öffentlichen Frieden gefährder Weise erfolgen und zu feindseligen Parteien anreizen. Dem jüngsten nationalliberalen Schriftsteller über diese Materie ist diese — von der damaligen Fortschrittspartei keineswegs eimüthig unterstützte oder genehmigte — Verschärfung weitaus nicht genügend, da „diese ängstliche Verklausulierung die Strafandrohung so gut wie gänzlich illusorisch gemacht hätte“. Er verlangt eine viel weitere Fassung, er fordert sogar eine Ergänzung des § 131 des Strafgesetzbuches, nach welcher nicht nur, wer durch erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit in der öffentlichen Meinung herabwürdig, sondern auch nur fahrlässig solche Mittheilungen verbreitet, bestraft werden soll. Also wer irgend eine Anordnung der Obrigkeit „in der öffentlichen Meinung herabwürdig“, soll in das Gefängnis wandern, wenn sich herausstellt, daß die Anordnung in irgend einem Punkte „entstellt“ war; er soll bestraft werden, auch wenn er im guten Glauben handelte. Das ist der Charakter der „Verbesserungen“ des Strafgesetzbuches, welche zur Erzeugung des Socialistengesetzes vorgeschlagen werden. Die früheren „Haß- und Verachtungs“-Paraphren sind dagegen Muster milder und weiser Gesetzgebung. Die Frage liegt nicht so, ob Socialistengesetz oder gemeinsches Recht, sondern ob Verlängerung oder Abschaffung des Gesetzes sans phrase. Ein Drittes führt immer nur vom Regen unter die Traufe. Und wir stimmen darum für vorbehaltlose Aufhebung des Ausnahmegesetzes.

[Die Neuorganisation der obersten Marinebehörden.] In der dem Nachtrags-Etat beigegebenen Denkschrift über die Neuorganisation der obersten Marinebehörden wird Folgendes dargelegt: Zur Zeit vereinigt der Chef der Admiraltät in seiner Person die Funktionen des Oberbefehlshabers und des obersten Verwaltungs-Chefs der Marine. Eine Übertragung dieser Funktionen auf verschiedene Personen unter Gründung eines Obercommodors und eines Reichs-Marine-Amts, des ersten für den Oberbefehl, des zweiten für Technik und Verwaltung, ist aus folgenden Gründen notwendig:

1) Der Umfang der Geschäfte des Chefs der Admiraltät wird mit der hevorstehenden ferneren Erweiterung der Marine im Personal wie Material ein so bedeutender, daß, wenn schon bisher die Bewältigung der dem Chef der Admiraltät zufallenden Aufgaben ungewöhnliche Leistungsfähigkeit voraussetzte, künftig die Arbeitskraft einer noch so begabten Person nicht mehr ausreichen wird, um die auf dem Gebiete des Commandos, der Technik und Verwaltung auftretenden Fragen

in ihrer Gesamtheit zu umfassen und mit derjenigen Sachkenntniß zu behandeln, welche das dienstliche Interesse erfordert.

2) Im Falle einer Mobilisierung machen die militärischen Aufgaben der Marine bei gleichzeitiger erheblicher Vermehrung des Personals und der in Dienst gestellten Schiffe die Trennung des Oberbefehls von der Verwaltung zu einem unabsehbaren Bedürfnis. Soll diese Trennung erst nach Ausbruch des Krieges zur Durchführung gelangen, so kann der Übergang aus der Friedens- in die Kriegsorganisation mit den folgenschwersten Nachteilen für die Schlagfertigkeit der Marine verknüpft sein.

In Erwägung dieser Gesichtspunkte steht die neue Organisation eine Trennung in der Weise vor, daß in dem Obercommando der Marine eine Centralstelle der Commandoführung über die in Dienst befindlichen Geschwader und Schiffe, sowie über die Commando-Behörden am Lande geschaffen wird, während dem Reichs-Marine-Amt die Verwaltung unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers obliegt. Dem Obercommando wird die Sicherstellung der militärischen Leistungsfähigkeit der Marine zufallen, Mobilisierung, Erfüllung und Invalidenweisen, Ausbildung des gesamten militärischen Personals, Verwendung der Streitkräfte in Krieg und Frieden, dem Reichs-Marine-Amt die Bereitstellung der Mittel für diesen Zweck.

Die Reichstags-Commission für die Altersversicherung nahm am Dienstag Nachmittag zunächst § 29 (Berechte der Renten) unverändert nach den Beschlüssen der ersten Lesung an. Mit § 30 beginnt der zweite Abschnitt über die Organisation. Die §§ 30—36, welche von den Versicherungsanstalten und deren Vorstand handeln, erfuhrn ebenso keine Änderung. § 37 handelt von dem, für jede Versicherungsanstalt zu bildenden Ausschuß. Hier wurde ein Antrag Gebhard angenommen, welcher die Vereinigungen der Seefahrer mehr berücksichtigt, und der Schluss des Paragraphen wie folgt gefaßt: „Soweit die Vorstände der Kassen und Vereinigungen aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, nehmen bei der Wahl die Arbeitgeber angehörige Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die den Vertretern angehörigen Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten Theil.“ In § 40 wurde auf den Antrag Struckmanns der Satz aufgenommen: „Die Anzahl der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten muß gleich sein.“ Die weiteren Paragraphen bis § 67 erfuhrn fast gar keine Veränderung gegen die Beschlüsse der ersten Lesung, § 68 jedoch erhielt auf den Antrag Hahns (Cons.) folgende neue Fassung: „Über die Revision entscheidet das Reichsversicherungsamt. Das Rechtsmittel ist bei denselben binnen vier Wochen nach der Zustellung der Entscheidung des Schiedsgerichts einzulegen. Die Revision kann nur darauf gefügt werden, 1) daß die angefochtene Entscheidung auf der Richtanwendung oder auf der irrtümlichen Anwendung des bestehenden Rechts beruhe; 2) daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.“ In § 79 wurde auf den Antrag des Dr. Porch (Centrum) folgender Zusatz beschlossen: „Die Postanstalt ist berechtigt, an den Inhaber des Berechtigungsausweises Zahlung zu leisten.“ Die Beschlusftaufung über § 84: Höhe der Beiträge pro Woche in den vier Postklassen, wurde ausgelebt bis zum Schluß der zweiten Beratung und zur Bebringung von weiteren Zahlungsmaterial. Nachdem noch die §§ 85, 86 und 87 mit unwesentlichen Änderungen gegen die erste Lesung angenommen waren, wurde die Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch vertagt.

[Unsere officielle Presse] bildet den Gegenstand der Be- sprechung in der „Allg. conservativen Monatsschrift“. Diese schreibt:

„Gegen den Napoleonismus der Berliner Offizieren, gegen die vollendete Charakterlosigkeit, mit welcher diese Presse so häufig verfährt, haben wir schon vor Jahren Protest erhoben, haben vielfältig darauf hingewiesen, wie bedenkliche Folgen für das Volksleben und Volksgeist es haben muß, wenn gerade in den Blättern, welche für Organe der Regierung gehalten werden, heute für schwarz erklärt wird, was man gestern noch für weiß ausgab. Und selbstredend — wir geben das zu — halten wir die Lage nicht für verbessert, sondern für verschlimmert, wenn neben den früher verarbeiteten Fortschritten und Freiheiten neuerdings die besten christlichen und monarchischen geistigen Männer in unwürdigster Weise vor das Weltgericht genommen werden. Eine Zeit lang läßt sich ohne Zweifel auch mit dieser Methode regieren. Wenn aber allmälig, wie es nicht ausbleiben kann, das Capital an Treu und Glauben aufgezehrt sein wird, welches die Altväter gesammelt, weil sie selbst aus Treu und Glauben hielten, wenn der Reihe nach von den officiellen Blättern alle Parteien unter die Reichsfeinde verwiesen werden, so daß schließlich nur der reine Gouvernementismus und Personencultus als zulässig übrig bleibt, so ist gewiß, daß das Volk gelehrt genug sein wird, das Evangelium des Opportunismus, wenn man es ihm immer wieder anpreist, endlich zu lernen. Daß dann eine bessere Zeit anbrechen wird, glauben wir freilich kaum. Im Gegenteil lehrt die Gedichte, daß es nach Zerstörung alles Charakters selten für opportun gehalten wird, der jeweiligen Regierung zu folgen; sondern im Gegenteil werden die Monarchie als solche und der Staat als solcher bald genug auf ihre Opportunität geprüft.“

[Haussuchung.] Die „Volks-Ztg.“ schreibt: „Heute (Dienstag) Nachmittag um zwei Uhr fand in der Privatwohnung Dr. Mehring's (Redakteur der „Volks-Ztg.“) durch den Criminalcommissionär v. Tauch und mehrere Polizeibeamte eine Haussuchung statt. Auf die Frage Mehring's nach dem Gerichtsbefehl erklärte der Criminalcommissionär, die Haussuchung sei eine Fortsetzung der am Morgen in der Redaktion der „Volks-Ztg.“ vorgenommenen und habe den gleichen Zweck. Auf den weiteren Einwand Mehring's, daß der Gerichtsbefehl die Durchsuchung nach dem Manuscript des Leitartikels der „Volks-Ztg.“ vom 9. d. M. ausdrücklich auf die Redaktionräume der „Volks-Ztg.“ beschränke, schritt der Criminalcommissionär von Tauch alle weiteren Erörterungen mit dem Bemerk ab, er habe den Befehl zur Haussuchung und werde dieselbe unter allen Umständen vornehmen; Mehring könne ja protestieren und sich nachher beschweren. Nach nochmaligem Protest öffnete nunmehr Mehring alle verdeckbaren Fächer seines Schreibisches und seiner Bücherchränke. Der Schatz an vorgefundenen Briefen und Schriftstücken war nicht ganz so groß, wie der am Morgen in der „Volks-Ztg.“ vorgefundene, denn während zum Transport des letzteren ein Kofferack aus dem nächsten Kaufmannsladen bezogen werden mußte, genügten zwei in einander geschlagenen Nummern der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, um die in Mehring's Wohnung vorgefundenen Briefe und Schriftstücke zu beherbergen. Zwischenzeitlich ist Mehring durch seinen Rechtsbeistand belehrt worden, daß seine Voraussetzung, zu einer Haussuchung gehöre eine richterliche Befehl, wieder einmal eine höchst „reichsfeindliche“ Voreingenommenheit für die Rechtsgewohnheiten des „perfidus Albion“ verrate. § 105 der Strafprozeßordnung schreibt vor: „Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzug auch der Staatsanwalt und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hilfsbeamten der Staatsanwaltshaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.“ Da nun bereits der Beschluß des hiesigen Amtsgerichts I, Abtheilung 84, festgestellt, daß „in dem vorliegenden Falle Gefahr im Verzuge“ sei, so erweist sich der Protest Mehring's gegen die Vornahme der Durchsuchung in seiner Privatwohnung als ein allerseits harmloser und unschädlicher Zwischenfall.“

[Wiederverkauf des Victoria-Theaters.] Der „Volks-Ztg.“ wird folgendes gemeldet: Das Victoria-Theater, welches bekanntlich vor noch keinem Jahre von den Cierfschen Erben an die Königstädtische Bau-gesellschaft verkauft wurde, ist von dieser an ein Finanzconsortium weiter verkauft worden, und dasselbe hat auch die Gärten der angrenzenden Hinterhäuser der Grenadierstraße und Hirtenstraße angekauft. Ebenso ist der größte Theil der Häuser der Beydingerstraße, der Durchbruchsstelle der Linienstraße, von dem Confortium angekauft, und zwar unter der Bedingung, daß seitens der Stadt die Genehmigung zur Anlegung der neuen Straße, die mithin eine Verlängerung der Kaiser Wilhelmstraße

ist, erheilt wird. Die Königstädtische Baugesellschaft soll bei dem Weiterverlauf des Victoria-Theaters an das oben erwähnte Consortium einen Neingewinn von 400 000 Mark erzielt haben.

[Der Criminal-commissar Trommer] ist in Folge der wegen des bekannten Prozesses gegen ihn eingeleiteten Disciplinar-Untersuchung mehrfach seiner Stellung als Criminalcommissarius der vierten Abtheilung des Polizeipräsidiums enthoben worden.

[Ein ungemütlicher Vorfall auf dem Stadtbahnhofe] lag einer Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Grunde, welche den Töpfer August Arnold am Dienstag vor das Schöffengericht führte. Die Verhandlung war eine von jenen, in denen sich zwei Zeugengruppen in ihren Aussagen diametral gegenüberstanden. Am 25. August spät bildete sich auf dem Stadtbahnhof Börse ein Menschenauftum. Ein Arbeiter mit blutender Hand, welcher behauptete, durch das Zutreten einer Thür seitens eines Beamten gequält worden zu sein, war augenscheinlich mit dem Stations-Assistenten Neumann in Meinungsstreit geraten, welcher seitens des letzteren ziemlich heftig geführt wurde und dadurch zahlreiche Neugierige herbeilockte. Unter den Letzteren befand sich auch der Angeklagte, welcher sich unmöglich Weise einmischte und dadurch in ein unangenehmes Abenteuer geriet. Ueber das leichtere sind nun die Augenzeugen grundverschiedener Meinung. Nach der Darstellung des Angeklagten wäre er zu einer Einnistung nur veranlaßt worden durch die übermäßig energische Art, in welcher der Assistent Neumann die Beschwerden des Verletzten zurückgewiesen habe. Der Beamte habe dann dem angesammelten Publikum befohlen, sofort den Perron zu verlassen, währendfalls Anklage wegen Häuslerschadens erfolgen werde. Die Anwesenden hätten sich auch langsam entfernt, trotzdem aber habe der Stations-Assistent Neumann, unterstützt durch andere Beamte, ihn durch Plüsse in den Rücken über die Treppe hinab expediert, und als ihm an der Thür noch ein gefühlvoller Abschied gegeben werden sollte, wobei Schimpfworte wie "Rummelsburger Judentümme" ziefien, habe er sich umgedreht und mit seinem Regenschirm dem Stations-Assistenten Neumann einen Schlag über den Kopf versetzt. Die Beamten hatten ihn dann wieder ergriffen, in das Bahnhofsgebäude zurückgebracht und empfindlich mishandelt. Der Angeklagte hat auch eine Anzeige wegen Misshandlung, Beleidigung und Freiheitsberaubung erstattet, und danach ist gegen ihn selbst die Denunciation wegen Widerstandes eingegangen. Die Zeugen trennten sich in zwei große Gruppen. Die Gruppe Eisenbahnbame stellte den ganzen Vorfall durchaus zum Nachtheile des Angeklagten dar und wollte von Thätschkeiten und Beleidigungen des Stations-Assistenten Neumann nichts gesiehen haben. Die Angaben des Angeklagten wurden durch fünf denselben nicht bekannte Zeugen unterstützt, welche seiner Zeit Augenzeuge des Vorfalls gewesen waren und sich freiwillig zum Zeugniss gemeldet hatten. Ihre Darstellung deckte sich in verschiedenen Punkten nicht, doch bekundeten sie übereinstimmend, daß nach ihrer Ansicht der Stations-Assistent Neumann angetrunken gewesen sei müsse, daß er den freiwillig sich entfernenden Angeklagten in der That in der geschilderten nachdrücklichen Weise vormächtig geschoben und erst nach dem Abschieds-Puff den Hieb mit dem Regenschirm erhalten habe. Trotzdem hielt der Staatsanwalt einen Widerstand für vorliegend und beantragte 40 M. Geldbuße ev. 8 Tage Gefängnis. R. A. Dr. Reiche führte dagegen aus, daß nach der Schilderung der fünf Entlastungszeugen der Stationsassistent Neumann sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden, sondern über die Grenzen seiner Befugnisse weit hinausgegangen sei. Der Gerichtshof hielt sämtliche Zeugen nicht für ganz zuverlässig, schenkte dagegen der Darstellung des Angeklagten vollem Glauben und sprach denselben frei, weil sich derselbe in der Robe sehr befunden, als er dem Beamten mit dem Regenschirm einen Schlag über den Kopf gab.

Österreich-Ungarn.

x. Wien, 11. März. [Bedeutsame Erklärungen des Minister-Präsidenten.] — Nicht „Fortwursteln“ aber „Durchfretten.“ — Eine Kundgebung gegen den Antisemitismus. — Graf Taaffe hat während seiner zehnjährigen Ministerpräsidentschaft bereits zweimal das Malheur gehabt, daß ihm der Dispositionsfonds per 50 000 Fl. vom Abgeordnetenhaus verworfen wurde. Wie das so seine leichte Art ist, hat der Graf sich diese Vora nicht sehr zu Herzen genommen und ruhig weiter agiert, als ob nichts geschehen wäre. Heuer wurden die 50 000 Fl. mit der knappen Majorität von neun Stimmen bewilligt. Dieses günstige Resultat ist schwerlich durch die Rede herbeigeführt worden, die der Cabinetschef bei dieser Gelegenheit gehalten hat, denn diese Rede dürfte kaum nach dem Geschmack der Tschechen, noch weniger aber nach dem der Slovenen sein. Graf Taaffe berührte das Thema der Gleichberechtigung und stellte sich dabei auf einen Standpunkt, der in der Theorie wenigstens sich von dem, welchen die Deutsch-Liberale in dieser Frage einnehmen, absolut nicht zu unterscheiden ist. Die Gleichberechtigung, sagte er, dürfe nicht immer nach dem Buchstaben betrachtet werden, sondern nach dem Sinne; es müsse die Möglichkeit vor Augen gehalten werden, wie, wann und wo dieselbe durchführbar sei. Und das zu beurtheilen, sei Aufgabe der Regierung. Und

weiter: der gute Wille der Regierung ist vorhanden, so weit es eben zulässig ist, so weit es die Stellung und die Kraft der Monarchie nach innen und außen gestatten, die Gleichberechtigung durchzuführen. Zum ersten Male, seit Graf Taaffe mit so wenig erfreulichem Erfolge an der Volksversöhnung arbeitet, ist von der Ministerbank dem Verlangen nach Gleichberechtigung der Nationalitäten in Österreich eine Grenze gesetzt worden. Ohne Besinnen könnten Plener und Herbst und Schmerling den dritten Satz unterschreiben. Denn nie sind die Deutschen als Gegner jener Gleichberechtigung aufgetreten, welche die „Stellung und die Kraft der Monarchie gestattet“. Was sie bekämpften und stets bekämpfen werden, ist die von Czechen und Slovenen immer und immer wieder geforderte mechanische Gleichberechtigung, welche dem kleinsten Volksstamm dieselben sprachlichen Rechte zuerkannt wissen will, wie den Deutschen, welche in Böhmen und anderwärts direct und indirect zur Zurückdrängung des Deutschthums und damit unzweckhaft zur Schwächung der Monarchie nach innen und außen führen muß. Nun ist allerdings abzuwarten, ob Graf Taaffe sich der Tragweite seiner Worte und des Widerspruchs, in dem dieselben zu seinen bisherigen Thaten stehen, voll bewußt war. Unser Ministerpräsident, der gewiß nicht ohne staatsmännische Fähigkeiten sein mag, weil er sonst wohl schwierlich im Stande gewesen wäre, die dispartaten Elemente der Parlamentsmajorität zusammenzuhalten und sich am Ruder zu erhalten, ist kein großer Redekünstler vor dem Herrn. Er hält überhaupt keine „Reden“, sondern was er spricht, sind immer nur Improvisationen des Augenblicks, bei denen ihm die Worte augenscheinlich ohne viel Nachdenken von den Lippen sprudeln. Man darf deshalb die Bedeutung seiner Emanation über die Gleichberechtigung vorläufig nicht überschätzen, und das um so weniger, als er ja in einem Atem erklär hat, die Regierung werde auch fernerhin ihrem Programm treu bleiben, und sie hege die Überzeugung, doch wenigstens eine „theilweise“ Versöhnung beziehungsweise Verständigung zu Stande zu bringen. — In seinen Auslassungen zum Dispositionsfonds hat Graf Taaffe auch Gelegenheit genommen, sich dagegen zu vertheidigen, daß er das ihm in den Mund gelegte Wort „fortwursteln“ jemals wirklich gebraucht habe; leider hat der Minister-Präsident sich mit dieser Negation nicht begnügt, sondern in seinen burschikosen Manieren sich eines anderen Wienerischen Ausdrucks bedient, den er heute gewiß schon gerne wieder zurückzöge. Es sagte nämlich, daß er trachten werde, sich mit den 50 000 Fl. des Dispositionsfonds, wiewohl die Summe kaum ausreiche, „durchzufretten“ (das heißt so viel als: das Auslangen finden). Auf diesen Ausdruck, fügte er hinzu, möge man sich berufen, nicht aber auf jene vom „fortwursteln“, den man ihm nur in den Mund gelegt. Das Haus lachte über den „G'späf“, aber ich glaube, Graf Taaffe gäbe was drum, wenn er ihn nicht gemacht hätte. Noch in derselben Sitzung hat Herr von Plener unter dem Beifall der Linten darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident über seine persönliche Auffassung der Aufgaben eines leitenden Staatsmannes und seiner Regierungsmethode mit dem Worte „durchfretten“ die vernichtendste Selbstkritik geliefert habe. Und so wird man sich im Parlament wie in der Presse wohl noch öfter, als ihm lieb sein wird, auf das charakteristische Wort des Grafen Taaffe „berufen“. Es scheint eben nicht, daß er bei dem Erfolg des erfundenen „Fortwursteln“ mit dem durch das stenographische Protokoll beglaubigten und verewigten „Durchfretten“ ein sonderlich gutes Geschäft gemacht hat. — Die unleugbaren Erfolge, welche die demagogischen Agitationen der Antisemiten und der mit ihnen zur Partei der „Vereinigten Christen“ verbündeten Clerikalen und Czechen in den breiten Schichten der Wiener Wählervschaft tatsächlich erzielten, haben endlich die liberale Partei der Residenz aus ihrer lethargie aufgerüttelt und zu einer Action veranlaßt. Ein Comité der angesehensten Wiener Bürger, mit dem ehemaligen Handelsminister R. v. Chlumetzky an der Spitze, hat gestern anlässlich der bevorstehenden Gemeinderathswahlen eine allgemeine Wählerversammlung einberufen, die sich zu einer imposanten Kundgebung gegen den Antisemitismus und dessen Tendenzen gestaltete. In so entschiedener und rücksichtsloser Weise ist bisher öffentlich dem Antisemitismus noch nicht zu Leibe gegangen worden, wie gestern. R. v. Chlumetzky bezeichnete unter stürmischer Zustimmung die „Vereinigten Christen“ als eine Coalition der extremsten Nur-Deutschen mit den entschiedensten Gegnern des deutschen Volksthums, der unbedingtesten Bewunderer außerösterreichischen Wesens mit rück-

krümmenden Byzantinern, der radikalsten Demagogen mit rücksichtlichen Finsterlingen. Und der Kampf, den diese Coalition führt, sei ein Kampf gegen Besitz und Intelligenz, ein Kampf, von dem nur das Eine gewiß ist, daß er der Reaction zu Gute kommt. Ein anderer Redner, ein Gewerbetreibender, beklagte, daß viele Kleingewerbetreibende den antisemitischen Agitatoren auf den Leim gegangen seien und sprach die Hoffnung aus, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo diese unreinen Elemente, die sich nur durch Ignoranz und Skandal suchten auszeichnen, aus der Wiener Rathsküche und den heiligen Hallen des Tempels der Gesetzgebung hinausgetrieben werden würden. Eine glänzende Rede hielt der Rector magnificus Prof. Suek, in der er die Notwendigkeit, der antiliberalen Liga eine Liga der staatsbürgerschen Freiheit entgegenzustellen, begründete. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich in scharfer Weise gegen das Eindringen eines Elementes in die Gemeindevertretung, welches im Dienste der Reaction die Svalzung der Bürgerschaft zum Ziel hat, kehrt und die fortschrittlich gesinnte Bürgerschaft auffordert, Mann für Mann durch ihr Votum einzustehen für Freiheit und Gerechtigkeit, für das Wiederaufblühen Wiens und die Würde seiner Vertretung. Die Resolution wurde einhellig angenommen. Der Vorsitzende bezeichnete dieselbe in seinem Schlusssatz als einen Protest gegen die Zunuthung, als ob die Wiener Bürger sich unter das „Kainzeichen des Antisemitismus“ stellen und der Reaction Dienste leisten wollten. So viel über den Verlauf der Versammlung. Soll derselbe irgend einen Nutzen stiften, dann werden die Liberalen nicht wieder unthätig die Hände in den Schoß legen dürfen, sondern die Agitation in intensiver Weise nach den einzelnen Bezirken verlegen müssen. In acht Tagen schon finden die Wahlen in den Gemeinderath statt und es ist sehr zweckhaft, ob die Liberalen mit ihrer Action für diesmal noch zurecht kommen.

Schweiz.

Über die Vorgänge im Kanton Tessin wird der „Fr. Ztg.“ aus Bern, 11. März, geschrieben:

Schon hatten wir geglaubt, daß im Kanton Tessin nun Alles friedlich verlaufen werde, und von dem Truppenaufgebot erwartete man einzig die Sicherung der Ruhe beim Zusammentreffen des Großen Rates, — da brachte uns der Telegraph gestern und heute Nachrichten über einen Conflict, welcher zwischen dem eidgenössischen Commissär und der canionalen richterlichen Gewalt eingetreten ist. Es waren im Laufe der letzten Tage vier Personen verhaftet worden, drei Conservative und ein Radikaler, die ersten, wie die Berichte sagen, wegen Polizeivergehen, der letztere, Antonio Belloni, als Urheber zweier Attentate, deren Charakter aber noch näher festgestellt werden muß. Es soll Antonio Belloni den Schlag (geführt oder) veranlaßt haben, welchen der conservative Advocate Soldati in Lugano erhielt, ohne davon besonderen Schaden zu nehmen; er soll aber auch Schuld an einer, einem gewissen Paolo Molinari beigebrachten schweren Verwundung sein. Die drei conservativen Gefangenen sind bald nach ihrer Verhaftung wieder freigegeben worden, nicht aber Belloni. Nun ist auch dessen Freilassung, wie es heißt, vom radicalen Parteicomité begehr und vom eidgenössischen Commissär bewilligt worden. Herr Borel, der Commissär, forderte die Regierung auf, Belloni, den er vermutlich für unschuldig hält, freizulassen, und die Regierung gab an ihre Beamten in Lugano hierzu Befehl, immerhin nicht ohne gleichzeitig einen Protest gegen das Verlangen Borels auszusprechen. Auf welche Gesetzesparaphren sie diese stützt, wird nicht gesagt, doch kann man sich denken, daß sie das cantonale Recht für allein maßgebend hält, während Herr Borel vielleicht annimmt, daß dieses mit dem Einmarsch der Truppen, welcher Sonnabend erfolgt ist, außer Kraft gesetzt sei. Die Regierung ließ also Befehle nach Lugano ergehen und ihr Präfect wollte dieselben vollziehen, der Generalprocurator aber erklärte, er allein und nicht der eidgenössische Commissär sei competent; die Verhaftung stützt sich auf das tessinische Gesetz und die Anklage betreffe ein Delikt, welches die Freilassung des Gefangenen nicht gestatte; der eidgenössische Commissär besitze keine richterliche Gewalt, und einer Person, welche bloß mit administrativen Kompetenzen ausgerüstet sei, habe er sich nicht zu unterziehen. Die Verjährung liegt nahe, zu denken, daß der Generalprocurator damit im Einverständnis mit der Regierung selbst handelte, vielleicht auch von derselben geheime Instructionen hatte. Der eidgenössische Commissär führte jedoch seinen Vorwurf, Belloni zu befreien, nichtsdestoweniger aus. Er ließ zwei Compagnies des Bürcher Bataillons, die in Lugano Cantonements bezogen hatten, Nächts um 10 Uhr vor die Strafanstalt ziehen, wo Belloni gefangen saß und forderte durch die Person des Militär-Commandanten die Freilassung. Letzterer, Oberstleutnant Lorber, ließ die Sapeurs einige Schläge gegen die Türen führen, die sich darauf öffneten, nachdem der General-Procurator sich geweigert hatte, ohne einen Befehl des General-Procurators den Gefangenen zu entlassen. All das ging in Lugano vor sich, während in den Straßen eine Menge Volks zusammenstieß. Glücklicherweise kam es in der Menge zu keinerlei Gewaltthätigkeit, wohl aber ist durch den

Elftes Abonnement-Concert des Orchester-Vereins.

An Orchesterwerken enthielt das Programm: Mendelssohn's schottische Sinfonie (a-moll), das Vorspiel zu Lohengrin und die Fidelio-Ouverture (e-dur), also drei Stücke, über welche sich kaum noch etwas sagen läßt, was nicht schon längst bekannt wäre. Die vier Sätze der Mendelssohn'schen Sinfonie wurden, der Vorschrift des Componisten entsprechend, in einem Zuge gespielt und das Publikum hatte also erst nach Vollendung des Finales Gelegenheit, dem Orchester und dem Dirigenten seine Befriedigung über die Ausführung fand zu geben. Am besten gelang das Scherzo und der Anfang des Schlussatzes, wohingegen der erste Satz in Folge des allzu brüsken Drauflosgehens des Paukenschlägers weniger vortheilhaft wirkte. Es gab Stellen, wo man glauben konnte, Mendelssohn habe es nicht auf eine Sinfonie, sondern auf eine Concert-Studie für zwei Pauken mit Begleitung des Orchesters abgesehen. Im Lohengrin vermischte man mittunter bei den Holzbläsern die Reinheit der Intonation; der Grundgedanke des Stükkes, das allmäßige Wachsen des Orchesters bis zum hellsten Fortissimo und das Zurückgehen in den Stärkegrad des Anfangs, kam, wahrscheinlich in Folge der mangelhaften Akustik des Concerthauses, nicht mit der Intensität zum Vorschein, wie wir es im Theater zu hören gewöhnt sind. — Die Einstellung der Fidelio-Ouverture in das Programm wird man umso mehr billigen, als das Theater von ihr nur noch in einzelnen Ausnahmefällen Notiz nimmt.

Der Solist des Abends, der k. k. Hofpianist Herr Alfred Grünfeld aus Wien, von früher her bereits bekannt und beliebt, hat sich während der Jahre, die seit seinem letzten hiesigen Aufstreten verflossen sind, in vielfacher Beziehung vervollkommen. Seine allen Anforderungen gewachsene Technik dient nicht mehr dem nur blenden wollenden Virtuosenthum, sondern ordnet sich reinen Kunstwerken unter. Das frische Zugreifen und das leck Ungezüm zeigt sich bei ihm auch jetzt noch, aber nur da, wo es angebracht ist; im Gegensatz hierzu macht sich an weniger pronomirten Stellen eine weise Mäßigung und ein Zurückhalten des Temperaments und der Kraft bemerkbar, die man früher vermischte. Rubinstein's d.-moll-Concert (op. 70) verlangt vom Spieler eine hochausgebildete Technik und eine jeder Erfindung spöttende Ausdauer, Eigenschaften, die Herr Grünfeld in hohem Grade sein eigen nennt. Der rein musikalische Wert ist, wie bei allen größeren Werken Rubinstein's, ein nicht übermäßig großer; zündende Genieblüte wechselt mit bedeutungslosen Phrasen. Rubinstein ist nicht der Mann, da, wo ihm die augenblickliche Erfindung versagt, geduldig zu warten und nachzuarbeiten; bei seiner Arbeitshast muß weiter geschrieben werden, und

wenn ihm etwas Neues nicht einfallen will, so genügt es ihm durchaus nicht, eine Anleihe bei dem ersten Besten, der den Weg seiner Gedanken kreuzt, aufzunehmen. Daher die Ungleichmäßigkeit der meisten längeren Compositionen Rubinstein's, die den Hörer zu einem ungestümt Genüsse nur selten kommen läßt. Herr Grünfeld spielte das Concert durchweg vorzüglich, den Anfang packend und schneidend, den Mittelsatz mit zartestem Anschlag und fein abgeönter Dynamit und den Schlussatz unter bravuröser Entfaltung all seines technischen Fertigkeit. Von den vier kleinen Stücken, die das Programm außerdem enthielt, hat mir der Vortrag des Moszkowski'schen Intermezzos, eines nicht gerade in die Tiefe gehenden, aber hübsch gearbeiteten Klängschönen und wirkungsvollen Stükkes, am besten gefallen. Auch die Wiedergabe des selten im Concertsaal erscheinenden Andante favori (f-dur) von Beethoven war, wenn auch hier und da größere Einschaffheit und Natürlichkeit in der Auffassung zu wünschen gewesen wäre, im Ganzen zu loben. Was dagegen Herr Grünfeld aus dem Chopin'schen e-moll-Walzer und dem h-dur-Nocturno (op. 32) machte, ging über das, was sonst capriciöse Clavierspieler mitunter in Anfällen von übler Laune aus allgemein bekannten Stücken machen, erheblich hinaus. Es ist gut, daß der Chopin'sche e-moll-Walzer jedem Concertbesucher geläufig ist; wäre er es nicht, so würde schwerlich jemand herausgefunden haben, daß es sich überhaupt um einen Walzer handelt. Wir gestatten Chopinspieler die Anwendung des Rubato in der verwegsten und extremsten Weise; wenn die Willkür aber so weit geht, daß von der ursprünglichen Form, dem ursprünglichen Rhythmus auch nicht ein Atom mehr übrig bleibt, dann erscheint das Rubato nicht mehr als Ausdrucksmittel, sondern als Styloverderber. Das h-dur-Nocturno, eine der schönsten Chopin'schen Clavierstücke in kleinstem Format, hat Herr Grünfeld ebenfalls missverstanden. Der Zweigang des Stükkes ergibt sich ungezwungen aus seiner musikalischen Struktur. Es beginnt mit einem einfachen, von ruhiger Heiterkeit verklärten Gedanken, der still und behaglich weiter fließt, um plötzlich, wie von heimlichem Schrecken erfaßt, stehen zu bleiben (musikalisch ausgedrückt heißt ein solcher Vorgang eine Fermate); in die friedliche Weise hinein tönt wie leichte Warnung oder Drohung ein Mittellang, leise aber doch vernehmlich. Unbejagt gleitet die Melodie weiter, gleichsam als wolle sie durch vermehrte Süßigkeit, durch gesteigerten Klangreiz den einmal rege gewordene Argwohn einullen, aber immer muß sie wieder an derselben fatalen Stelle (vier Mal erscheint diese) Halt machen, bis endlich das feindliche Element die Oberhand gewinnt und in einem lang und düster ausgesponnenen Recitativ das Terrain bis zum Schlusse behauptet. Wie man sich nun auch den Gedanken weiter aus-

malen will (der Phantasie des Einzelnen ist in solchen Fällen der weiteste Spielraum gegeben), die Grundidee ist jedenfalls nicht zu erkennen: die immer wiederkehrenden Fermaten sind das Element, welches den Wendepunkt des Stükkes bildet. Herr Grünfeld kehrte sich nun aber ganz und gar nicht daran, sondern spielte das Ganze in einem Zuge ohne jegliche Markirung im Tempo oder Rhythmus. Wurden die einzelnen Einschnitte missverstanden, so mußte natürlich das Schluss-Recitativ, das als die letzte Consequenz des Vorangegangenen auftritt, ebenfalls verfehlt werden; der Zusammenhang war einmal verloren, und subjective Willkür à la Rubinstein trat an Stelle der musikalischen Logik. Das Publikum wußte offenbar nicht, was es mit dieser Art Vortrag anfangen sollte; keine Hand regte sich. — Was Herr Grünfeld an Chopin gefehlt, machte er durch die Zugabe der „Träumerei“ aus Schumann's Kinderseiten wieder gut; leider wurde das überaus duftige Piano des Künstlers durch einen draußen vorüberbrausenden Eisenbahnzug nahezu unhörbar gemacht.

E. Bohm.

Vom Schlesischen Museum der bildenden Künste.

Dem Provinziallandtag lag in seiner Sitzung vom 12. d. M. (Dienstag) unter andren zahlreichen Gegenständen der Tagesordnung die Feststellung des Staats des Schlesischen Museums der bildenden Künste ob. Von dem Museum selbst war bei der vom Landtagsabgeordneten Prinzen Reuß eingeleiteten Discussion über diesen Staat nicht die Rede. Die Debatte drehte sich vielmehr lediglich um die gärtnerischen Anlagen auf dem Museumsplatz, die der Kompetenz des Provinziallandtages nicht unterstehen, sondern von der Stadt Breslau bez. der städtischen Promenaden-Deputation unterhalten werden, und zwar, wie wir mit gutem Gewissen und unter dem Beifall aller, denen die betreffenden Anlagen bekannt sind, behaupten können, so unterhalten werden, daß sie den gegen sie ausgesprochenen Tadel in keiner Weise verdienen. Mit mehr Berechtigung hätte sich eine an den Staats des Museums anknüpfende Debatte mit einigen das Institut selbst betreffenden Dingen beschaffen können. Es würde jedenfalls einen sehr guten Eindruck gemacht haben und vielleicht nicht ohne gute Wirkungen für die Zukunft geblieben sein, wenn der Provinziallandtag bei dieser schriftlichen Gelegenheit in irgendeiner Form denjenigen Freunden des Museums und seiner Kunstsammlungen ein Wort der Anerkennung und des Dankes ausgesprochen hätte, die in den abgelaufenen beiden Jahren, während welcher der Landtag nicht versammelt war, in uneigennütziger und opferfreudiger Weise dem Museum wertvolle Kunstwerke zugewandt haben. Der für Vermehrung der Sammlungen bestimmte Fonds des Museums ist nicht

Borsfall die Presse in größere Bewegung gerathen und zweitens wird derfelbe in der Bundesversammlung zu weitläufigen Auseinandersetzungen Anlaß geben. Mittlerweile wurde Herr Debnal von Chur als Untersuchungsrichter nach dem Tiffin berordnet und ihm als Sekretär Herr Dr. Togni beigegeben. Debnal ist ein Conservativer und dieser Umstand wird diejenigen beruhigen, welche gegliedert haben, daß bis jetzt alle nach dem Tiffin gesandten Abgeordneten des Bundesraths und ihre Secretäre der liberalen und radicalen Partei angehören.

Frankreich.

s. Paris, 11. März. [Der fréte Kosak Utschinow. — Das Comptoir d'Escompte.] Die Schilderungen, die jetzt nachträglich über das Verhalten des freien Kosaken Utschinow in der französischen Colonie Obock eingingen, haben die Pariser, selbst die „Patrioten“ gründlich von ihrem Enthusiasmus entnervt. Der edle Kosak, für den sich Déroulede, Laguerre und Madame Adam sehr interessirt, wird jetzt selbst in den russophilsten Zeitungen mit „Grauer, Spitzbub, Strauchdieb, Tollgärtner“ und anderen lieblichen Epitheten bezeichnet. Die Berichte der Obocker Correspondenten beweisen, daß Utschinow der französischen Behörde gegenüber eine Frechheit an den Tag gelegt hat, die selbst die sanftmütigsten Pariser Spießbürger mit Entrüstung erfüllt. Er erklärte direct, daß die Franzosen den Russen zu gebrochen hätten und daß er nach der Erlaubnis des französischen Consuls nicht zu fragen habe. Nur der Zar habe zu gebieten, ob in Moskau oder Obock. Uebrigens soll die Seele des ganzen russisch-orthodoxen Unternehmens Frau Utschinow gewesen sein, die nach der Beschiebung von Sagalo allein mit den französischen Seelen verhandelte, während der edle Kosak sich feig zurückzog und sich nicht zu zeigen wagte, und um eines solchen Menschen willen müssen Herr Déroulede und Genossen ihr Martyrium leiden: man kann in der That fast Mitleid mit diesen hauvinitischen Volkspfählen empfinden! — Trotz aller Operationen der hohen Finance und trotz der Intervention der Regierung muß die Situation des Comptoir d'Escompte als erschüttert bezeichnet werden. Es wird wohl nicht zum Bankrott, aber zur Liquidirung des Unternehmens kommen. Denn nicht nur alle Reserven, sondern auch ein beträchtlicher Theil des Actienkapitals ist verloren, da die als Garantie dienenden Kupfervorräthe heute kaum die Hälfte des Buchwertes repräsentieren. Wahrscheinlich wird sich eine neue Gesellschaft bilden, um das Institut, aus dem jetzt fast sämmtliche Depots zurückgezogen sind und das daher augenblicklich gar nicht funktionirt, weiterzuführen. Verhandlungen in dieser Hinsicht sollen bereits im Gange sein.

Großbritannien.

London, 12. März. [Im Unterhause] legte nach Erledigung der Anträge, die zunächst allgemeinem Interesse waren, der Kriegsminister Stanhope das Armeebudget vor und machte im Zusammenhang damit ausführliche Mitteilungen über die vom Kriegsministerium getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung der Schlagfertigkeit des Heeres und gründlicheren Verbefestigung des Reiches. Die Effectivstärke des Heeres ist in dem Budget auf 152 362 Mann aller Waffengattungen angegeben. Mit Bezug auf die Landesverteidigung bemerkte der Minister zunächst, daß in einem Nothfall die Miliz sofort mobilisiert werden würde. Es wäre üblich dafür eine Frist von 15 Tagen zu bemühen, aber in einer Zeit der wirklichen Gefahr könnte sie in viel kürzerer Zeit mobilisiert werden. Sodann würde die Reserve einberufen werden. Die Erfahrung habe gelehrt, daß ein großer Theil der Reservemannschaften sich binnen 24 Stunden bei den Fahnen einfinden würde, aber die Mobilisierung des Gros der Reserve dürfte höchstens 4 Tage beanspruchen. Alle für die Reservemannschaften nothwendigen Waffen befinden sich jetzt in verschiedenen Depots und würden den Sammelpunkten überwiesen werden. Die Freiwilligen und die Landgenossen würden ebenfalls einberufen werden. In einem Nothfall würde den Landstreitkräften in erster Reihe der Schutz der Häfen und Kohlenstationen obliegen und es würden sofort Befehle zur Versenkung unterseeischer Minen ertheilt werden. Die Kriegshäfen des In- und Auslandes wären jetzt alle mit den nothwendigen Gebäuden und Magazinein versehen. Die Kohlenstationen und fast sämmtliche Handelshäfen befinden bereits einen großen Vorrath unterseeischer Minen und die allgemeine Folge würde sein, daß jeder Hafen des Reiches, dessen Verbefestigung in Ansicht genommen sei, mit einer substantiellen Minenwehr binnen 10 Tagen versorgt werden könnte, während eine Anzahl Minen, hinreichend, um eine höchst abschreckende Wirkung auf feindliche Kreuzer zu erzeugen, binnen 3 Tagen versezt werden könnte. Die dafür nothwendigen Mannschaften, bestehend aus Genietruppen, Mineureen, Militärs und Freiwilligen, seien beschafft und könnten nötigenfalls ergänzt werden. Jeder Reichshafen und jeder Handelshafen erhält eine Garnison, die in den Handelshäfen ausschließlich aus Freiwilligen bestehen werde. Es seien dazu im Ganzen 124 000 Mann erforderlich. Beaufsichtfung der Colonial-Garnisonen sei eine Vermehrung der Effectivstärke des Heeres

um 2600 Mann in Aussicht genommen. Die Garnison von Gibraltar werde als hinreichend erachtet, aber die Garnison von Malta werde eine wesentliche Verstärkung an Infanterie und Artillerie erhalten. Für diese Garnisonen seien im Ganzen etwa 150 000 bis 160 000 Mann Truppen erforderlich. Beaufsichtzung einer raschen Mobilisierung sei für die Beschaffung einer hinlänglichen Anzahl von Pferden und eine Decentralisation der Kriegsmaterial- und Provinzial-Vorräthe Sorge getragen. Nach Einberufung der Reserve wären 80 000 Mann reguläre Truppen zur Landesverteidigung verfügbar. Die Freiwilligen würden zum Schutz der hauptsächlich bedrohten Punkte und insbesondere Londons Verwendung finden. Die freiwillige Artillerie würde aus 67 Batterien mit 238 Kanonen bestehen. Was die Verbefestigung der Hauptstadt betreffe, so sei von der Errichtung eines Gürtels von Forts Abstand genommen worden, aber es würden an strategischen Punkten verchanzte Lager errichtet werden. Die Fabrikation schwerer Geschütze für die Kohlenstationen und Reichshäfen mache rasche Fortschritte, ebenso die der neuen 12pfündigen Feldkanonen, mit welchen in kurzem 45 Batterien versehen werden würden. Die Verbefestigung der Themse sei einem einzigen Befehlshaber unterstellt worden und die dafür nothwendigen Werke machen rüttige Fortschritte. Umfassende Vorkehrungen seien für die rasche Fabrikation des neuen Magazingewehres getroffen und durch das neu erfundene, allen Einflüssen des Klimas trotzende chemische Pulver werde die Leistungsfähigkeit der neuen Waffe bedeutend erhöht werden. Gegenwärtig sei eine grundliche Prüfung aller Waffen in Händen der Truppen im Gange. Das erste Armeecorps habe gänzlich neue Waffen empfangen und den übrigen regulären Truppen seien alle als untauglich befundene Waffen entzogen worden. Alle Säbel und Bayonette für die Armee würden jetzt in England angefertigt. Schließlich erwähnte der Minister, daß Schritte im Gange seien für eine bessere Verpflegung und Unterhaltung der regulären Truppen.

Den Auseinandersetzungen des Kriegsministers schloß sich eine längere Erörterung an, im Verlaufe welcher Lord Randolph Churchill sich überaus befriedigt über dieselben äußerte, wogegen Sir G. Trevelyan (Glastonbury) die Mehrausgabe für die Bedürfnisse des Heeres tadelte, mit dem Bemerk, daß Frankreich und Deutschland in ihren militärischen Ausgaben sparsamer zu Werke gingen. Insbesondere rügte er die übertrieben hohe Anzahl von Generälen (151), von denen nur 70 oder 80 in Aktivität wären. Stanhope bezeichnete diese Wehrweise als gerechtfertigt und versprach, demnächst Vorschläge für eine Verminderung der Generäle vorzulegen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 13. März.

Soeben ist der Bericht der Abgeordnetenhaus-Commission über das Polizei-Lastengesetz erschienen. Die Beschlüsse der Commission nebst der famosen Resolution der Nationalliberalen sind bekannt. Was uns an dem Bericht noch interessirt, ist eine Tabelle, in welcher eine Gegenüberstellung der jetzt für die Polizeiverwaltung aufgewendeten Kosten und der nach den Beschlüssen der Commission von den Gemeinden zu tragenden Ausgaben gegeben wird. Für Breslau ergibt sich daraus, daß jetzt für die Königliche Ortspolizei pro Kopf der Bevölkerung 0,27 M. aufgewandt werden. Dazu kommt für das Nachtwacht- und Feuerlöschwesen pro Kopf 1,29 M. Nach Einführung des Polizei-Lastengesetzes würden für die Königliche Polizeiverwaltung, wie bekannt, auf den Kopf 0,70 M. kommen, unter Hinzurechnung der Kosten für das Nachtwacht- und Feuerlöschwesen im Ganzen 1,99 M. Breslau steht mit diesem Betrage höher als der Durchschnitt (1,76 M.) in den 14 Städten von mehr als 50 000 Einwohnern. Es fallen nämlich auf den Kopf in Köln 1,92 M., in Hannover 1,83, in Magdeburg 2,01, in Frankfurt a. M. 2,73, in Königsberg 1,64, in Danzig 1,83, in Stettin 1,92, in Lübeck 1,40, in Posen 1,52, in Cassel 1,37, in Wiesbaden 1,45, in Potsdam 1,76, in Charlottenburg 1,31. Für das Feuerlösch- und Nachtwachtwesen allein macht Breslau nächst Frankfurt (1,60 M. pro Kopf) mit seinem Satz von 1,29 M. die größten Aufwendungen. Hinter Breslau folgen der Reihe nach: Stettin mit 1,22, Magdeburg mit 1,16, Danzig mit 1,13, Potsdam mit 1,06, Köln mit 1,00, Hannover mit 0,92, Wiesbaden mit 0,75, Lübeck mit 0,70, Posen mit 0,68, Cassel mit 0,67 und Charlottenburg mit 0,61 M. Von Interesse wird außerdem die Angabe sein, daß von den Städten ohne Königliche Polizeiverwaltung am Polizeikosten einschließlich der Kosten für Nachtwacht- und Feuerlöschwesen im Durchschnitt pro Kopf der Bevölkerung gezahlt wird: in den Städten über 75 000 Einwohner 2,01 M., in Städten von 25 000 bis 75 000 Einwohner 1,58 M., in Städten von weniger als 25 000 Einwohner 1,25 Mark.

XXXIII. Provinzial-Landtag der Provinz Schlesien.

○ Breslau, 13. März.

Vierte Sitzung.

Der Vorsitzende, Herzog von Ratibor, eröffnet die Verhandlungen bald nach 2 Uhr. Am Tische des königlichen Landtagscommisars haben außer diesem (Oberpräsident Dr. von Seydelwitz) der Oberpräsidialrat von Zehnplätz, der Regierungsrath von Frankenberger und der Regierungsrath von Wallenberg Platz genommen. Nach Erledigung der Eingänge tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Zunächst wird ein Antrag des Abg. Geh. Regierungsraths von Woyrsch auf Abschaffung der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen des Landtags nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses und der Commission abgelehnt. Der Aussichtsverein für Kostkinder in Breslau hat um Gewährung einer jährlichen Beihilfe zu den Vereinskosten gebeten. Die Commission beantragt, nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses eine Beihilfe von 500 M. (statt wie beantragt 1500 M.) zu gewähren, jedoch mit der Beschränkung, daß diese Beihilfe als eine einmalige bezeichnet werde. Das Haus beschließt nach dem Antrage seiner Commission. Der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, Graf Stosch, bringt zur Sprache, daß nach dem gestern in Bezug auf eine in Oberschlesien einzurichtende Arbeitercolonia gesetzte Beihilfe die hierfür von der Provins eventuell zu gewährende Beihilfe (von 30 000 M.) auf den Dispositionsfonds des Provinzialausschusses, statt auf den Allgemeinen Reservefonds angewiesen sei. Er bittet um Änderung des Beschlusses dahin, daß die Anweisung auf den Allgemeinen Reservefonds lautet. Das Haus beschließt hiernach. Das Gejagd der Oberin des Deutschen Samariterordensstifts zu Kraschütz um eine Unterstützung zur Verpflegung einer größeren Zahl Epileptiker wird dem Provinzialausschuß zur thünlichsten Berücksichtigung aus dem Landtags-Dispositionsfonds überwiesen. Bei dieser Vorlage ist zu erwähnen, daß der Abg. Graf von der Recke-Wolmarstein-Krätschitz in warmer Weise für die Anstalt für Epileptische in Kraschütz eintrat. Seinen Ausführungen wurde lebhafte Beifall zu Theil. Ein weiteres Gesuch der Frau Oberin des deutschen Samariter-Ordensstifts zu Kraschütz geht dahin, eine laufende Unterstützung für das Kraschützische Diaconissen-Mutterhaus und eine Gabe zur Gründung eines Feierabendhauses für alte Diaconissinnen zu gewähren. Die erste Commission beantragt, das Gesuch abzulehnen, statt dessen aber bei Bezeichnung der zur Unterstützung von Krankenhäusern bestimmten Summe eine angemessene Erhöhung zu einer für das Krankenhaus Bethesda in Kraschütz angewiesenden Unterstützung zu bewilligen. Der Abg. Hauptmann a. D. Schimmeleffing-Königshütte beantragt dagegen, die Gesuche dem Provinzialausschuß zur thünlichsten Berücksichtigung zu überweisen. Der Berichterstatter, Abgeordneter Graf von Rothkirch-Trach-Panthenau, ist der Ansicht, daß der Antrag Schimmeleffing im Grunde gleichbedeutend sei mit dem Antrage der Commission. Abg. Schimmeleffing pflichtet dieser Ansicht nicht bei; er hält seinen Antrag für den der Kraschützischen Anstalt günstiger. In der Abstimmung wird der Antrag Schimmeleffing abgelehnt, der Antrag der Commission dagegen angenommen. — Die Eingabe des Vereins für den Unterricht und die Erziehung Taubstummer zu Ratibor um Übernahme der Pensionirung der von denselben angestellten Beamten auf Provinzialmittel beantragt die erste Commission abzulehnen. Der Berichterstatter Abg. von Donat-Schimmeleffing weist u. a. darauf hin, daß es neu wäre, wenn die Provinz die Pensionirung von Beamten übernehme, auf deren Anstellung die Provinz keinen oder nur einen Eindruck habe. Während der Rede des Berichterstatters übernimmt Oberbürgermeister Friedensburg den Vorfall. Der Beschluß des Hauses zu der Vorlage geht auf Ablehnung des Ratiborer Gesuchs.

Es folgt der Bericht der I. Commission über die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Abänderung der im § 26 des Reglements für die Provinzial-Land-Feuer-Societät vom 28. December 1864 enthaltenen Bestimmungen über die Verwendung der Einnahme-Ueberschüsse und die Höhe des Reserve-Fonds.

Die I. Commission beantragt, den Entwurf eines siebenen Nachtrages zu dem Reglement der Provinzial-Land-Feuer-Societät, dahin lautend: „Raddem der Reserve-Fonds den Betrag von 5 500 000 M. überschritten hat, ist die Provinzial-Direction befugt, die Ueberschüsse der Einnahmen über den Jahresbedarf nach Anhörung des Ausschusses der Societät und mit Genehmigung des Provinzial-Ausschusses zur Rückgängig von Beiträgen an die Mitglieder der Societät — im Wege der Abrechnung auf die nächstfälligen Beiträge — oder zu anderen, die Interessen derselben fördernden Zwecke zu verwenden.“

Der angekommene Reserve-Fonds, dessen Zinzen zur Besteitung der laufenden Ausgaben zu verwenden sind, ist in seiner gegenwärtigen Höhe zu erhalten, bzw. bis zu derselben wieder zu ergänzen.

Der Reserve-Fonds ist Eigentum der Societät; einzelne, insbesondere auch auscheidende Mitglieder haben daran keinen Anspruch.

Die hier von abweichenden Bestimmungen des § 26 des Reglements werden aufgehoben.

in der vorgelegten Fassung zu genehmigen. Der Referent Abg. Bischoffs-Böschütz begründet den Antrag der Commission, der von dem Provinzial-Landtag ohne Discussion angenommen wird.

Bezüglich der Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Gewährung eines Beitrages zu den Grunderwerbskosten für die Verbesserung der Schiffssahrt auf der Oder von Breslau bis Gosef empfiehlt die III. Commission:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:

gleichgeartetes Hilfsmittel zum besseren Verständniß der Skulpturen muß das Publikum immer noch verzichten. Eine Mahnung zur möglichst baldigen Befriedigung des gekennzeichneten Bedürfnisses der Museumsbesucher auch auf diesem Gebiete wäre von allen Freunden des Museums willkommen geheißen worden.

Endlich hätte sich vielleicht dem einen oder dem andren Abgeordneten der Provinz, der seine Schritte nicht nur bis zu den Anlagen vor dem Museum, sondern ins Gebäude hinein gelenkt hat, die Frage aufdrängen können, warum in dem Stolzen, das Treppenhaus überwölbenden Kuppelbau noch immer nicht die Wandflächen zur Rechten und Linken, wie vorgesehen, mit Malereien geschmückt worden sind. Seit einem Decennium steht das Museum jetzt da. Es ist im Allgemeinen, wie man wohl sagen kann, wohnlich eingerichtet. Nur in seinem architektonischen Centrum, in dem Hauptraum, der den Besucher zuerst symbolisch einführen soll in eine neue, ihn von der profischen Außenwelt abschließende Welt edlen Genusses, starren dem Eintretenden große, tafle, weißgetünchte Flächen, aus einer reich ausgestatteten Umgebung unschön herausfallend, entgegen, das unangenehme Gefühl der Unfertigkeit, ja der Vernachlässigung erweckend. Mehrere Jahre sind vergangen, seitdem davon die Rede war, daß Böcklin für die Bemalung der Felder zwischen und neben den Säulen im Kuppelraum gewonnen werden sollte und der Künstler sich thaischlich mit dem Plan der Ausschmückung dieser Flächen beschäftigt hat. In der letzten Zeit hat man nichts davon gehört, daß irgend ein anderer Künstler die Aufgabe zugewiesen erhalten hätte, die Böcklin nicht hat übernehmen wollen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß diese Aufgabe nicht nur eine sehr undankbare, sondern auch eine sehr schwierige ist. Undankbar ist sie vornehmlich deswegen, weil der ausführende Künstler möglicherweise genötigt ist, seiner Individualität drückende Fesseln anzulegen, falls er an und für sich nicht coloristisch Prinzipien huldigt, die ihm ein harmonisches Einfügen der von ihm herstellenden Gemälde in den coloristischen, durch die Decken- und Zwischenmalereien angeschlagenen Stimmungsaccord leicht machen; schwierig ist die Aufgabe, weil die zu bemalenden Flächen in sechs Theile zerfallen. Hier etwas zu Stande zu bringen, was bei aller Verschiedenheit der einzelnen Compositionen doch einem allgemeinen, durchgehenden Grundgedanken untergeordnet erscheint, ist gerade bei der Sechszahl nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht.

Weit lieber würden es jedenfalls die Künstler sehen, wenn ihnen auf jeder Seite eine größere Fläche für eine ins Große gehende Composition zur Verfügung stände. Auch können über die Wahl des darzustellenden Stoffes schwerwiegende Zweifel obwalten. Ob die Mythologie, die in dem Kuppelgewölbe ihr hohes farbiges

Dasein fristet, auch zu den Tiefen herabsteigen soll, in denen die Menschheit dicht an den Gemälden vorüberwandelt? Eigentlich hat sich die zu große Annäherung der Götter an die Menschen nicht recht bewährt, und im Besonderen weiß die griechische Götterlehre von allerlei unangenehmen und verhängnisvollen Zwischenfällen und Verwicklungen zu berichten, die fast immer die Folge davon waren, daß sich die Olympischen zu tief in menschliche Angelegenheiten einzischen. Künstlerisch würde sich die Sache wahrscheinlich ähnlich verhalten. Die Götter und Götterinnen hoch oben in der Kuppel bilden da eine bunte Gesellschaft, in welcher der Einzelne als Theil des großen Ganzen zurücktritt; man empfindet eher einen coloristisch in die Augen springenden Gesamteindruck der Composition, als daß man sich zu den Figuren persönlich hingezogen fühlt. Lassen sie sich aber bis zu greifbarer Nähe zu uns herab, so werden wir neugierig darauf, was sie uns wohl zu sagen haben möchten, und dann reden sie womöglich eine trockene allegorische Sprache, die nachgerade anfängt, langweilig zu werden. Mit mythologischer Speise sind wir wohl alle mehr oder weniger übersättigt. Vielleicht ließe sich der Ausfüllung der unbemalten Felder mit farbenkräftigen Landschaften idealen Styls noch am ehesten das Wort reden.

Sei dem aber nun wie ihm wolle — vor den Schwierigkeiten, die sich hier darbieten, darf man nicht zurücktreten. Wenn je ein künstlerisches Preisaußschreiben am Platze war, so rechtfertigt sich ein solches in diesem Falle. Man fordere die bedeutendsten Künstler Deutschlands zum Wettbewerb auf, und wir sind überzeugt, daß aus dieser Concurrenz doch mindestens eine Lösung hervorgehen wird, die den aus der Beschaffenheit des gestellten Problems sich ergebenden Anforderungen entspricht. Die weitgetünchten Wände in dem vornehmsten, architektonisch am splendiftesten ausgestatteten Raume des Museums wird man doch nun und nimmer als etwas Dauerndes zu betrachten gezwungen werden können.

In einigen Monaten sind es sieben Jahre her, daß Kaiser Wilhelm dem Museum, wie es auf der im Treppenhaus angebrachten bronzenen Gedenktafel heißt, durch seine Anwesenheit die Weihe gab. Unserigen Gebäuden pflegt eine solche Auszeichnung in der Regel nicht zu Theil zu werden. Damals hatte man allerdings die weißen Putzflächen im Treppenhaus durch Draperien verdeckt. Die Draperien sind längst wieder entfernt worden, aber an Stelle des tapizerischen Nothbehelfs ist nichts getreten, was des Museums würdig wäre. Man gehe endlich ernstlich daran, den jetzigen Zustand zu beseitigen und die dem Gebäude gewordene Weihe durch dessen Vollendung zu bestiegeln. Der Provinzial-Landtag wird die hierzu erforderlichen Mittel schwerlich verweigern.

Karl Vollrath.

- 1) der Provinzial-Verein erklärt sich bereit, zu den Grunderwerbskosten für die im Gesetz vom 6. Juni 1888 vorgesehene Verbesserung der Schifffahrt auf der Oder von Breslau bis Gosek einen Beitrag von höchstens 200 000 Mark zu gewähren;
 2) die Übernahme der Gewährleistung für das zu diesen Kosten demnächst noch fehlende wird abgelehnt;
 3) der Provinzial-Ausschuss wird ermächtigt, die vorstehend unter Nr. 1 bemittelten 200 000 Mark aus den bereitgestellten Mitteln vorlängigweise zu entnehmen und beauftragt, bezüglich der Deckung dieser Vorschüsse dem Provinzial-Landtag später eine Vorlage zu machen.

Es sind hierzu eingegangen ein Antrag des Grafen Hendel von Donnersmarck:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen, als Beitrag für Deckung der Grunderwerbskosten für die Verbesserung der Schifffahrt auf der Oder von Breslau bis Gosek außer Bemäßigung eines Beitrages von 100 000 Mark die Garantie einer etwaigen Überschreitung des Kostenanschlages bis zur Höhe von 100 000 M. zu gewähren, sowie ein Antrag des Abg. Bürgermeister Engel-Reußstadt D.S.: Der Provinzial-Landtag wolle beschließen: 1) der Provinzialverband lehnt es ab, eine Gewährleistung für die Überschreitung der veranschlagten Grunderwerbskosten für die Verbesserung der Schifffahrt auf der Oder von Breslau bis Gosek zu übernehmen; erklärt sich jedoch bereit, für die Kosten einen Beitrag bis zur Höhe von 300 000 M. zu gewähren; 2) der Provinzial-Ausschuss wird beauftragt, diesen Beitrag aus den bereitgestellten Mitteln zu entnehmen und seiner Zeit dem Landtag darüber eine Vorlage zu machen.

Der Referent Abg. Schimmler erörtert in eingehender Weise die Sachlage der ganzen Angelegenheit und bedauert, daß ein von ihm in der Commission eingebrochener Antrag, der dasselbe gewollt, was heute der Abg. Graf Hendel von Donnersmarck beantragt, nicht die Zustimmung der Commission gefunden habe. Der Antrag Engel mache die Sache allerdings gewissermaßen einfacher, dennoch sei ihm der erstere Antrag sympathischer, denn wenn die Provinz 300 000 M. fest übernehme, so werde die Angelegenheit bedeutend erleichtert.

Der Königl. Landtags-Commissar, Oberpräsident von Seydewitz, spricht zunächst seine Freude darüber aus, daß er den Mitgliedern des Landtages nicht erst nachzuweisen brauche, wie wichtig für die Provinz sei. Die Verbesserung dieser ältesten Verkehrsstraße der Provinz fördere nicht nur die Interessen der Adjacenten, sondern auch die der weitesten Kreise, der Industrie, der Landwirtschaft und des Bergbaus. Dies habe die Staatsregierung auch durch das ja allen bekannte Gesetz vom 6. Juni 1888 anerkannt, sie verlange aber auch auf Grund eben dieses Gesetzes die Deckung sämtlicher Grunderwerbskosten. Es sei eine sehr schwere Aufgabe gewesen, die zu lösen dem Redner obgelegen habe, die Interessentenkreise zu bewegen, sich in dem Umfange zur Deckung der Kosten bereit zu finden, wie es bis jetzt gelungen sei. Redner habe von der Provinzialverwaltung die Übernahme der vollen Garantie für die Grunderwerbskosten erwartet und sei deshalb nicht für den Commissionsantrag, sondern zum mindestens für einen der beiden Anträge Graf Hendel oder Engel. Freilich könne er noch nicht die Zusicherung geben, daß die Staatsregierung sich damit schon zufrieden erklären würde, in dessen Fäste man mit diesen Anträgen doch den Wünschen der Staatsregierung noch am nächsten. Er empfiehle daher vor allem den Antrag Graf Hendel zur Annahme.

Abg. Woyrsch-Breslau (Land) erklärt sich gegen die Übernahme einer unbefestigten Garantie, er ziehe es vor, mit bestimmten Ziffern zu rechnen. Redner richtet an den Herrn Oberpräsidenten die Frage, ob es richtig sei, daß eine bestimmte Interessengruppe, die Riedereien, es mit Rücksicht auf die ihnen durch die Oberschlesische Eisenbahn erwachsende Konkurrenz, abgelehnt habe, einen Beitrag zu leisten.

Der Königl. Landtags-Commissarius, Oberpräsident von Seydewitz, gibt dies als richtig zu.

Abg. Engel-Reußstadt begründet seinen Antrag und hält denselben für angemessen, da mit der Bemäßigung von 200 000 M. das Weiteres schon abgelehnt sei. Der Minister wolle sich aber nicht damit begnügen, daß die veranschlagten Kosten des Grunderwerbs gedeckt seien, er verlange eine Garantie auch dafür, daß die tatsächlich durch den Grunderwerb erwartenden Kosten ausgebracht werden. Eine solche unbedingte Gewährleistung einer Summe, die noch gar nicht zu übersehen sei, könne der Provinzial-Landtag nach seiner Ansicht nach nicht übernehmen. Könne der Minister ohne eine solche Garantie die Angelegenheit nicht in die Wege leiten, dann werde eben nichts anderes als eine Abänderung des Gesetzes übrig bleiben, wie dies bei dem Dortmund-Emskanal ebenfalls geschehen sei. Kostenanschläge würden ja in der Regel überschritten, und deshalb müsse doch auch für eine etwaige Überschreitung eine gewisse Gewährleistung vorhanden sein. Die Summe von 100 000 M. werde nach seiner Ansicht hierfür ausreichen.

Graf Fred von Frankenberg-Tillowitz, Mitglied des Provinzial-Ausschusses, wendet sich gegen die Forderung der Übernahme der Grunderwerbskosten durch die Adjacenten überhaupt, da der Staat zur Unterhaltung der schiffbaren Flüsse gesetzlich verpflichtet sei. Das vom Minister verlangte Reißkoje sei eine unbekannte Größe. Allerdings habe der um die Angelegenheit hochverdiente schlesische Abgeordnete v. Schöller noch neuerdings sich dahin ausgesprochen, daß eine Überschreitung der veranschlagten Kosten nicht eintreten werde, aber man habe dafür doch keine Sicherheit, deshalb sei er der Ansicht, daß sich der Provinzial-Landtag auf eine unbestimmte Garantie nicht einlaufen könne. Dafür sei der Antrag Engel ein Ausweg. Vergleiche man die nach diesem Antrage zu gewährleistenden 200 000 Mark mit den Summen, welche die Provinz für Chausseebauten gewährt, sei der selbe als nicht zu hoch zu erachten. Man könne der Bemäßigung zustimmen, ohne den Rahmen dessen zu überschreiten, was man sonst für Verkehrswege zu geben bereit sei. Werde in Schlesien die Sache durch weitere Unterhandlungen noch einige Jahre hinausgezogen, so sei zu befürchten, daß der Emscanal längst fertig und Westfalen bereits im Besitz derjenigen Abfahrtgebiete sei, welche man hier erstebe-

Der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses, Graf v. Stosch, glaubt, daß der Antrag Hendel oder Engel wohl acceptabel sei, wenn man eine Garantie dafür hätte, daß die Summe von 300 000 M. auch wirklich genügen werde. Dafür aber habe man keinerlei Sicherheit. Begründet sich der Minister mit der nach dem Antrage des Provinzial-Ausschusses ihm zu gewährrenden Summe nicht, so seien die schlesischen Abgeordneten in der Lage, auf eine Abänderung des Gesetzes vom 6. Juni 1888 hinzuwirken. Aber eine so unbestimmte Garantie könne der Provinzialverband nicht übernehmen. Sollte doch sogar noch nicht einmal feststehen, ob die schiffbare Oder durch Breslau geführt werden solle. Gleiches gilt nicht, so falle auch noch der von der Stadt Breslau übernommene Beitrag fort.

Abg. Graf Hendel von Donnersmarck bemerkt, sein Antrag habe eben den Zweck, die Bedenken gegen eine unbestimmte Garantie zu beseitigen. Wenn die Annahme derselben auch nicht die Sicherheit biete, daß das Unternehmen nun wirklich zur Ausführung gelange, so gebe er doch eine ziemliche Gewissheit. Die Verluste, welche die schlesische Industrie, der Handel, der Bergbau erleide, wenn die Schiffbarkeit der oberen Oder noch mehrere Jahre hinausgezogen werde, werde bedeutend die Summe übersteigen, die man jetzt hergeben solle.

Der Königliche Landtags-Commissarius v. Seydewitz macht darauf aufmerksam, daß die Kostenanschläge nicht auf detaillierte Pläne beruhen. Eine detailliertere Ausarbeitung könne sehr wohl ergeben, daß eine geringere Summe auch genüge. Es liege nach dem Gesetze durchaus nicht in der Willkür des Ministers, einen bestimmten Weg zu wählen. Im Großen und Ganzen stehe die Art und Weise, wie das Unternehmen auszuführen sei, fest, abgesehen etwa von der Frage, ob die Schifffahrtsoder durch oder um Breslau herum zu führen sei, obwohl er glaube, daß auch in dieser Beziehung an den bisherigen Vereinbarungen werde festgehalten werden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. v. Woyrsch und von Frankenberg und einem kurzen Schlusssatz des Berichterstatters wird die Discussion geschlossen.

Der Provinzial-Landtag tritt unter Ablehnung der Anträge Engel und von Hendel den Ausschus-Anträgen voraus. Demnächst wird ein Ge- juch der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländische Kultur um eine Unterstützung von 2000 M. zur Begründung und Unterhaltung einer Motorstation in Breslau dem Provinzialausschuß zur Prüfung überwiesen. Der Stadts-Fonds zur Förderung der Kinderviehzucht wird in Einnahme und Ausgabe mit je 9618 M. festgesetzt. Der Rest der Tagesordnung wird abgelehnt. Schluß der Sitzung nach 4½ Uhr. Nächste Sitzung morgen Mittag um 1 Uhr. Die Tagesordnung der morgigen Sitzung enthält den Rest der heutigen Tagesordnung und den Gesetzentwurf über Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien.

* Vom Provinzial-Ausschuss. Unter dem Vorsitz des Grafen von Stosch auf Hartau trat am 9. d. Ms. der Provinzial-Ausschuss im Standesbau hier selbst zu einer Sitzung zusammen, welche am 11. d. Ms. fortgesetzt wurde. Derselben wohnte als Vertreter der königlichen Staatsregierung der Oberpräsident der Provinz, Wirkliche Geheime Rath D. von

Seydewitz, sowie der Vorsitzende des Provinzial-Landtages, Herzog von Ratibor, bei. Über die in der Sitzung geslogenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse ist Nachstehendes zu berichten:

Zur Wiederherstellung der vom Hochwasser am 3. und 8. September vorigen Jahres beschädigten Wege und Brücken im Kreise Volkenhain wurden den Gemeinden Alt-Reichenau, Quolsdorf, Schweins, Wernersdorf und Einstfeld Bauunterstützungen von zusammen 3450 M. ver- bewilligt. Die Zahlung derselben soll jedoch bis nach der Beratung des Gesetzentwurfs, nach welchem seitens des Staates an die im verlorenen Jahre durch Hochwasser beschädigten Unterstützungen gewährt werden können, ausgefeiert bestehen. Dagegen lehnte man den Antrag auf Subventionierung von 100000 M. im Kreise Volkenhain ab und stellte anheim, eine einheitliche Regulierung der Flüsse durch Bildung von Uferregulierungs-Genossenschaften in die Wege zu leiten. Zur Regulierung des Lomnitzbachs in der Gemarkung Arnsdorf durch Herstellung einer 238 Meter langen Fluthrinne wurde dem Kreise Hirschberg geschenkweise eine Kostenbeitrags von 5000 M. gewährt und dem Haushalter Feistel in Hermendorf u. K. zur Wiederherstellung der durch Hochwasser weggerissenen Ufermauer an seinem Grundstück ein mit 3 p. ct. zu verzinsendes und mit 2 p. ct. zu tilgendes Darlehn von 900 M. bewilligt.

Die Stadtgemeinde Lublinitz erhielt eine Beihilfe von 1500 M. zur Aufforstung der ihr gehörigen Sandholze „Sabara“ von über 40 ha Flächeninhalt, ferner der Vorstand der Kinderheilstätte „Siloch“ in Langenau eine solche von 6000 M. zu den Kosten des Erweiterungsbaus der Anstalt, die frühere Erzieherin Fr. Kaez in Hirschberg aus einem freigewordenen Stipendium der v. Kramskoischen Stiftung eine ordentliche Unterhaltung von 340 M. jährlich und die Tagelöhnerfrau Matusch in Buka aus dem Viehsecuranzfonds eine solche von 80 M. zur Wiederherstellung einer Kuh an Stelle einer am Milzbrand gefallenen.

Der Militär-Anwärter Seeliger wurde als Bureau-Assistent bei der Centralverwaltung des Provinzial-Verbandes angestellt. — Von der Einberufung einer Genossenschafts-Versammlung der schlesischen Landwirtschaftlichen Verungenosenschaft zum Zwecke der Beschlussfassung über zu erlassende Unfallverhütungs-Vorschriften beschloß der Provinzial-Ausschuss vorläufig abzusehen und zunächst im April d. J. in Berlin stattfindende „Deutsche Allgemeine Ausstellung für Unfallverhütung“, welche mancherlei Anregung für Unfallverhütungs-Vorschriften auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft geben wird, abzumarten. — Die wiederholte Petition des Pfarrers Matikof in Kochlowitz um den Ausbau eines Weges I. Ordnung von Beuthen über Kochlowitz nach Nitschau auf Kosten der Provinz soll dem Landtag mit dem Antheimgebot vorgelegt werden, dieselbe abermals abzulehnen, da die Provinz Chaussee-Neubauten für eigene Rechnung nicht mehr unternimmt.

Durch die Erklärung des evang. Gemeinde-Kirchenrats in Brieg vom 8. v. M. wurde die Bedingung der Übernahme der Unterhaltungspflicht für das Graf Gehler-Denkmal in Brieg, welche an die Bemäßigung einer Beihilfe zu dessen Renovationskosten geknüpft worden war, als erfüllt erachtet. — Gegen den zur Prüfung eingerichteten Etat für die Taubstummen-Anstalt zu Liegnitz pro 1. April 1889/90 fand sich nichts zu erinnern. — Mit dem Verkaufe einer an der Sohrau-Dreischaer Chaussee im Gemeinde-Bezirk Sohrau-Oberschleiden gelegenen Döldland-Porzelle an den Stadtforst Schönfeld in Sohrau erklärte sich der Provinzial-Ausschuss einverstanden.

Mit Rückicht auf den dem Gasthofbesitzer Buhl in Damerau, Kreis Waldeburg, durch einen orkanartigen Sturm an seinen Gebäuden zugefügten erheblichen Schaden bewilligte man denselben aus dem Provinzial-Collectenfonds eine Unterhaltung von 1000 M. — Der Antrag des königlichen Regierungs-Präsidenten zu Liegnitz auf Bemäßigung von 35 000 M. Beitrag zu den Kosten der Oberregulierung im Kreise Sprottau wurde dem Provinzial-Landtag mit dem Vorschlag befürwortend überreicht, den Interessenten der Oberregulierung im Kreise Sprottau zur Ausführung des Projekts von ¼ der auf 71 600 M. veranschlagten Kosten mit 23 866 M. aus dem Landes-Meliorationsfonds geschenkweise unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Staatsregierung mindestens eine gleich hohe Beihilfe hierzu gewährt und die Interessenten sich an den Ober-Dieckerverband im Kreise Buzlau anschließen. — Das von den Kreis-Ausschüssen der Kreise Goldberg und Löwenberg und vom Magistrat zu Goldberg an die Provinzial-Verwaltung gerichtete Gejuch um einen Zuschuß von 15 000 M. zu den Grunderwerbskosten für eine Eisenbahn von Goldberg nach Löwenberg seitens der Provinz als Besitzerin der Irrenanstalt zu Plagwitz lehnte man ab, weil das Interesse der genannten Anstalt an der projektierten Bahn für zu gering erachtet wurde. — Das zur Erweiterung der vorgenannten Anstalt angekaufte Reharsche Haus und das Gärtnerhaus der Anstalt sollen, ersteres zu einem Wohnhause für fünfzig Kranke, letzteres zu einem Beamtenwohnhouse, eingerichtet werden. Nach Prüfung der diesbezüglichen Umbauprojekte wurde deren Ausführung genehmigt. — Der Director der Plagwitzer Irrenanstalt, Dr. von Ludwig, wurde auf seinen Antrag vom 1. April d. J. ab mit Pension in den Ruhestand versetzt und der hierauf bezüglichen Vorlage an den Provinzial-Landtag wegen Anrechnung früherer Dienstzeit zugestimmt. Zum Nachfolger derselben im Directorat ernannte man den bisherigen zweiten Arzt bei der Buzlauer Irrenanstalt, Dr. Petersen-Borsig. — Der Anschluß der fürstlich-schlesischen Ober-Hospital-Commission in Neisse im Verein mit der Verwaltungskommission milder Stiftungen ebenda an die provinzielle Beamtenrelikten-Fürsorge-Einrichtung wurde unter Befürchtung des qu. Antrücks-Vertrages genehmigt. — Der Landeshauptmann erhält die Ermächtigung, im Falle der Zustimmung der Stadtvertretung von Brieg eine zur Erweiterung der Steinstraße daselbst erforderliche Parzelle von 2,57 Ar Flächeninhalt von dem zur Irrenanstalt gehörigen Grundstücke von 2828 M. Entschädigung an die Stadt Brieg zu verkaufen und es auf das Enteignungsverfahren nicht ankommen zu lassen. — Als Kandidat für die Wahl des einen nichtständigen Mitgliedes des Reichs-Verfassungssamtes soll den übrigen Verungenosenschaften innerhalb der Monarchie der Landrat des Kreises Königsberg, von Gerlach, namentlich gemacht werden; auch wurde der Landeshauptmann beauftragt, hinsichtlich der Wahl des zweiten nichtständigen Mitgliedes und der vier Stellvertreter mit den übrigen Genossenschafts-Vorständen die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen und das Resultat mitzuteilen. — Ein diesbezügliches Gejuch des Kreises Volkenhain wurde dem Landtag mit dem Antrage überwiesen, den Ausschuß zu ermächtigen, nach Prüfung des Projekts eventuell dem Kreise Volkenhain zu den Kosten der Regulierung der wüthenden Neisse, des Striegauer Wassers und der schnellen Reisse aus dem Landes-Meliorationsfonds eine nicht rückzahlbare Beihilfe von 76 500 M. unter der Bedingung zu bewilligen, daß der Staat eine gleich hohe Beihilfe geschenkweise gewährt und die fraglichen Flüsse im regulirten Zustande erhalten werden. — Die Beschaffung auf den Antrag des Landrats des Kreises Königsberg auf eine provinzielle Beihilfe zur Regulierung der oberen Bartsch soll lediglich dem Provinzial-Landtag anheimgegeben werden. Ebenso wurde der Antrag des Fürsten Hasfeld-Trachenberg, betr. die Bewilligung von 250 000 M. zur Herbeiführung besserer Vorflutshverhältnisse in der mittleren Bartsch und der Horle, und die Petition des Generalmajors z. D. von Frankenberg auf Nieder-Schüttlau, betreffend die Gewährung von 180 000 M. zur Räumung und Befestigung der Ufer der unteren Bartsch, an den Provinzial-Landtag zur Beihilfenzusage abgegeben. Nach Antritt des Provinzial-Ausschusses kann nur eine einheitliche Regulierung der Bartsch und ihrer Nebenflüsse vom Eintritt des Flusses in die Provinz bis zur Mündung in die Oder ein Vorrecht für das Gesamtflusssystem der Bartsch in Schlesien sein. — Das Gejuch des Obsts- und Gartenbau-Vereins im Kreise Kosel um eine Subvention von 300 M. lehnte man ab. — Die Mitteilung des Oberpräsidenten von der Erweiterung des Hochwasser-Welde des Kreises für die Oder und die Gläserne Reisse wurde dem Provinzial-Landtag zur Kenntnis gegeben. — Zu den Kosten der Unterhaltung und Ausgestaltung des Liegnitzer Obstgartens bewilligte man 800 M. Zuschuß, dagegen wurde das Gejuch des Magistrats zu Neisse um eine Beihilfe zur Renovation des Kämmerereigebäudes und des „Schönen Brunnens“ in Neisse abgelehnt, dasjenige des Convents der barmherzigen Brüder in Bogutitz über um einen Beitrag zum Kaufgelde für ein zur Anstaltserweiterung erworbene Grundstück dem Provinzial-Landtag befürwortend vorgelegt.

Der Kreis Lublinitz erhält zu den für die Eisenbahn Lublinitz-Herby zu machenden Aufwendungen für Grunderwerb z. eine Beihilfe von 9350 M. in Aussicht gestellt, und der Kreis Ohlau für die Bahn von Strehlen nach Grottkau mit Abzweigung nach Wanzen eine solche von 4000 M. — Die Gejüche des Deutschen Samariter-Ordens-Stifts zu Kratzsch um eine Baubehilfe zur Erweiterung der Anstaltsräume für epileptische Kranke, ferner um eine Jubiläumsgabe zur Gründung eines Feierabendhauses für alte Diaconissen, und endlich um eine laufende Unterhaltung für das Diaconissen-Mutterhaus wurden dem Provinzial-Landtag voraussetzt, mit dem Anhausestellen, die beiden ersten

Anträge abzulehnen, im Hinblick auf den letzteren Antrag jedoch bei Bezeichnung der zur Unterhaltung von Krankenhäusern bestimmten Summe mit Rücksicht auf das Krankenhaus Bethesda in Kratzsch eine angemessene Erhöhung einzutragen zu lassen.

Der von mehreren Kreis- und Stadtgemeinden gestellte Antrag auf Herausziehung des Binsfusses der 4-prozentigen Obligationen- und der Notstands-Darlehen der Provinzial-Hilfskasse um ½ p. ct. wurde dem Provinzial-Landtag mit der Erklärung vorgelegt, daß der Provinzial-Ausschuss denselben nicht befürworten kann. — Aus Anlaß erheblicher Verluste durch Viehsterben erhielt der Bauer Eder aus Laßoth eine Unterstiftung von 500 M. aus dem Vieh-Assecuranzfonds.

Die dem Provinzial-Landtag zu machenden Vorlagen, betreffend ein zu Ehren der etwaigen Anwesenheit des Kaisers im Jahre 1889 oder 1890 seitens der Provinz zu veranstaltendes Fest, die Gewährung eines Beitrages der Provinz von 200 000 M. zu den Grunderwerbskosten für die Verbesserung der Schifffahrt auf der Oder von Breslau bis Gosek, die Controle über die Verwaltung der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, die Errichtung eines Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms in Breslau, die Bemäßigung von Geldmitteln für die Befestigung der Hochwasser-Brücken an den Provinzial-Chausseen wurden genehmigt bzw. festgestellt. (Vergl. den Bericht über die Sitzung des Provinzial-Landtages. D. R.)

Der Provinzial-Ausschuss übernahm die Verantwortung für Mehrausgaben gegen die Etats der Hauptverwaltung des Provinzial-Verbandes, des Landarmen-Verbandes der Provinz und den Etat für den Landstraßen- und Wegebau pro 1888/89; auch nahm derselbe Einsicht von der Revision der Jahres-Rechnungen über die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen, der Provinzial-Iren-Anstalt in Kreuzburg und der öffentlichen Anstalt, sowie des Pension-Instituts zu Leibus pro 1886 und beschloß, dieselben dem Landtag mit dem Antrage auf Durchsetzung vorzulegen. — Genehmigt und festgestellt. (Vergl. den Bericht über die Sitzung des Provinzial-Landtages. D. R.)

Der Provinzial-Ausschuss übernahm die Verantwortung für Mehrausgaben gegen die Etats der Hauptverwaltung des Provinzial-Verbandes, des Landarmen-Verbandes der Provinz und den Etat für den Landstraßen- und Wegebau pro 1888/89; auch nahm derselbe Einsicht von der Revision der Jahres-Rechnungen über die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzial-Chausseen, der Provinzial-Iren-Anstalt in Kreuzburg und der öffentlichen Anstalt, sowie des Pension-Instituts zu Leibus pro 1886 und beschloß, dieselben dem Landtag mit dem Antrage auf Durchsetzung vorzulegen. — Genehmigt und festgestellt. (Vergl. den Bericht über die Sitzung des Provinzial-Landtages. D. R.)

Der Provinzial-Ausschuss nahm Kenntnis von der Mitteilung des Ministers für Handel und Gewerbe, daß dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken mit Principal-Leistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien zur Verfassungsbefreiung aufzunehmende Darlehen von 174 000 M. — Der Provinzial-Ausschuss nahezte Kenntnis von der Mitteilung des Ministers für Handel und Gewerbe, daß dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken mit Principal-Leistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien zur Verfassungsbefreiung aufzunehmende Darlehen von 174 000 M. — Der Provinzial-Ausschuss nahezte Kenntnis von der Mitteilung des Ministers für Handel und Gewerbe, daß dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken mit Principal-Leistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien zur Verfassungsbefreiung aufzunehmende Darlehen von 174 000 M. — Der Provinzial-Ausschuss nahezte Kenntnis von der Mitteilung des Ministers für Handel und Gewerbe, daß dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken mit Principal-Leistungen für den Wegebau in der Provinz Schlesien zur Verfassungsbefreiung aufzunehmende Darlehen von 174 0

* Kaiser Wilhelm-Denkmal in Breslau. In der heutigen Sitzung des Schlesischen Provinzial-Landtages gelangte der Antrag des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Errichtung eines Reiter-Standbildes Kaiser Wilhelms in Breslau, zur Verhandlung. Wie wir bereits mitgetheilt haben, geht der Antrag dahin:

- 1) sich mit dem für die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkals in Breslau vorgeschlagenen Platze einverstanden zu erklären,
- 2) zu den Kosten des Denkmals, soweit dieselben nicht durch die freiwilligen Beiträge gedeckt werden, zwei Dritttheile bis zum Höchstbetrag von 200 000 Mark bewilligen, unter der Voraussetzung, daß die Stadtgemeinde Breslau den dritten Theil dieser Kosten, soweit dieselben nicht durch die freiwilligen Beiträge gedeckt werden, bis zur Höhe von 100 000 Mark genährt,
- 3) genehmigen, daß dieser Betrag aus den bereitgestellten Mitteln der Landeshauptkasse vorgezogen und sodann zu $\frac{1}{10}$ defitiv aus dem Vermögen der Provinzial-Darlehnssäße entnommen, zu $\frac{1}{10}$, aber durch den auf die Ober-Laufstift entfallenden Anteil gedeckt wird,
- 4) den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, wegen Übernahme der laufenden Unterhaltung des Denkmals zu zwei Dritttheilen mit dem Magistrat der Stadt Breslau die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die Commission empfahl die Genehmigung dieses Antrages, zu dessen Begründung der Berichterstatter, Abg. Stadtrath von Korn, die erforderlichen Mittheilungen mache. Derselbe erwähnte hierbei auch, daß in der Commission die Ansicht zu Tage getreten sei, daß es sich empfehle, nicht einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für das Denkmal auszuschreiben, sondern mit der Ausführung überhaupt einen bewährten Meister zu trauen. Indessen habe man davon abgesehen, in dieser Hinsicht einen Antrag zu stellen. Das Haus nimmt die zur Abstimmung gestellten Anträge ohne Debatte an.

** Bekanntmachung, betreffend die Einstellung Einjährig-Freiwilliger am 1. April d. J. Der Oberpräsident der Provinz Schlesien macht unter dem 8. März d. J. bekannt, daß das königliche General-Commando 6. Armee-Corps hierdurch durch Verfügung vom 4ten d. M. im Bereich der 11. Division das Grenadier-Regiment Kronprinz Friedrich Wilhelm Nr. 11 in Breslau und im Bereich der 12. Division das Infanterie-Regiment von Winterfeldt Nr. 23 in Neisse als diejenigen Truppentheile bestimmt hat, bei denen auf Grund des § 94, I der deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 der Diensteneintritt Einjährig-Freiwilliger am 1. April d. J. erfolgen darf.

* Concerte des Quartetts Udel vom Wiener Männer-Gesangsverein finden, wie wir bereits mittheilten, am 23. und 24. März statt. Es giebt sich, wie uns mitgetheilt wird, für die Concerte großes Interesse und. Die Kunst- und Mußtalienhandlung von Frank u. Weigert hat mit der Kartenausgabe bereits begonnen.

* Telefonverbindung Breslau-Trebnitz. Aus Trebnitz wird uns geschrieben: In biesigen Kreisen interessirt man sich lebhaft für die Anlage einer Telefonverbindung mit Breslau. Es haben darüber bereits Verhandlungen mit der Kaiserl. Postverwaltung stattgefunden. Bei der Errichtung von 10 Fernsprechstellen beträgt der jährliche Beitrag für jeden Theilnehmer 200 Mark, werden 15 Sprechstellen angelegt, nur 170 Mark. Das Zustandekommen der Anlage scheint gesichert zu sein.

g. Zum Rundreiseverkehr. Will man ein Rundreisebillet auf die billigste und praktischste Weise zusammenstellen, so hat man gar Manches zu beachten, an das man im ersten Augenblick nicht denkt. Nicht genug, daß der kürzeste Weg wegen schlechter Anschlüsse &c. nicht immer der billigste ist, nein, auch manche unerklärliche Geheimnisse birgt das „Berechnung der Rundreiscoupons“. Daß „lange“ Coupons oft billiger sind, wie die Summe der „kurzen“ Coupons für dieselbe Strecke, ist leicht erklärlich durch die Abrundung der Preissumme bei jedem Coupon &c., daß aber das Umgekehrte vorkommt ist schwer verständlich. Es kommt auch vor, daß Coupons sotheuer sind wie ein gewöhnliches Billet (z. B. Nr. 847 „Olmutz-Prag“ II. Kl.) und der erträumte Vortheil darin besteht, daß man das Freigepäck verliert, ja der Coupon „Hamburg-Altona“ kostet sogar mehr wie das gewöhnliche Billet mit Freigepäck-Bürgstiftung. Ein Curiosum und wohl ein Unicum ist der Coupon 683 „Leipzig Berliner Bahnhof-Leipzig Bayerischer Bahnhof“. Wir warnen, für diese Strecke einen Coupon II. Klasse zu nehmen, denn dies wäre Verschwendug. Ein Coupon III. Klasse bietet denselben Vortheile. Aus geheimnisvollen Gründen, die wohl allein der Eisenbahnverwaltung bekannt sind, berechtigt nämlich ein Coupon III. Klasse auf dieser Strecke auch zur Fahrt in der II. Klasse. — Über die Ausnutzung der Rundreiscoupons für die Fahrt „Breslau-Berlin“ berichteten wir vor einigen Tagen. Unbekannt wird es Vielen sein, daß bei Benützung des Görlitzer Zuges, welcher Bahnhof Friedrichstraße Vormittags 8 Uhr 49 Min. — also 22 Min. nach dem Schlesischen Zug — verläßt, man den leisten in Kohlfurt (Kohlfurt-Kohlfurt) einholen und Nachmittags 4 Uhr in Breslau eintreffen kann.

-d. Baugewerben-Umfall-Genossenschaft zu Breslau, eingetr. Genossenschaft. In diesen Tagen fand im Café Restaurant hierzulst die constituirende Versammlung der „Baugewerben-Umfall-Genossenschaft“ statt, deren Statut bereits in der Generalversammlung des Innungs-Verbands der Schlosser- und Maurermeister am 28. November v. J. festgestellt worden war, wonach alle Mitglieder des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zum Beitritt berechtigt sind. Es haben bereits 139 Baugewerksmeister aus den Provinzen Schlesien und Posen ihren Beitritt erklärt. Das am 28. Nov. v. J. berathene Statut wurde einstimmig angenommen. Als Mitglieder des Aufsichtsraths wurden gewählt die Maurermeister Urban, Horn, Stedel und Regierungs-Baumeister Wolfram, sämtlich aus Breslau, sowie die Maurermeister Schmidt-Döppeln und Wolfmann-Brieg. Zu Mitgliedern des Vorstandes wurden Maurermeister Siebiger und Zimmermeister v. Aspe, beide aus Breslau, gewählt. Herr Siebiger aus Breslau beantragte, den Zeitpunkt festzustellen, von welchem ab Entschädigung gewährt werden soll. Nach langerer Debatte beschloß die Versammlung, Baunfälle, welche sich frühestens vom 8. d. M. ab bei Mitgliedern ereignen haben und eignen, statutengemäß zu entschädigen. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, die Eintragung in das Genossenschaftsregister möglichst bald zu beantragen.

** Besitzveränderungen. Klosterstraße Nr. 72. Verkäufer: Fleischermeister Herrmann Grunert; Käufer: Fleischermeister Louis Weigert. — Am Oberschlesischen Bahnhofe Nr. 3. Verkäufer: Wasserleitungs-Unternehmer und Schlossermeister G. Pawrzinek; Käufer: Fleischermeister August Gottwald. — Bincenzstraße Nr. 21. Verkäufer: Schlossermeister Mr. Drescher; Käufer: Preßbrennereifabrikant Joseph Boese. — Berlinerstraße Nr. 5 und 6. Verkäufer: Kaufmann Karuth'sche Erben; Käufer: Kaufleute, Seifenfabrikanten, Firmi und Fettwarenhändler Emil und Samuel Reichsfeld. — Fürstenstraße Nr. 4. Verkäufer: Rentier Fritz Würfel; Käufer: Frau Kaufmann Marie Brodda. — Alsenstraße Nr. 3. Verkäufer: Fabrikbesitzer, Möbel- und Parquet-Tischlerei Demio Schleinger; Käufer: Mühlehrerin Fräulein Gottlieb Paezold.

** Wasserstands-Nachrichten. Nach den neuesten Nachrichten ist das Wasser in Ratibor sowie in Kosel im Hallen begriffen und eisfrei. Die Pegelhöhe in Ratibor war am 12. März 4,12 Meter (Telegramm 5 Uhr 20 Min. Nachmittags), am 13. März 3,72 Meter (Telegramm 8 Uhr 25 Min. Vormittags, fällt); in Kosel am 13. März am Oberpegel 4,60 Meter, am Unterpegel 2,60 Meter; in Oppeln am 13. März 3,90 Meter (Telegramm 8 Uhr Vormittags, steigt); in Neisse am 13. März 1,85 Meter (Telegramm 6 Uhr früh, fällt); in Glatz am 12. März 1,35, am 13. März 1,35 Meter.

* Hirschberg, 13. März. [Verordnung zum Schutz gegen Hochwasser. — Urlaub.] In Anbetracht des durch die rasche Schmelze abermals drohenden Hochwassers erläßt der biesige Landrat unter Zustimmung des Kreis-Ausschusses auf Grund des §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 3. Juli 1883 für den Umfang des Kreises Hirschberg folgende Verordnung: § 1. Holzhämme, Langholzer, Balken, Bretter und ähnliche schwimmende Gegenstände dürfen im Ueberchwemmungsbereich fliegender Gewässer nur dann aufgestapelt oder gelagert werden, wenn sie gegen das Abschwimmen bei Hochwasser genügend gesichert oder befestigt sind. § 2. Bei hölzernen Brücken und Stegen über liegende Gewässer müssen die Balken an einem ihrer Enden so befestigt (angeleitet) werden, daß dieselben,

wenn sie vom Hochwasser gelöst werden, nicht fortschwimmen können. § 3. Die Nichtbefolgung vorstehender Bestimmungen wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. im Unvermögensfalle mit verbültigmäßigiger Haft bestraft.

— Der Landrat Heinrich IX. Prinz Reuß ist für die Zeit vom 7. bis

24. d. Mts. beurlaubt und wird vom Kreisdeputirten von Küster in der Verwaltung des Landratsamtes vertreten.

† Löwenberg, 13. März. [Verfügung. — Jubiläum.] An Stelle des am 1. April er. in den Ruhestand tretenden Directors der benachbarten Provinzial-Irenanstalt zu Plagwitz, Dr. v. Ludwig, ist seitens des Provinzial-Ausschusses der bisherige zweite Arzt der Provinzial-Irenanstalt zu Buzlau, Dr. v. Petersen-Borstell, berufen worden. — Heute beginnt der Schornsteinfegermeister Lorenz sein 50-jähriges Berufsjubiläum und gleichzeitig sein 50-jähriges Bürgerjubiläum.

□ Sprottau, 10. März. [Beerdigung. — Gemeindekirchenrath.] Gestern Nachmittag wurde der Realgymnasiallehrer Theodor Glauer, ein früherer Zögling des aufgelösten Breslauer Lehrerseminars, zu leichten Ruhe bestattet. Derselbe hat an dem hiesigen Realgymnasium seit Gründung der Anstalt im Jahre 1866 gewirkt. Vorher war er ein Jahrzehnt als Lehrer an der hiesigen Stadtschule thätig gewesen. — In der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung der evangelischen Kirchengemeinde erfolgte die Wahl der Mitglieder der Kreishypothek. Gewählt wurden Realgymnasiallehrer Dr. am Ende, Zimmermeister Siebiger, Rechtsanwalt Gottwaldt, Bürgermeister a. D. Schenkeveter, Apotheker Schneider und Hauptlehrer Zimmer. Zu der anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des General-Superintendenten Dr. Erdmann zu errichtenden Stiftung bewilligten die Vertreter der Kirchengemeinde die Summe von 30 M.

** Jauer, 11. März. [Communalsteuer — Verwaltungsbericht. — Verstaatlichung des Gymnasiums.] Der Communalsteuerfah, welcher bisher 180% der Klassen- und klassifizierten Einkommenssteuer betrug, wird abermals erhöht werden müssen, da die Ausgaben bedeutend gewachsen sind. — Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Jauer ist ein nicht unbedeutendes Sinken der Pachtpreise für Grundstücke zu verzeichnen, während der Geschäftsvorlehr in den einzelnen Branchen sich auf der gleichen Höhe erhalten hat. Die Sparkasseninlagen sind im letzten Jahre um fast 100 000 Mark gestiegen. Das städtische Vermögen beträgt weit über 1 Million Mark. 628 979 Mark beträgt die Feuerware für die städtischen Gebäude, die Grundstücke sind auf 319 600 Mark veranschlagt worden, resp. zu dem 20fachen Grundsteuer-Heinertrage. Die Schuldenlast der Stadt beträgt 590 000 Mark. Davon sind beinahe die Hälfte auf die Anlage der städtischen Wasserleitung zu rechnen. — Auf Grund eines vor kurzer Zeit abgeschlossenen Vertrages steht die Verstaatlichung des hiesigen städtischen Gymnasiums wahrscheinlich zum 1. April 1890 bevor. Darnach hat die Commune einen jährlichen Zufluss von 15 000 Mark zu zahlen. Die Gebäude und das Inventar der Anstalt geht in das Eigentum des Staates über. Die Stadt hat aber, wenn die Übernahme zu Stande kommt, einen Umbau auszuführen, welcher auf etwa 20 000 M. veranschlagt worden ist. Der Staat ist aber verpflichtet, das Gymnasium oder eine dem Gymnasium entsprechend höhere Lehranstalt zu unterhalten, andernfalls gehen die Gebäude und das Inventar wieder in das Eigentum der Stadt über.

W. Goldberg, 11. März. [Petition. — Aus Vereinen.] In Goldberg und Umgegend ist eine Petition an die Regierung zu Liegnitz im Umlauf wegen Zurückziehung des Kreisphysikus Dr. Leo von Lüben nach Goldberg. — Der Lehrerverein erklärt sich für eine Gauversammlung, die in den Herbstferien in Hainau stattfinden soll. — Im evangelischen Männer- und Junglingsverein hielt Professor Knobloch einen Vortrag über „Kirchenfürst“.

** Brieg, 12. März. [Kreisverein für Bienenzucht und Gartenbau. — Geflügelaustellung. — Von der Ober. — Fischottern.] Der Kreisverein für Bienenzucht und Gartenbau hielt am Sonntag Nachmittag im Hotel „zum goldenen Löwen“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende machte u. a. die Mittheilung daß die X. Wanderversammlung der schlesischen Geflügelzüchter in den Tagen vom 28.—30. Juni er. in Namslau stattfindet. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt: Landwirtschaftsschullehrer Benende als Vorsitzender, Lehrer Pantke als stellvertretender Vorsitzender, Kaufmann Hildebrand als Käffler, Obergärtner Müller als Schriftführer und Lehrer Seeliger als Bibliothekar. Die Rechnungslegung wies an Gesamteinnahmen 278,73 M., an Gesamtausgaben 204,29 M., mithin einen baaren Überitus von 74,44 M. auf. Außerdem befürchtete der Verein in einem Sparbuch angelegt 534,27 M. — Die II. Geflügelaustellung des Vereins „Breg“ wurde gestern Nachmittag geschlossen. — Die Ober. ist heute hier über $\frac{1}{2}$ Meter gestiegen. — Hiesige Fischer fingen in dem von der Oder nach der Falchischen Fabrik führenden Wasserlaufe zwei Fischottern.

□ Namslau, 11. März. [Vom Tage.] Zum Besten des hiesigen Bethanien-Vereins fand im Grimm'schen Saale eine Wohlthätigkeitsvorstellung statt, die einen ziemlich bedeutenden Ueberitus brachte. — Die Stadtverordnetenversammlung setzte die Communalsteuern für das Jahr 1889/90 in der bisherigen Höhe, nämlich 150 pSt. der Staatssteuern und 50 pSt. Zufluss zu den Geschäftsvorlehrn, fest. — Der Turnverein wählt in seiner unter Leitung seines Vorsitzenden, Kaufmanns Beermann, abgehaltenen Versammlung für den Ostern in Breslau stattfindenden Kreis-Turntag als Abgeordneten Kästchen-Konstadt, als Stellvertreter Albrecht-Carlsruh.

□ Falkenberg, 12. März. [Kreistag. — Gegen Hochwasser gefahr.] Am 30. d. Mts. wird hier ein Kreistag abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag des Kreistagsabgeordneten Grafen von Sierspoff-Puschine: „Der Kreistag wolle beschließen: a. der in der Kreistagsitzung im Juli v. J. gefaßte Beschluß, wonach zu Chaussee-Neubauten außer den Provinzialwegebauhilfsgelehrn und den Präcipitbeiträgen der Abjacenten noch ein außerordentlicher Zufluss von 1,50 M. pro laufenden Meter von den Interessenten erhoben werden soll, wird aufgehoben; b. die Vorlage, betreffend den chausseemäßigen Ausbau verschiedener Wegestrecken im Kreis Falkenberg, wird in demselben Umfange, wie sie seiner Zeit vom Kreisausschuß eingebracht, wieder hergestellt; c. mit dem Ausbau der in der vorbezeichneten Vorlage als möglichst einer Chausseiführung bedürftigen Straßen soll unverzüglich begonnen werden.“ Ferner hat der Kreistag über die Zulässigkeit des Verfahrens, betreffend die Um- und Zusammenlegung der Feldmark Brande, zu beschließen. — Landrat von Sydon hierzulst hat die Ortspolizeibehörden der von der Ober- und Neisse berührten Bezirke des hiesigen Kreises angewiesen, ungefähr alle vorbereitenden Anstalten zur erfolgreichen Abwehr etwaiger Hochwassergefahren, insbesondere durch Schutz der vorhandenen Deiche, in möglichst umfassendem Maße zu treffen und ihm über alle wichtigeren Schäden einzutragen. — Die Eintragung in das Gesetzregister möglichst bald zu beantragen.

□ Neisse, 12. März. [Eisenbahn-Zusammenstoß. — Generalversammlung des deutschen Kriegervereins. — Eisgang.] Heute Morgen zwischen 3 und 4 Uhr stieß eine Maschine auf dem hiesigen Bahnhofe mit einem in der Nähe des Güterschuppens stehenden Güterzug, welcher eben absfahren sollte, zusammen. Trotzdem das Fahrpersonal bereits seine Plätze in dem Zuge eingenommen hatte, ist Niemand verletzt; nur die Maschine und der Packwagen des Güterzuges sind stark beschädigt. — In der gestern Abend abgehaltenen Generalversammlung des deutschen Kriegervereins wurden an Stelle der drei ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder und Beisitzer gewählt: Die Eisenbahn-Betriebsdirektoren Garne und Schmidt und Gerichtsvollzieher a. D. Hillmann. Für den in nächster Zeit bevorstehenden Delegiententag des Gauverbandes am Neifestrand wurden 13 Delegierte gewählt. Sodann wurde beschlossen, für Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkals eine Sammlung in Circulation zu legen. — Die Neisse ist eisfrei. Der Eisgang ist bis jetzt ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. — Der vorgestern angekommene Commandeur der 24. Infanterie-Brigade, Generalmajor von Johannes, hat sich heute die Offiziere, Zahlmeister &c. der Brigade vorstellen lassen.

□ Laurahütte, 12. März. [Allgemeine Petition.] Der Bürgerverein hat bei der königlichen Eisenbahn-Direction eine von den hiesigen Industriellen und der Bürgerlichkeit unterstützte Petition angebracht, daß wieder, wie vor Verstaatlichung der Bahn, bequemere Zugverbindungen geschaffen werden. Diese Petition ist mit Hinweis darauf, daß sich die verlangten Zugverbindungen nicht lohnen, abgewiesen worden; dagegen wurde in Aussicht gestellt, daß bei Inkrafttreten des Sommerfahrtplans verschw.weise nur an Sonntagen Sonderzüge zu den von den Bittstellern verlangten Seiten abgefahren werden. Die Veranstalter der Petition wollen eine neue Petition einreichen.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 13. März. Der Reichstag, welcher sich am 8. Februar vertrat, nahm heute seine Berathungen wieder auf. Die Bänke des Hauses sind sehr mäßig besetzt; knapp ein Fünftel aller Reichstagsabgeordneten ist anwesend, trotzdem das Gericht verbreitet ist, daß die Regierung bei der Berathung der Denkschrift über die kleinen Belagerungszustände in Berlin, Stettin, Frankfurt und Hamburg-Altona Erklärungen über ihre Absichten bezüglich des Socialistengesetzes abgeben will. Der Fürst Reichskanzler wollte seit 2 Uhr im Reichstagsgebäude und betrat gegen 4 Uhr den Saal, um eine längere Zeit mit dem Abg. v. Heldorff zu conferiren. Der Abg. Sabor spielte mehrmals auf das erwähnte Gericht an, ohne daß indeß einer der zahlreich anwesenden Regierungsvorsteher daraus Anlaß genommen hätte, das Wort zu ergreifen. Nur seitens der ebenfalls angezapften Nationalliberalen erklärte Herr Meyer-Jena, daß seine Partei allerdings für die zweijährige Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt habe, um in der Zwischenzeit die Möglichkeit zu einem Erfolg für dieses Gesetz zu geben; aber ob dieses Gesetz ein allgemeines oder ein specielles sein werde, darüber sei nichts bestimmt. Das Haus ließ die Reden der drei Socialdemokraten Sabor, Frohme und Liebknecht, welche namentlich die Unterdrückung des Coalitionsrechtes der Arbeiter tadelten, über sich ergehen. Als dann gegen 5½ Uhr ein Schlusseintrag kam, machte Abg. Singer Zweifel an der Beschlußfähigkeit des Hauses geltend, denen sich das Bureau anschloß; die Sitzung wurde abgebrochen. Morgen werden Anträge und Petitionen berathen.

88. Sitzung vom 13. März.

2 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Bötticher, von Malzahn, Herrfurth, später (um 3 Uhr 50 Min.) Fürst Bismarck.

Der Abg. Antoine hat das Reichstagsmandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der am 1. Februar 1889 in Haag unterzeichnete Erklärung zum internationalen Vertrag zur Regelung der Nordseefischerei vom 6. Mai 1882.

Eine Debatte findet nicht statt. Die Vorlage wird sofort in der zweiten Lesung genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869, wonach statt der bisherigen Beschränkung der Lagerfrist von Translagern auf 5 Jahre dem Bundesrath die Befugnis gegeben werden soll, über die Lagerfrist unbeschrankt Bestimmungen zu treffen.

Abg. Brömel: Trotzdem gegen die Vorlage an sich wohl Niemand Widerspruch erheben wird, möchte ich doch bezweifeln, daß wir sie so annehmen können wie sie vorliegt. Die Vorlage ist ja damit begründet, daß eine Verlängerung der Lagerfristen herbeigeführt werden kann; aber es ist keine Sicherheit gegeben, daß der Bundesrath nicht einmal von seiner Befugnis dahin Gebrauch macht, die Lagerfrist zu verkürzen. Es wäre besser, daß bestehende Recht aufrecht zu erhalten, und man sollte nur dem Bundesrath die Befugnis geben, unter gewissen Verhältnissen die Lagerfrist über 5 Jahre hinaus verlängern zu dürfen.

Geh. Rath Neumann weist darauf hin, daß die jetzige Befreiung des Gesetzes dem Bundesrath schon große Befugnisse einräumt; denn der Bundesrath kann die Waaren bestimmen, für welche Privatlager überhaupt genehmigt werden dürfen.

Abg. Hammacher behält sich vor, an der Hand der Anträge, welche in der zweiten Lesung vielleicht stellen werden, die Frage zu prüfen; es scheint, als ob die Regierung nicht mehr verlangt als das Gesetz

ein anderes dauerndes Gesetz an die Stelle setzen können. Ob das ein allgemeines oder ein Specialgesetz sein wird, wissen wir nicht.

Abg. Fröhme: Der Streik der Vulkan-Arbeiter in Stettin ist dadurch entstanden, daß die Verwaltung der bedeutenden Werke offenbar bemüht war, die schon niedrigen Löhne noch weiter herabzudrücken, und doch ist dieser Werken damals der Bau der Subventionsdampfer übertragen worden, durch die man den Arbeitern einen guten Dienst zu schaffen meinte. Der Reichstag hat im Jahre 1881 erklärt, daß er alle Bestrebungen, die auf positive Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichtet seien, billige. Man kann demnach den Arbeitern nicht verbieten, wenn sie von dem ihnen gesetzlich eingeräumten Rechte der Coalition Gebrauch machen. Die Unterdrückung der Gewerkschaften ist nach jener Neuordnung des Reichskanzlers vollständig unverantwortlich. Der Streikvertrag des Ministers von Puttkamer und seine Anwendung beweist die Bemübung, das Coalitionsrecht der Arbeiter möglichst zu beschränken. Es ist selbst amtlicherseits anerkannt, daß die Lohnbewegung sich unter dem Schutz der Gehegebung, also durchaus gesetzmäßig vollzieht. Das Socialistengesetz hat diese Bestrebungen nicht treffen wollen. Die Teilnahme einer großen Anzahl Socialdemokraten an der gewerkschaftlichen Bewegung beweist nichts für die Ablösung des Socialistengesetzes auf dieselbe. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind so zu sagen auch Menschen. Alle Maßnahmen gegen die gewerkschaftliche Bewegung entsprechen nur dem gegen die Selbstständigkeit der Arbeiter gerichteten System unter behördlicher Autorisation. Die Maßregeln sind nur bestimmt, den Arbeitgebern im Kampfe mit den Arbeitnehmern Vortheile einzuräumen. Der Streik der Hörner in Hamburg ist dadurch herbeigeführt, daß die Fabrikanten die Organisation der Arbeiter sprengen wollten. Das Bestreben der vereinigten Arbeiter, besonders der Innungen, geht dahin, das Coalitionsrecht der Arbeiter möglichst einzuschränken. Die Innungen haben aber die Aufgabe, ein gedeckliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herzustellen. Die Polizeibehörde z. B. in Hamburg schützt die Arbeitgeber mehr, als das Gesetz erlaubt. Im Puttkamer'schen Streikvertrag ist die Überredung von Arbeitern, zu streiken, unter Strafe gestellt. Wenn einmal das Coalitionsrecht besteht, muß die Möglichkeit geschaffen werden, andere Arbeiter zu überreden, an einer Vereinigung teilzunehmen. Als der Maurer Lorenz, Mitglied der Agitationscommission in Hamburg, auf einer Agitationstour in Langen im Kreise Offenbach im August vorigen Jahres eine Versammlung halten wollte, um für die gewerkschaftlichen Interessen der Maurer daselbst thätig zu sein, wurde die Versammlung verboten und Lorenz reiste nach wenigen Stunden aufgehoben wieder ab. Nach Hamburg zurückgekehrt, wurde er auf Grund des Socialistengesetzes aus dem Kreise Offenbach ausgewiesen. Auf seine Beschwerde erklärte das hessische Ministerium, vertreten vom Minister Finger, die Ausweisung für gerechtfertigt, weil Lorenz von 1875 bis 1878 dem Ausschuss des im letzten Jahre aufgelösten sozialdemokratischen allgemeinen Maurer- und Steinbauvereins angehört habe, weil er wiederholt in öffentlichen Versammlungen, wo nur sozialdemokratische Redner austraten, den Vorsitz geführt, der Agitations-Commission des Fachvereins der Maurer als eines der thätigsten Mitglieder angehört und bei den Wahlen 1884 und 1887 in hervorragender Weise für einen sozialdemokratischen Kandidaten agitiert habe! Was das für Gründe! Der Mann hat lediglich seine staatsbürgerschen Rechte ausübt. Der allgemeine Maurer- und Steinbauverein ist auch nicht aufgelöst worden, er hat sich selbst aufgelöst. Man sollte nicht mit dem Worte „aufgelöst“ solchen Humbug treiben. So wagen es die Behörden, gesetzlich erlaubte Handlungen so darzustellen, daß eine Ausweisung erfolgen kann. Hier untersingt sich die Behörde, einen Mann wegen Handlungen auszumeisen, welche seiner heimatlichen Behörde in Hamburg keinen Anlaß zu einem Vorbehalt gegeben haben. Bei solcher Ablösung des Socialistengesetzes muß den Herren von der Regierung selbst grau und blau vor den Augen werden. Ich appelliere an das Rechtsbewußtsein aller Deutschen, die noch ein solches haben. In einer Zeit, wo in Preußen die Erhöhung der Kronabgabe von 12 auf 16 Millionen gerechtfertigt wird mit dem allgemeinen Steigen der Preise (Abg. Singer: Sehr richtig!), wo man angesichts der ganzen Welt ganz ernst behauptet, der preußische Hofkönig könnte mit über 12 Millionen jährlich nicht bestehen, wo eine Volksvertretung diese Forderung anstandslos bewilligt, möchte man den Arbeitern, die um ihr täglich Brodt kämpfen, das Recht nehmen, nach einer günstigeren wirtschaftlichen Lage zu streben. Das ist ein nettes praktisches Christenthum! Gerade in ihrem Interesse liegt es doch, das Christenthum so praktisch, wie möglich zu machen. Der Kaiser hat es als eine sehr wichtige soziale Aufgabe bezeichnet, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie ein berechtigter Stand seien und als solcher anerkannt würden. Die Worte sind durchaus berechtigt. Gerade die Socialdemokraten haben sich bemüht, die Arbeiter über die Gleichberechtigung ihres Standes aufzuläufen. Wir werden aber deshalb gemäßigt und verfolgt. Nach alle dem habe ich nicht nötig, Ihnen noch ein besonderes Capitel über die Chrbarkeit von Behörden und Regierungen zu halten.

Abg. Liebknecht: So dürftig die Gründe für die Rechtfertigung des Belagerungszustandes sind, das gebe ich dem Vertreter des Bundesrates zu, daß Sie, je länger der Belagerungszustand dauert, desto mehr Gründe für denselben haben werden. Eine Beleuchtung für die Art der Rechtfertigung liefert besonders auch der Umstand, daß das eine Mal der "Socialdemokrat" als das Organ der Parteileitung hingestellt und dann wieder eine in dem Blatt abgegebene Erklärung als nicht von der Parteileitung abgegeben angegeben wird. Wenn die anarchistischen Bestrebungen in Deutschland nicht in erheblichem Maße vorhanden sind, so ist das nicht ein Verdienst der Regierung, sondern der Socialdemokratie, welche so mächtig aufklärend gewirkt hat, daß diese Bewegung, wie wohl sie von den Behörden künstlich geziichtet worden, nicht hat aufkommen können. Das die anarchistischen Bestrebungen wesentlich durch das Socialistengesetz und von Beamten der Polizei planmäßig herbeigeführt worden, werden wir bei der Verlängerung des Socialistengesetzes nachweisen. Wie die Ausweisungen erfolgen, habe ich an meiner eigenen Person erlebt. Aus Berlin geschah es, weil ich bei den vorletzten Reichstagswahlen eine Rede halten wollte, aus Offenbach, weil ich dort kandidierte, aus Hanau, weil ich einige Offenbacher Freunde dorthin bestellt hatte. Aus Leipzig haben seit Jahren viele Ausweisungen von Männern allein wegen ihrer Tätigkeit in Fachvereinen stattgefunden. So sind Mitglieder des Vorstandes des Metallarbeitervereins, des Tischlervereins und anderer Fachvereine aufgewiesen worden. Die Leute haben sich überall erkundigt, wie ihr Verein der Auflösung entgehen könne, und haben danach ihre Statuten und Einrichtungen geöffnet. Aber wegen irgend eines ungeschickten Ausdrucks eines Mitgliedes in einer Versammlung wird der Verein aufgelöst und der Mann ausgewiesen. Den Steinmetzen war daselbst angeklagt worden, wenn sie nicht aus dem Fachverein ausgeschieden. Die 95 Mitglieder waren selbstverständlich manhaft genug, nicht auszutreten, und wurden ausgepeitscht. Da kam die Polizei zu Hilfe und löste den Fachverein auf, und als trocken die Bewegung der Steinmetzen nicht unterdrückt war, griff man zum Socialistengesetz und plötzlich wurde ein Geheimbund entdeckt. Thatsächlich wurden denn auch nach langer Untersuchungshaft über eine Anzahl von Steinmetzen Gefängnisstrafen verhängt. Alle diese Leute haben nichts gethan, als daß sie zusammengekommen sind, um ihre Fachinteressen zu besprechen. Wenn aber der deutsche Philister sieht, daß ein Geheimbund entdeckt worden ist, so träumt er von Mord und Empörung. Alles, was eingetreten ist, ist von uns vorausgesagt worden. Das Socialistengesetz ist die Pandorafüchse gewesen, aus der alles dies hervorgegangen ist. Wir sind, was wir sind, und bleiben es auch. Aber wir haben wahrsagst keine Freude daran, mit dem Gesetz in Conflict zu kommen. Wir wollen die Besserung der Dinge, und es freut uns sehr, wenn wir sie auf gesetzlichem Wege haben können. Der Titatenschlag aus dem "Socialdemokrat" ist heute nicht geöffnet worden; allerdings können wohl nur alte Weiber von einer Gänsehaut dabei überlaufen werden. Für jede solche Neuordnung können wir unsererseits Ihnen Thaten bringen, die jedem mitführenden Menschen das Blut in Wallung bringen können. Wir blicken mit einer gewissen Ironie auf die Verlegenheit, in der Sie sind, das Socialistengesetz in das gemeinsame Recht überzuführen. Sie sind mit Leichtigkeit in das Socialistengesetz hineingekommen, nun können Sie die Folgen Ihrer Sünden nicht los werden. Sie schleppen das Socialistengesetz mit sich, es ist Ihnen eine schwere Kette geworden. Ob Sie uns übrigens ausnahmegesetzlich braten oder gemeinnützlich schmoren, das ist uns völlig gleichgültig. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird eingebracht.

Vor der Abstimmung darüber beweist Abg. Singer die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Da das Bureau einstimmig das Haus für nicht beschlußfähig hält, wird die Sitzung abgebrochen.

Schluß 5½ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Anträge der Abgeordneten Klemann und von Buol, betreffend Änderung der Civilprozeßordnung; Bettinson.)

L a n d c a g .

* Berlin, 13. März. Das Abgeordnetenhaus kam auch heute noch nicht mit dem Cultusstatut zu Ende. Das Cap. 124: Cultus und Unterricht, ist dasjenige, an welches Herr Stöcker seinen Antrag wegen Beseitigung der Kirchennot in Berlin auf Staatskosten, Herr von Hammerstein seinen Antrag wegen der größeren Selbstständigmachung der evangelischen Kirche anzuknüpfen pflegte. Heute war von diesem evangelischen Cultuskampfe nichts zu bemerken, und zwar aus dem sehr guten Grunde, daß Herr Stöcker wenigstens etwas erreicht hat, ohne daß auch nur ein Pfennig mehr in den Staat eingestellt ist. Der erste Titel dieses Capitels enthält nämlich die Ausgaben für Kirchen und Schulen landesherrlichen Patronats. In Folge der neuen Kirchengemeinde- und Synodalordnung ist 1874 beschlossen worden, daß Ansprüche auf Staatsgelder nur für solche landesherrlichen Patronate erhoben werden dürfen, die vor 1873 schon bestanden haben. Die Gründung neuer Kirchen sollte den mit dem Rechte der Besteuerung versehenen Kirchengemeinden überlassen werden. Aber dadurch werden meist patronatsfreie Gemeinden mit Wahl der Geistlichen geschaffen, und das ist den Orthodoxen ein Nergernis. Deshalb mußte bei diesem Titel zunächst das Prinzip durchbrochen werden; es mußte die Neugründung landesherrlicher bzw. föderaler Patronate ermöglicht werden. Herr Stöcker wohnte der heutigen Sitzung nicht bei, um seinen Triumph zu feiern. Die Ausführungen der Abgeordneten Windthorst und Rickert aber, welche darauf hinwiesen, daß es sich hier lediglich darum handele, in Berlin der Kirchennot zu steuern, machten doch einen gewissen Eindruck, so daß auch die Nationalliberalen und Freiconservativen sich veranlaßt sahen, dem Antrag auf nochmalige Commissions-Berathung und Erstattung eines schriftlichen Berichtes zuzustimmen. Mit der Vermehrung der Summe des folgenden Titels: Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse von 4 000 000 auf 5½ Mill. Mark waren die Conservativen einverstanden, da den evangelischen Geistlichen dadurch die ihm Dienstalter entsprechenden Minimalgehälter gesichert werden. Aber das Centrum verlangte, wie auch schon früher, die vollständige Gleichstellung der unverheiratheten katholischen Geistlichen mit den verheiratheten evangelischen Geistlichen, während erstere nur zwei Drittel der Minimalgehälter der letzteren erhalten sollen. Diese Parität fand nicht die Billigung des Hauses, ebenso wenig der Antrag des Herrn von Strombeck, die katholischen Missionssypharrer den ordentlichen Geistlichen gleichzustellen. Von morgen ab sollen zur schnelleren Erledigung der Staat Abendstundungen stattfinden; bei den bekannten räumlichen Verhältnissen des Hauses keine sehr trübselige Aussicht.

Abgeordnetenhaus. 33. Sitzung vom 13. März.

11 Uhr.

Am Ministertische: v. Gößler und Commissarien.

Die zweite Berathung des Staatshaushaltsets wird fortgesetzt beim Capitel 123 des Cultussets, technisches Unterrichtswesen.

Abg. Douglas dankt dem Minister für das Eingehen auf seinen im vorigen Jahre gestellten Antrag, wonach an den technischen Hochschulen Unterrichtsurk über die erste Hilfe bei Unglücksfällen eingerichtet werden sollten. Redner verweist dann auf die große Bedeutung der in diesem Frühjahr stattfindenden Ausstellung für Unfallverhütung und bezeichnet es als notwendig, daß die Unfallverhütungsvorchriften auch eine Befinnung darüber enthalten, daß in jedem Betriebe Verbandszeug bereit gehalten werden muß. Redner empfiehlt dazu noch die Billigung der 500 M., welche für die Anschaffung von Lehrmitteln für die Gewerbeschule für die technischen Hochschulen in Aachen gefordert werden.

Die Ausgaben werden bewilligt.

Im Capitel 124: Cultus und Unterricht gemeinsam werden verlangt: im Titel 1: 1 830 000 M. zum Neubau und zur Unterhaltung der Kirchen, Pfarr-, Küster- und Schulgebäude, soweit solche auf einer rechtlichen Verpflichtung des Staates beruhen.

In einem Vermerk heißt es: Zu Bauten von kirchlichen Gebäuden landesherrlichen Patronats dürfen heraus nur Verwendungen gemacht werden, wenn das Patronat über die Kirche vor dem 1. Januar 1873 begründet worden ist, oder wenn nach diesem Zeitpunkte Mittel zur Befreiung von Lasten eines derartigen Patronats durch den Staatshaushaltsetat bereit gestellt sind.

Die Budgetcommission beantragt, in dem Vermerk den leichten Theil folgendermaßen zu fassen, „oder sofern nach diesem Zeitpunkt die Mittel zur Befreiung der Lasten eines derartigen Patronats durch den Staatshaushaltsetat bereitgestellt sind.“

Abg. Windthorst beantragt, den leichten Theil des Vermerks von „ober“ gänzlich zu streichen.

Abg. Windthorst weist darauf hin, daß es sich um einen folgen schweren Beschluß handle. Es soll hier die Möglichkeit geschaffen werden, neue landesherrliche oder vielmehr neue föderale Patronate zu begründen. Die finanziellen Folgen eines solchen Beschlusses lassen sich nicht übersehen. Die evangelische Kirche sollte sich hüten, dem Fiscus als Patron einen solchen Einsfluß auf ihre Verhältnisse zu gestatten; wenn eine katholische Gemeinde ihre Freiheit für ein föderales Patronat aufgeben würde, so würde sie das Erfolgsurteil ihrer Freiheit für ein Einflussgericht verkaufen. Die Verfassung weist direct auf die Beseitigung des Patronats hin.

Abg. Graf Limburg-Stirum bestreitet, daß irgend welche Bedenken entstehen könnten. Das Patronat des Fiscus oder der Landesherren werde erst dann neu begründet, wenn die Regierung mit einer Forderung im Staat an uns herangetreten sei. Es wird hier nur die Möglichkeit geschaffen, daß, wo keine Kirchen entstehen können, der Kirchennot abzuholen durch neu zu bauende evangelische und katholische Kirchen; denn der Cultusminister hat bewiesen, daß er den Bedürfnissen der katholischen Kirche auch gerecht wird. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. Rickert: Es muß einen eigenständlichen Eindruck machen, daß über diese wichtige Frage hier nur ein kurzer mündlicher Bericht erstattet wird. Die Verfassung setzt die Patronate auf den Aussterbeatz, und hier sollen wir die Mittel bewilligen, neue föderale Patronate zu begründen. Das ist ein Sieg des Herrn Stöcker, dessen jahrelange Bemühungen hier mit Erfolg gekrönt worden sind. Der Vermerk, daß nur die vor 1873 entstandenen Patronate Verlängigung finden sollten, ist entstanden im Anschluß an die Schaffung der neuen evangelischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung; man nahm an, daß die evangelische Kirche durch das Besteuerungsrecht, welches ihr verliehen ist, mit eigenen Mitteln ausgestattet sei, um neue Kirchen zu gründen. Herr Stöcker hat durch seine Anträge diesen Vermerk immer beseitigen wollen; seine Anträge kamen nicht zur Annahme, manchmal gar nicht zur Erledigung. Weshalb soll nun auf einmal die Sache geändert werden? Welche Gründe hat die Budget-Commission anzuführen? Es handelt sich ja um die sogenannte Kirchennot in Berlin; aber kann man es begründen, in dem reichen Berlin neue Kirchen landesherrlichen Patronats zu schaffen, jetzt, wo das Streben nach der Selbstständigkeit der Kirchengemeinden überwiegt? Die Berliner Gemeinden sind bereit, Kirchen zu bauen, wenn ihnen die Grundlage für ein freies kirchliches Gemeindeleben gewährt wird. Ich stelle zunächst den Antrag auf Zurückweisung an die Commission zur Erstattung eines schriftlichen Berichts.

Minister v. Gößler: Der Vermerk knüpft allerdings an die hier geplötzten Debatten an; es ist hier als ein Notstand nicht blos kirchlicher, sondern auch sozialer Natur empfunden worden, daß es schwer ist, neue Kirchengemeinde zu gründen. Die Regierung ist in Folge der Rechtsprechung dahin gekommen, für die Errichtung von sogenannten Nebenkirchen die Patronatsbeihilfe abzulehnen. Die Klagen darüber kommen nicht blos aus Berlin, sondern namentlich auch aus Oberösterreich. Es will den Leuten nicht recht in den Sinn kommen, daß die Regierung für Nebenkirchen nichts bezahlen will, während sie doch für Hauptkirchen bezahlt. Wie die Patronatsrechte des Königs gehandhabt werden, steht gesetzlich fest. Die Gehegebung hat nicht die Patronat zum ewigen Stillstand verurtheilt. Das Gegenteil davon war bis 1873 in Geltung. Die Regierung ist berechtigt, neue Patronate zu übernehmen, wenn der Landtag die Mittel dazu bewilligt. Praktische Erwägungen haben uns zu diesem Schritte bewogen. Das Haus wird nichts bewilligen, wo zu ihm nicht die Grundlagen, die Baupläne und die Kostenanschläge vorgelegt haben. Sie haben also alle Garantien, um sich gegen alle Ueberumpelungen zu

schützen. Es ist kein kirchliches, sondern auch ein politisches Interesse, dem Kirchenmangel einen Damm entgegenzusetzen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Für die evangelischen Gemeinden sollen bei dieser Maßregel keine Vortheile herausgeschlagen werden, das sucht erhalten. Ganz ohne Unterstüzung kann weder die evangelische noch die katholische Kirche bei Kirchenbauten auskommen. Sagen Sie es doch offen, daß Sie keine Staatsunterstützung für die katholischen Kirchenbauten mehr haben wollen. So lange Sie dies nicht thun, müssen Sie den Titel bewilligen, wie er jetzt vorgeschlagen ist.

Abg. Windthorst (Centrum): Sobald auch die evangelische Kirche bereit sein wird, auf die Staatsunterstützung zu verzichten, wird die katholische Kirche das ebenfalls thun. (Aha! rechts.) Dahin werden wir kommen, und zwar sehr rasch, namentlich, wenn man das Staatskirchenthum so entwickeln will, wie es jetzt im Schwange ist. Die Aenderung des Vermerks ist nur gemacht in Folge der vielsachen Anregungen, hier in Berlin zwanzig Kirchen zu bauen. Wenn hier die Herren so vorgehen und neue landesherrliche Patronate gründen wollen, dann werden wir Anträge stellen müssen auf sofortige Ausführung des Artikels 17 der Verfassung, das heißt auf Beseitigung des Patronats. Die Schwierigkeiten, die der Minister hervorgehoben hat, können durch die Aenderung des Vermerks nicht beseitigt werden; dafür würde ein Gesetz notwendig sein. Wenn das Bedürfnis nachgewiesen wird, bin ich auch bereit, für Berliner Kirchen einen Staatszuschuß zu bewilligen. In Hannover bauen die evangelischen Gemeinden nun schon die fünfte Kirche, ohne Staatshilfe dafür zu verlangen. Die katholischen Gemeinden können der Regierung gar keine Patronatsrechte anbieten; das können nur die kirchlichen Behörden. Ich möchte doch den Bischof sehen, der sich dazu verstände. Wenn die Sache der Budgetcommission nochmals überwiesen wird, dann bitte ich, dieelbe um 27 Mitglieder zu verstärken.

Abg. Ennecerus (natlib.): Von dem Bau der Berliner Kirchen ist gar keine Rede gewesen; wir müssen doch hier auch noch unsere Zustimmung dazu geben. Um nun die Furcht einzelner Herren vor den neuen Lasten zu beseitigen, will ich mich der Verweisung an die Budgetcommission nicht widersetzen.

Abg. v. Sedlitz: Wenn wir einen schriftlichen Bericht hätten, würde die Sache nicht so aufgebaut sein. Von neuen Kirchen für Berlin ist noch gar keine Rede. Berlin wird sich selbst helfen müssen, wenn die verschiedenen Strömungen in den Gemeinden sich nur vertragen wollen.

Abg. Rickert: Warum soll die Frage, über welche wir uns mehrfach unterhalten haben, über welche die Budgetcommission immer beschlossen hat, heute eine kleine sein? Die Anträge sind früher immer abgelehnt worden; warum sollen wir sie heute einmal annehmen?

Der Titel wird mit großer Mehrheit nochmals der Budgetcommission überwiesen.

Im Titel 2 sind eingestellt 5 500 000 Mark — im laufenden Staat 4 000 000 Mark — zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekennnisse.

Der Vermerk dazu lautet: Dieser Fonds ist nach Erfüllung der auf demselben ruhenden rechtlichen Verpflichtungen dazu bestimmt, das Jahreseinkommen der bereits fünf Jahre im Amt befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarren auf 2400 Mark und in katholischen Pfarren auf 1800 Mark zu erhöhen, sobald den Pfarrern Alterszulagen und Unterstützungen zu gewähren. Die Abstufung der Alterszulagen ist in der Weise zu regeln, daß das Jahreseinkommen der Geistlichen nach Ablauf einer weiteren Dienstzeit im Pfarramt, und zwar für die evangelischen Geistlichen von je fünf Jahren um je 100 Mark bis zum Höchstbetrag von 3600 M. für die katholischen Geistlichen für eine weitere Dienstzeit von zehn Jahren auf 2000 Mark, von 15 Jahren auf 2200 und von 20 Jahren auf 2400 Mark steigt. Die am Jahresende verbleibenden Bestände können in die folgenden Jahre übertragen werden.

Die Budgetcommission beantragt, statt der gesperrten Worte zu setzen: Für die katholischen Geistlichen von je 5 Jahren um je 150 M. bis zum Höchstbetrag von 2400 M. steigt.

Abg. von Strombeck (Centr.) beantragt in dem Vermerk zu Anfang anstatt der Worte: „im Amt“ zu setzen: „im Pfarramt“, und hinter dem Worte „Geistlichen“ einzufügen: „einschließlich derer in staatlich anerkannten Missionssypharen.“

Abg. von Huene (Centr.) beantragt, im ersten Satz hinter: sobald einzufügen: „nach Erfüllung dieses Zwecks“, und im zweiten Satz die hinter den Worten: „katholischen Geistlichen in der gesperrten Stelle folgenden Worte zu setzen: „von je 5 Jahren um je 300 M. bis zum Höchstbetrag von 2700 M. steigt.“

Abg. Cahensly (Centr.) bittet unter Hinweis auf die finanzielle Lage einzelner Gemeinden der Diözese Limburg bei Gewährung von Zuschüssen die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht rigoros abzuschärfen.

Abg. von Benda (natl.) wünscht die Abgabe einer Erklärung, daß, wenn die in diesem Staat bereitgestellten Mittel nicht ausreichen sollten, die Regierung im nächsten Jahre verstärkte Mittel einzustellen werde. Die Budgetcommission habe den Vermerk zu Gunsten der katholischen Geistlichen bereits geändert. Auf diesem Wege weiter zu gehen, werde wohl nicht möglich sein.

Abg. Voitius bittet, die Wohlthaten der Relistenbeiträge auch auf die neuen Provinzen auszudehnen; es entspreche dies der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Abg. v. Oerken fragt an, ob die Absicht vorliege, aus dem in Berathung stehenden Fonds auch die Geistlichen der Gemeinden

gegeben werbe, desto mehr wache der Einfluss des Staates auf Einschüchterung von Predigern im Sinne des Kirchenregiments.

Abg. Windthorst führt für den Antrag von Huene aus, daß bei weltlichen Staatsdienstern auf die Verheirathung keine Rücksicht genommen werde, und daß die katholischen Geistlichen langamer vorwärts kämen. Die Katholiken würden auch hier wie Heloten behandelt. Der Antrag von Rauchhaupt wolle rücksichtslos selbst die geschäftsordnungsmäßige Prüfung verhindern; das sei eine fanatische Intoleranz. (Beifall im Centrum, Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ennecerus erwidert dem Abgeordneten Langerhans, daß es gerade im Interesse der Freiheit und Selbstbestimmung der Pfarrer wünschenswert sei, die Erhöhung vorzunehmen. Für die Missionspfarrer mache man geltend, daß sie ja der staatlichen Anerkennung bedürften. Das Klingt hübsch, aber bedeutet nicht viel, da der Minister der Anstellung eines solchen Pfarrers nicht entgegentreten wird, wenn irgendwo eine Angst vor Katholiken sich zusammenfinden. Hauptaufgabe der Mission wird immer sein: Ausbreitung der Macht der Kirche. Der Auf Übergang zur Tagesordnung gestellte Antrag sei eine geschäftsordnungsmäßige Befreiung des Antrages von Strombeck und habe nichts mit Geschäftigkeit gemein; er bezwecke, eine unnötige Verzögerung der Staatsberatung zu verhindern. Die Frage sei so geklärt, daß heute darüber abgestimmt werden könne. Der Antrag von Huene bedeute nicht Gerechtigkeit, sondern Schematismus. Das Verhältnis der katholischen und evangelischen Geistlichen sei festgestellt mit Rücksicht auf die Verheirathung der letzteren; und wenn es zu Ungunsten einer der beiden Parteien normirt worden sei, so sei es die der evangelischen Geistlichen. Man müßte bei Annahme des Antrages von Huene den schlechter gestellten evangelischen Geistlichen etwas entziehen, um es den verträglichen katholischen zu gewähren. Redner empfahl schließlich die Annahme des Antrages der Budget-Commission, der den berechtigten Wünschen der katholischen Geistlichen in ausreichendstem Maße entgegengekommen sei. (Beifall.)

Abg. Bachem (Centr.) trat für die Anträge von Huene und von Strombeck ein.

Abg. von Bedlyz (freicons.) bemerkte, daß es eine Forderung der Unpartei und nicht der Parität sei, die evangelischen und katholischen Geistlichen gleichzustellen. Der Antrag von Strombeck sei wiederholt in der Commission und im Hause erörtert worden, so daß heute schon darüber abgestimmt werden könne. Es sei Ehrenpflicht dem Herrenhause gegenüber, jede nicht unbedingt nötige Verzögerung der Staatsverhandlungen zu vermeiden. (Beifall rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag von Rauchhaupt, von Bedlyz, Ennecerus mit 179 gegen 99 Stimmen angenommen, wodurch der Antrag von Strombeck bestätigt ist.

Nach Ablehnung des Antrages von Huene gelangt darauf der Antrag der Budgetcommission zur Annahme.

Der Präsident theilt mit, daß von morgen ab zur rascheren Erledigung des Staatsabenditungen in Anspruch genommen werden müssen.

Um 4½ Uhr verläutet sich das Haus auf Donnerstag 11 Uhr. (Etat.)

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 13. März. Die Nachricht der „Polit. Corresp.“, der Kaiser werde im Oktober nach der Vermählung der Prinzessin Sophie mit dem Kronprinzen von Griechenland von Athen zum Sultan sich begeben, ist nach der „Post“ nicht ernst zu nehmen, da noch nicht feststehe, ob der Kaiser die Reise nach Athen unternimmt.

* Berlin, 13. März. Die Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben in der Dombaufrage den Vorschlägen der Budgetcommission auf Bewilligung der 600 000 Mark zugestimmt.

Im Reichsjustizamt ist bekanntlich schon vor einiger Zeit ein Gesetzentwurf, betreffend das Lagerhauswesen ausgearbeitet. Dieser betrifft die Regelung der Frage der Lagerscheine (Warrants). Es sind mehrfach sachverständige Gutachten eingefordert, insbesondere auch vom Reichsbankdirectorium. Der Gesetzentwurf soll auch die rechtlichen Verhältnisse des gesammten Lagerhauswesens einheitlich regeln.

Heute Nachmittag 2 Uhr fand im Reichstaggebäude unter Vorstand Bismarck eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.

Sobald das Genossenschaftsgesetz im Reichstag durchberathen ist, sollen über den Entwurf commissarische Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reichsjustizamts, des Reichsamts des Innern und des preußischen Handelsministeriums stattfinden. An den Berathungen soll auch der als Autorität bekannte Vicepräsident des Reichsbankdirectoriums Koch teilnehmen.

Der internationale Socialistencongres wird am 14. Juli in Paris stattfinden.

Das Central-Comité der freisinnigen Partei tritt zu seiner jährlichen Sitzung am 26. März zusammen.

Im Centralverein der westpreußischen Landwirthschaft erklärte nach dem „Graudener Geselligen“ Herr v. Puttkamer-Plauth, der Bruder des früheren Ministers, dieser trage keine Schuld an dem Arbeitermangel in Folge der Ausweisungen der russisch-polnischen Arbeiter. Er habe vielmehr den Reichskanzler auf den der Landwirtschaft durch die Ausweisungen erwachsenen Schaden aufmerksam gemacht. Der Reichskanzler habe erwidert, in vier Wochen müßten 40 000 Polen hinaus. Der Regierungspräsident habe nunmehr bei Puttkamer-Plauth angefragt, wie der Centralverein über die Einführung chinesischer Arbeiter nach Westpreußen denke. Dieselbe werde von den Domänen-Pächtern in Preußisch-Stargard empfohlen.

* Berlin, 13. März. Das „Berl. Tagebl.“ berechnet die Höhe der erforderlichen Reichszuschüsse zur Altersrente, falls dieselbe mit vollendetem 70. Lebensjahr beginnt. Der Reichszuschuß zu jeder Rente betrage 50 Mark jährlich. Nimmt man einen Versicherungsbestand von jährlich 11 018 000 Personen, so sind im Laufe des 1. Versicherungsjahrs erforderlich: 6,4 Millionen Mark, im 2. Jahre 11,7 Mill., im 3. Jahre 11,3 Mill., im 4. 10,9, im 5. 10,5, im 6. 13,0, im 7. 18,0, im 8. 22,6, im 9. 26,8, im 10. 30,7, im 15. 45,0, im 20. 53,0 Mill. Mark. Würde der Reichszuschuß nicht im Wege des Umlageverfahrens, sondern des Prämienverfahrens aufzubringen sein, so wären jährlich an Prämien 35,5 Mill. Mark aufzubringen.

* Berlin, 13. März. Die Commission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Antrages Berling (Wildschadenerschafft) beschloß § 1 in der von Franck vorgelegten Fassung: Werden Erzeugnisse von Feldgrundstücken durch Roth, Schwarz oder Damwild erheblich beschädigt, so hat die Auffichtbehörde die Jagdberechtigten zur Minderung der schädigenden Wildarten selbst während der Schonzeit anzuhalten.

Die Altersversicherungsgesetz-Commission des Reichstags erledigte heute die §§ 88 bis 91 (Quittungskarten, Markenkleben) nach den Compromißanträgen der freien Commission. Als § 91a wurde auf Antrag Gebhard eingefügt: „Durch Beitrag des Bundesraths und für den Bezirk einer Versicherungsanstalt durch Statut derselben kann vorgeschrieben werden, daß die Entrichtung der Beiträge des Arbeitgebers und des Versicherten durch letzteren unbedacht des Anspruchs auf Erstattung des Beitrags des Arbeitgebers durch diesen zu erfolgen hat, wenn es sich um Personen handelt, welche nicht zu einem bestimmten Arbeitgeber in dauerndem Arbeitsverhältnis stehen.“ Übermorgen gebent die Commission ihre Arbeiten zu beenden.

* Berlin, 13. März. Die zweite Instanz in der Resauers Spukaffaire verwarf heute die vom verurtheilten Dienstknabe eingelegte Revision, wobei der Präsident bei der Bekündigung des Urtheils bedauerte, daß er über ihn nicht die Prügelstrafe verhängen könne. Zeuge Prediger Müller wiederholte, daß er sich über die räthelassenen Vorgänge bei Helmholz erkundigt habe, der in Abrede stelle, daß Magnetismus Kartoffeln bewege. Inzwischen habe sich Zeuge mit der einschlägigen Literatur beschäftigt und spiritistische Schriften gelesen, auch vom Suverintenden Merensky, der Aehn-

liches aus Afrika berichte, und habe sich nun sein Urtheil gewandt, daß, wie er unter Zeugeneid aussage, dahin gehe, daß er nunmehr an Spuk glaube.

* Berlin, 13. März. Über den Eintritt in die Lohnbewegung in diesem Jahre berieb gestern eine öffentliche Versammlung der Drechsler, Stocarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Die Versammlung einigte sich dahin, an die Arbeiter in den einzelnen Werkstätten die Anfrage zu richten, ob sie sich Mann für Mann an der Lohnbewegung beteiligen wollten. Eine etwaige Erklärung muß in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung schriftlich für jede Werkstatt abgegeben werden. Als Forderungen sind in Aussicht genommen 9½ stündige tägliche Arbeitszeit, 40 Pf. Mindestlohn.

* Berlin, 13. März. Die deutschen Bevölkerungsmächtigten zur Samoa konferenz sind noch nicht ernannt; vermutungswise wird Graf Berchem genannt.

* Berlin, 13. März. Die „Post. Ztg.“ schreibt: Nach der Londoner Ausgabe des „Newyork Herald“ soll die Nachricht der „Schles. Ztg.“, daß ein amerikanisches Kriegsschiff vor Samoa von der „Olga“ in die Luft gesprengt worden sei, von einem deutschen Handlungshause in San Francisco seinem Breslauer Correspondenten per Draht gemeldet sein, mit der Weisung, die Nachricht zu geschäftlichen Beeinflussungszwecken in die Öffentlichkeit zu bringen.

* Berlin, 13. März. Die „Börsenzeitung“ meldet, wahrscheinlich werde auch die bisherige Artillerie-Abtheilung im Kriegsministerium in eine solche für die Feldartillerie und eine für die Fußartillerie umgewandelt.

In dem neuen Stundenplan für die Berliner Kriegssakademie ist bemerkenswerth, daß, während bisher eine dreijährige Dienstzeit als Ofsizier die Voraussetzung zum Eintritt in die Akademie gebildet hat, nun eine fünfjährige Dienstzeit verlangt wird. Erhöhtes Gewicht wird in dem Studienplan auf die französische und russische Sprache gelegt. Jeder zur Kriegssakademie Zugelassene hat sich zu entscheiden, ob er neben den militärischen Disciplinen auch noch die mathematischen Fachgegenstände wählt, oder eine der beiden erwähnten Sprachen. In allen 3 Jahrgängen sind für französische und russische Sprache je 6 Stunden wöchentlich zu bemessen.

* Berlin, 13. März. Nach der Kreuzzeitung sandte gestern die Königin von Spanien durch den Marquis Trujillo ein Handschreiben an die Königin Victoria. Es verlautet, die beiden Königinnen würden demnächst in San Sebastian zusammenkommen.

* Berlin, 13. März. Oberstabsarzt I. Klasse, Dr. Weiper, bisher Referent der Medicinalabtheilung des Kriegsministeriums, ist mit Wahrnehmung der Geschäfte des Corps-Generalarztes des 1. Armee-corps beauftragt worden. An seine Stelle ist zunächst für drei Monate der bisherige Regimentsarzt beim 1. Garde-Feldartillerie-Regiment, Oberstabsarzt II. Klasse Dr. Wahl commandirt.

Prof. Ferd. Bellermann, bekannt namentlich als Maler tropischer Urwälzer, seit 40 Jahren Lehrer an der Königl. Akademie der Künste, geht morgen seinen 75. Geburtstag.

!! Wien, 13. März. Die „Pol. Corr.“ meldet aus Petersburg: Der Zar verlieh Wissnergradzky für seine Verdienste um die Hebung der russischen Staatsfinanzen eine Dotierung von 4000 Rubel jährlich auf 12 Jahre. — Die Preszverwaltung bedeutete den Herausgebern der Zeitungen, sich jeder Bemerkung über die neue russische Anleihe zu enthalten.

n. Belgrad, 13. März. Der Generalstabchef Mischkovic forderte wegen eines persönlichen Conflictes den Regenten Belimarkovic. Alle Bemühungen, das Duell zu verhindern, sind bisher vergeblich geblieben. — Das Ministerium hob die Censur über die auswärtigen Journale, sowie die Überwachung des Telegraphen und der Briefpost auf. Die Subventionen an einzelne auswärtige Journale sind eingestellt; das Cabinet will der bisherigen officiösen Presse entbehren.

Aus Wolff's telegraphischem Bureau.

Karlsruhe, 13. März. Graf Moltke hat dem Großherzog in einem Schreiben seinen Dank ausgesprochen für die ihm anlässlich seines 70jährigen Dienstjubiläums verliehene hohe Ordensauszeichnung, welche für ihn doppelten Werth gewinne aus der Hand eines Fürsten, der so wentslich und erfolgreich für die Einigung der deutschen Nation gewirkt habe.

Bassau, 13. März. Der hiesige Bischof Beckert ist heute Nachmittag verschieden.

Wien, 13. März. Das Abgeordnetenhaus begann heute nach der Abstimmung über den Titel „Staatspolizei“ die Berathung des Titels „Politische Verwaltung“. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident, er müsse sich eine Reconstruction der politischen Verwaltung vorbehalten, bis die finanziellen Verhältnisse gebessert seien. Er sei ein entschiedener Feind jeglicher Protection und betrachte es als seine dringendste Aufgabe, jede Bevorzugung bei Anstellungen und bei Erledigung von Geschäften, jede Beeinflussung der Wahlen zu verhindern und verwahre sich gegen alle die Autorität der Polizei untergrabenden Angriffe, welche nur der Freiheit selbst schaden könnten. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

Wien, 13. März. Dem „Fremdenblatt“ zufolge enthält das Circular des neuen serbischen Cabinets beim Regierungsantritt, welches Mittags dem auswärtigen Amt überreicht wurde, folgenden, sich auf die Verhältnisse Serbiens zu Österreich-Ungarn und die Person des Monarchen beziehenden Zusatz: Die Regierung wird sich besonders glücklich schäzen, die freundschäftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn und das erworbene Wohlwollen des Monarchen zu bewahren.

Paris, 13. März. Die Commission, behufs Prüfung der Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung von Laguerre, Laisant und Turquet, vernahm die drei Genannten, welche sich gegen die Anklage der Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft verwahren und ihre republikanischen Gesinnungen versicherten. Die Commission beschloß mit 10 gegen 1 Stimme die Genehmigung zur Verfolgung. Aréne wurde zum Berichterstatter gewählt und bringt den Bericht morgen ein. — In parlamentarischen Kreisen verlautet, es werde die sofortige Berathung derselben beantragt werden.

Nach Meldungen aus Athen sind die Arbeiten am Canal von Corinth vollständig eingestellt.

Paris, 13. März. Die Polizei veranstaltete heute Vormittag hier und im Umkreise der Stadt bei den Häuptern der Patriotenliga gegen 60 Haussuchungen, die jedoch resultlos verlaufen sein sollen.

Madrid, 13. März. Bei dem Schiffbruch des spanischen Dampfers „Renzo“ am 30. Januar bei den Philippinen wurden 127 Personen gerettet, 42 sind ertrunken.

Bremen, 12. März. Der Schulschiff „Elbe“, Capt. R. Sanden, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 2. März von Bremen und am 3. März von Southampton abgegangen war, ist heute 5 Uhr Morgens wohlbehüllt in Newyork angelkommen.

Wasserstands-Telegramme.

Neisse, 12. März, 6 Uhr Nachm. U.-P. 185 m. f.

— 13. März, 2 Uhr Nachm. U.-P. 0,70 m. f. Letzte Nachricht.

Locale Nachrichten.

Breslau, 13. März.

d. Von St. Bernhardin. Die Passionspredigt am nächsten Freitag hält nicht Diaconus Jacob, sondern Hilfsprediger Schneider.

B. Humboldt-Verein für Volksbildung. Im vergangenen Sonnabend sprach im Musiksaal der Universität Dr. Doornmann aus Bries über „Das Zeitalter der Dampfmaschine“. Im Anfange seines Vortrages erinnerte der Vortragende daran, daß 1788 die erste Dampfmaschine in Deutschland, und zwar bei Tarnowitz aufgestellt und 1888 die 10 000ste Telegraphenstation des Deutschen Reiches in Cressau eingerichtet worden sei. Für das dazwischen liegende Jahrhundert passe der Name „Jahrhundert der Dampfmaschine“ mehr denn irgend ein anderer. Nachdem im weiteren Verlauf die Bedeutung der neuen Kraft für das Ganze der menschlichen Culturenentwicklung im Allgemeinen dargelegt war, wandte sich der Vortragende zu den wirtschaftlichen Vorteilen derselben für die Industrie und den Verkehr. Die Vorteile der Dampfmaschine vor den früher ausschließlich benutzten wurden aufgezeigt, der anfängliche Widerstand gegen ihre Verwendung und der schlechte Siegeszug über den ganzen Erdball wurden theilsweise unter Beibringung interessanter statistischer Mittheilungen erörtert. Mit Nachdruck erinnerte der Vortragende an die werbende, Capital und Güter erzeugende Thätigkeit der Dampfmaschinen und der Eisenbahnen, und schloß mit einem Hinweis auf den geistigen und sittlichen Fortschritt, der dem „Jahrhundert des Dampfes“ zu verdanken sei. — Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den interessanten Ausführungen des Redners.

d. Verein gegen Verarmung und Bettelreihe. In der Generalversammlung des 11. Local-Vereandes wurde durch den Vorsitzenden Eisenbahn-Sekretär a. D. Weiß, der Jahresbericht für 1888 erstattet.

Nach demselben sind 570 Bittgeschäfte eingegangen, von denen 488 berücksichtigt, 16 dem Central-Comité zur Berücksichtigung überwiesen und von diesem genehmigt, 66 abgelehnt wurden. An den 570 Gesuchen waren hauptsächlich beteiligt die Vorwerksstraße mit 98, Neue Lauenitzerstraße mit 95, die Lößstraße mit 81, die Brüderstraße mit 77, die Paradiesstraße mit 53, die Lößstraße mit 31, die Grünstraße mit 37, die Palmitstraße mit 31, die Lauenitzerstraße mit 27 Gesuchen ic. In den gewährten 488 Unterstützungen waren 313 Personen beteiligt. Die baaren Geldunterstützungen sind gezahlt worden: bis zu 3 M. 128 Mal, von 4 bis 5 M. 328 Mal, von 6 bis 8 M. 21 Mal und von 9 bis 12 M. 1 Mal. Ferner sind an 13 Personen laufende Unterstützungen im Betrage von 397 Mark gezahlt worden. Am 1. Januar 1888 waren im 11. Verbandsbezirk 15 Nähmaschinen ausgeliehen. Im Laufe des Jahres traten 7 hinzu, 4 wurden abgenommen bzw. zurückgegeben, 4 durch Bezahlung von den Empfängern erworben, so daß Ende des Jahres noch 14 Nähmaschinen ausgeliehen waren. Abgezahlt wurden auf dieselben im verflossenen Jahre 273,75 M. An 10 Familien bzw. Einzelpersonen wurden 13 Stück Suppenmarken ausgegeben. Ferner sind an 76 Personen 416 Brote im Werthe von 208 M. vertheilt worden und an 10 Familien bzw. Einzelpersonen getragene Kleidungsstücke überwiesen worden. Zu Weihnachten wurden an 40 Personen 40 Hektoliter Steinkohlen vertheilt. Endlich sind vom Vorstande für 14 Personen außerordentliche Unterstützungen im Gesamtbetrage von 149 M. bewilligt worden. Auch wurden seitens des Vorstandes Darlehen im Betrage von 384 M. gewährt, auf die 259 Mark zurückgezahlt worden sind. Nach dem Kassenbericht betrug die Einnahme 2668,81 M., die Ausgabe 2611,85 M., so daß ein Bestand von 56,96 M. verbleibt. Dem Kassirer, Stadtrath a. D. Niemann (Kassirer), Particulier P. Stock (Schriftführer), Oberlehrer W. Sudow, Apotheker Dr. med. Beyer, Dr. med. Stranz, Güterexpeditions-Vorsteher a. D. Neugebauer, Kaufmann C. Pult und Particulier Längert.

d. Evangelischer Local-Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene. Die am 11. d. M. im Sitzungsraume des Gemeindekirchenrats zu St. Maria-Magdalena unter dem Vorsteher des Strafanstaltsdirectors Grüzmacher abgehaltene Generalversammlung wurde mit einem vom Prediger Dr. Spieß geprächten Gebet eröffnet. Nach Eintritt in die Tagesordnung erstattete der Schriftführer, Strafanstalts-Inspector Hahn, den Bericht über die Vereinsjahre 1886—1888. Hierzahlt hat die Thätigkeit des Vereins von Jahr zu Jahr zunommen. Mit dem Weiterbefannwerden seines Wirkens hat sich die Zahl der Hilfsuchenden stetig vermehrt. Und wenn auch die Bemühungen nicht in allen Fällen geglückt sind, so zeugen doch die einzelnen Berichte der Subcommissionen von recht vielen segensreichen Erfolgen. So gelang es mehrfach, die durch die Verhaftung ihres Ernährers beraubten Familien durch gewährte Unterstützungen in Geld und Naturalien vor dem sicheren Untergange zu bewahren und so lange zu halten, bis der aus der Strafanstalt entlassene Strafgefangene wieder selbst für sie sorgen konnte. Anderen, eben entlassenen Strafgefangenen konnte, wenn auch nur in beträchtlichem Maße und Umfang, Arbeit und Unterkommen nachgewiesen oder ihnen durch Verabreichung kleiner Unterstützungen die Mittel an die Hand gegeben werden, sich Arbeit selbst zu beschaffen. Als recht bedauerlich und die Bestrebungen des Vereins schwer schädigend wurde der Unstand hervorgehoben, daß das am 1. April 1884 errichtete Asyl zur Aufnahme entlassener, beschäftigungsloser männlicher Personen wegen Mangels an Mitteln und passenden Vocalitäten seine Thätigkeit einzstellen mußte. In der Zusammensetzung des Vorstandes sind vielfache Veränderungen eingetreten. Der geschäftsführende Ausschuß besteht zur Zeit aus folgenden Her

+ Vermischt wird seit dem 9. März er. der Bäcker geselle August Pohl von der Mariannenstraße. Der Genannte ist 51 Jahre alt, von großer Statur; er hat blonde Haare und einen blonden Schnurrbart; bekleidet war er mit einem schwarzen Leberzieher, grauen Hosen und Halbstiefeln. — Seit dem 11. März er. wird die 21 Jahre alte Schneiderin Gertrud Schwarz von der Moritzstraße Nr. 4 vermisst.

- Unglücksfälle. Die An den Käfern wohnende, 61 Jahre alte Zeitungsträgerin Johanna Höntsch fiel am 11. d. Mts. auf der Straße so unglücklich zu Boden, daß sie einen Bruch des linken Armes erlitt. — Dem Arbeiter Joseph Bästel aus Leipe bei Breslau fiel am 12. d. Mts. beim Kohlenabladen ein schweres Wageneinfäßbrett auf die rechte Hand und verleerte ihm dieselbe in schlimmer Weise. — Dem auf der Klosterstraße wohnenden Bürstenmacher Gustav L. wurden gestern bei seiner Arbeit an einer Hobelmashine die oberen Glieder dreier Finger der rechten Hand abgeschnitten. Allen diesen Verunglücksen wurde in der kgl. chirurgischen Klinik ärztliche Hilfe zu Theil.

+ Polizeiliche Meldungen. Gestohlen wurden: einer Stein-dräufrau von der Enderstraße 2 silberne Cylinderuhren, 1 schwarzes Kleid, 1 schwarzer Damenmantel und 1 schwarze Plüschlapotte, einem Mäler am Waldes 1 Metallgefäß mit 10 Pfund weißer Oelfarbe, einem Buchbinder von der Mehlstraße 2 Deckbette und 2 Kopfkissen-Bügele von weiß und rothen Insetten, einem Kaufmann von der Gartenstraße 1 Tasche mit Schmuck, einer Kutschersfrau von der Schweizerstraße 1 Paar goldene Trauringe gravirt „L. J. 4. 6. 85.“, einer Mautersfrau von der Chäfferstraße 1 Portemonnaie mit 9 M. Inhalt, einer Assurancebeamtenfrau von der Neudorffstraße 1 Portemonnaie mit 5 M., eine Anzahl Confitumarken und 1 goldene Nadel, einem Kaufmann von der Rosenthalerstraße 3 leere Petroleum- und 2 dito Ortoft-Häuser, gezeichnet L. Q. 8072 L. & Comp. — Gefunden wurden: 1 silberne Cylinderuhr und 1 silbernes Vincenz, welche Gegenstände im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt werden.

Handels-Zeitung.

* Städtische Bank zu Breslau. Unserer diesbezüglichen Notiz im gestrigen Abendblatt über das Geschäftsergebniss des Jahres 1888 tragen wir aus dem uns vorliegenden Berichte des Vorstandes noch folgende Details nach: Der Geldüberfluss hielt vom Beginn des Jahres fast ununterbrochen bis zum Herbste an und zeitweilig war derselbe so stark, dass der Privatzinsfluss sogar bis auf $1\frac{1}{4}$ pCt. zurückging. Dann wurde das Geld knapper; die Reichsbank musste, um dem eingetretenen Goldabflusse zu wehren, ihre Zinssätze erhöhen, und normierte auch die Städtische Bank dieselben gleich der Reichsbank wie folgt:

Für Wechsel für Lombard		
vom 1. Januar 1888 bis 17. September 1888	3%	4%
z 18. Septbr. z 6. December	4%	5%
z 7. Decbr. z 31. =	4 $\frac{1}{2}$ %	5 $\frac{1}{2}$ %
also durchschnittlich.....	3,32%	4,32%
gegen das Vorjahr niedriger	0,09%	0,09%

Jedoch mussten häufig weit unter diesen Zinssätzen Wechsel angekauft werden. Im Juni und Juli häuften sich die Kassenbestände in ungewöhnlicher Weise und um dieselben zinstragend anzuzulegen, wurde ein grösserer Posten Posener 4prozentige Pfandbriefe gekauft; dagegen wurden, als sich mehr Begehr nach Geld einstellte, im October und November die aus dem Vorjahr übernommenen Ostpreussischen 3 $\frac{1}{2}$ proc. Pfandbriefe veräussert, wodurch ein nicht unerheblicher Nutzen erwachsen ist. Ein Verlust ist in keiner Weise entstanden. Von den der Bank gehörigen Banplätzen ist auch der zweite, an der Brüggenhalstrasse belegene, mit einem Gewinn von 2902,70 M. über den Buchwerth verkauft worden. Infolge mehrseitig geäußerten Wunsches ist unter Zustimmung des Curatori seit den letzten Monaten die Einrichtung getroffen worden, Wertpapiere offen zur Aufbewahrung anzunehmen, und auch das Nachsehen der Ziehungslisten, sowie das Einziehen der fällig werdenden Zinsscheine zu übernehmen. — In Bezug auf die einzelnen Geschäftszweige ist folgendes Nähere zu berichten:

I. Kassen-Verkehr. Aus dem Vorjahr wurde Kassen-Bestand übertragen..... 1 896 786,06 M.

Dazu traten im Jahre 1888 folgende Einnahmen: im Januar..... 6 033 144,67 M. z Februar..... 4 279 056,05 z z März..... 6 615 891,18 z z April..... 5 251 994,02 z z Mai..... 5 176 882,29 z z Juni..... 6 219 532,04 z z Juli..... 5 726 018,18 z z August..... 4 815 767,83 z z September..... 4 460 262,60 z z October..... 6 281 596,42 z z November..... 4 684 769,27 z z December..... 5 132 982,50 z

Summa..... 64 677 897,05 M.

Dagegen betragen die Ausgaben: im Januar..... 5 517 009,45 M. z Februar..... 4 941 803,40 z z März..... 6 640 943,55 z z April..... 4 944 509,28 z z Mai..... 5 118 720,28 z z Juni..... 6 429 020,74 z z Juli..... 5 319 928,76 z z August..... 5 033 339,48 z z September..... 4 806 261,29 z z October..... 6 193 494,41 z z November..... 4 648 561,63 z z December..... 5 147 427,09 z

Summa..... 64 741 019,36 M.

mithin bliebe Ende des Jahres 1888 ein Kassen- Bestand von..... 1 883 663,75 M.

Der Kassen-Umsatz war in runder Summe um 5 953 000 M. geringer als im Jahre 1887.

II. Discont-Geschäft. Ende des Jahres 1887 waren Wechsel im Bestande zusammen 3158 Stück im Geldwerth von 7 297 192,77 M. Im Laufe des Jahres 1888 wurden Wechsel erworben zusammen 16 174 Stück im Geldwerthe von 30 207 556,61 M. Mit dem Bestande aus dem Vorjahr zusammen 19 332 Stück im Geldwerthe von 37 504 749,38 M. Von diesen gelangten zur Einlösung und wurden rediscontiert zusammen 16 779 Stück im Geldwerthe von 32 526 741,71 M. Demzufolge sind Ende December 1888 Wechsel im Bestande verblieben 2553 Stück im Geldwerthe von 4 978 007,67 M. Der für die erworbenen Wechsel angelegte Geldbetrag war um 4 196 041,34 M. geringer als im Vorjahr. Für die discontirten Wechsel wurden Zinsen eingenommen 180 574,83 M., im Vorjahr dagegen 221 099,75 M., im Jahre 1888 also weniger 40 524,92 Mark.

III. Lombard-Geschäft. Die am Ende des Jahres 1887 ausgeleihen verbliebenen und in das Jahr 1888 übertrogene Geldsumme belief sich auf 3 240 000 Mark, im Laufe des Jahres 1888 wurden neue Darlehen gewährt 20 633 600 Mark, von diesen wurden im Jahre 1888 zurückgezahlt 21 045 400 M., mithin betrug die am Ende des Jahres 1888 aufgeliehenen verbliebenen Geldsumme 2 828 000 Mark. Wie oben gesagt, wurden im Jahre 1888 Darlehen genommen 20 633 600 M., laut vorjährigem Berichte nur 19971 000 M., im jüngst abgelaufenen Jahre also mehr 662 600 M. Für die ausgeliehenen gewesenen Geldsumme sind an Zinsen eingegangen i. J. 1888 92 877,24 M., dagegen im Jahre 1887 110 877,80 M., mithin im Jahre 1888 weniger 18 000,56 Mark.

IV. Depositen-Geschäft. Dem aus dem Jahre 1887 herübergenommenen Bestande von 6 353 440 M. traten im Jahre 1888 durch Einzahlungen hinzu 9 154 600 M., von diesen wurden im Laufe des Jahres 1888 zurückgezogen 11 969 730 M., so dass am Schluße des Jahres 1888 bei uns im Bestande verblieben 3 538 310 M. Bei der hiesigen Reichsbank-Hauptstelle wurden im Laufe des Jahres 1888 von städtischen Banknoten eingelöst 37 885 000 M., im Vorjahr 40 975 000 M. im Jahre 1888 also weniger 3 090 000 M. Von Noten deutscher Privatbanken sind im Jahre 1888 in Zahlung genommen und bei den verschiedenen Banken oder deren Einlösstellern umgetauscht werden die Summe von 476 100 M. (im Vorjahr nur 399 700 M.) Hierdurch sowie durch die 476 100 M. der Stadt Noten in Berlin sind 981 M. Kosten erwachsen. Notenstein war nicht zu entrichten.

* Breslauer Wechsler-Bank. In der gestrigen Aufsichtsratsitzung wurde die Bilanz pro 1888 vorgelegt und beschlossen, von dem Reingewinn in Höhe von ca. 600 000 M. 50 000 M. in Contocurrent-Reserve zu stellen, den Reservefonds I mit 30 800 M., den Reservefonds II mit 20 000 M. zu dotiren, so dass beide zusammen die Höhe von 600 000 Mark gleich 8 $\frac{1}{2}$ pCt. des zeitigen Actienkapitals erreichen, ferner der am 11. April a. c., Nachmittags 4 Uhr, stattfindenden General-Versammlung die Vertheilung einer Dividende von 6 pCt. vorzuschlagen und ca. 22 000 M. auf neue Rechnung vorzutragen. — Näheres über die Tagesordnung der General-Versammlung siehe Inserat.

* Schlesische Dampfer-Compagnie, vormals Chr. Priefert. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto vom 31. December 1888 befinden sich im Inseratentheile.

* Schlesische Boden-Credit-Aktion-Bank. Der Status vom 28sten Februar 1889 befindet sich im Inseratentheile.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 13. März. **Neneste Handelsnachrichten.** In den Kreisen der Sachverständigen-Commission der hiesigen Fondsborse beschäftigt man sich mit der Erwägung, ob es nicht angemessen sei, neue Actien zur hiesigen Börse nur zuzulassen, wenn das Capital derselben über den bisherigen Minimalbetrag von einer Million hinausgeht; ob die Minimalgrenze auf zwei Millionen oder höher zu fixiren sei, darüber gehen die Meinungen auseinander. — Aus Kreisen, welche der Verwaltung der Stadtberger Hütte nahe stehen, wird mittheilt, dass sich die Stadtberger Hütte am Kupferring nicht mit Lieferungen betheiligt, demzufolge keine Forderungen an das Syndicat hat. Die Stadtberger Hütte hat sich vollständig vom Kupferring frei gehalten, und es bestehen daraus also keinerlei Verpflichtungen, noch drohen aus den jüngsten Vorgängen direkte Verluste. — In Actien der Ostpreussischen Südbahn kam an der heutigen Börse sehr matte Tendenz zum Ausdruck, die ihren Ursprung verschiedenen Gerüchten verdankte. Eins derselben wollte wissen, dass die von der Regierung zur Untersuchung der Refactien-Angelegenheit nach Königsberg gesandte Commission ihre Arbeiten beendet habe und nach hier zurückgekehrt sei und das Resultat der gemachten Erhebungen ein ungünstiges für die Gesellschaft sei. Zuverlässiges liess sich indessen nicht in Erfahrung bringen. — Bereits in der ersten Hälfte der nächsten Woche soll der Prospect wegen der russischen Convertirungs-Operation zur Veröffentlichung gelangen. — Muthmaßliche Dividenden: Anhaltisch-Dessauische Landesbank 8 $\frac{1}{2}$ pCt., Deutscher Phönix Lit. A. 114, Lit. B. 57, Frankfurter Rückversicherungsgesellschaft 10 Mark, Niederlausitzer Kohlenmarkt 4 Prozent, Chemnitzer Bankverein beschloss 6 $\frac{1}{2}$, Prozent. — Die zweiten Mortgage-Bonds der Spring Waller Waterworks gelangen in der nächsten Woche durch die Dresdener Bank zur Einführung. — Den Actionären der Bank für Handel und Industrie wird das Bezugsgrecht auf junge Actien nach erfolgter Eintragung in das Handelsregister angeboten werden. Auf 7 alte Actien à 250 Gulden entfällt eine neue Actie à 1000 Mark zu 140 Prozent. Die Actien der Kurfürstendamm-Gesellschaft gelangen Anfangs nächster Woche hier zur Einführung. — Auf das Actienkapital der Preussischen Central-Boden-Credit-Gesellschaft ist eine Einzahlung von 10 pCt. ausgeschrieben mit der Berechtigung, an den Erträgnissen des Jahres 1889 theilzunehmen. Der Termin der Einzahlung erstreckt sich bis zum 30. April. — Die Eisstopfungen auf der Elbe sind gehoben; die Elbschiffahrt eröffnet indessen die Fahrten nach Berlin noch nicht, da die Havelseen noch vereist sind. In wenigen Tagen findet die Eröffnung der ganzen Schiffahrt statt.

* Frankfurt a. M., 13. März. Die „Frfrk. Ztg.“ meldet aus Paris, die Besitzer der Kupfersyndicate sollen unter Führung Rothschilds ein neues Kupfersyndicat mit einem Capital von 150 Mill. Bilden zur Erhaltung des Kupferpreises auf ca. 44. — Der Londoner Kupferpreis beträgt per Cassa 50, per drei Monate Ziel 49.

W. T. B. Königberg, 13. März. Der Verwaltungsrath der Ostpreussischen Südbahn beschloss, der Generalversammlung am 24. April folgende Gewinnvertheilung vorzuschlagen: Für Prioritäts-Actien 1 $\frac{1}{2}$ pCt. Rückstand aus 1886 5 Prozent, auf das abgelaufene Geschäftsjahr für Stammactien 6 Prozent, an Staatssteuer 67 500 M., als Rückzahlung auf Staatssubventionen 67 500 M.

Berlin, 13. März. **Fondsborse.** Die Börse hat auch heute ihre ruhige, abwartende Haltung bewahrt. Die Aufmerksamkeit muss auf Paris gerichtet bleiben, woselbst sich noch immer nicht übersehen lässt, ob das Comptoir d'Escompte den Zusammenbruch des Kupfer-Syndicats überstehen wird. Die Course hatten hier, trotz Anregung durch Paris und London, Mühe, das gestrige Niveau zu behaupten; als einige Speculationswerthe des Bahnenmarktes stärkeren Angriffen der Contremine ausgesetzt wurden, erhielt auch der Gesamtverkehr zeitweilig ein schwächeres Gepräge, bis zum Schluss wieder Deckungskäufe in Bankpapieren Befestigung herbeiführten. Credit 163,10 bis 162,90—163,25, Nachbörse 163,25. Commandit 240,70—240,25—240,50, Nachbörse 240,90 (+ 0,15). Bahnen weichend, besonders Ostpreussen und Franzosen. Prioritäten gut behauptet. Von Renten besonders russische und russische Noten fest, Griechen weiter erholt. 1880er Russen 90,90, Nachbörse 91, 1884er Russen 102,75, Nachbörse 102,50 (- 0,25), Ungarn 85,30, Nachbörse 85,10, russische Noten 217,75 bis 217,50—217,75, Nachbörse 217,75 (+ 0,25). Inländische Anlagewerthe fest, aber still. Prämienverkehr mässig belebt. Leitende Montanwerthe anfangs gebessert, dann nachgebend; Bochumer 202,50—201,25—201,60 bis 201,25, Nachbörse 201,25 (- 0,50), Dortmund 102,90—101,90 bis 102,25, Nachbörse 102 (- 0,50), Laura 139,80—138,80—139,25—138,90, Nachbörse 138,90 (- 0,20). Von Cassabergwerken blieben gesucht Gelsenkirchen, Redenhütte, Eschweiler. Von anderen Industriewerthen stellten sich höher: Loewe (+ 10), Schwartzkopf (+ 3), Oberschles. Chamottefabrik (+ 2,50), Bredow Cementfabrik (+ 4,25), Actienfabrik für Hutfabrikation 141 bez. Gd., Dresdener Baugesellschaft 165,25 bez. Gd., Archimedes 149,50 bez. Gd.

Berlin, 13. März. **Prodnotenbörse.** Von auswärtigen Märkten lagen heute wieder nur matte resp. flache Berichte vor, aber der Einfluss auf den hiesigen Verkehr reichte nicht weit. Die Bedürfnisse-prise nach den letzten anhaltenden Rückschlägen kam mehr zur Geltung, so dass auf fast allen Gebieten Preisbesserungen verzeichnet waren. — Loco Weizen träge. Im Terminverkehr kamen anfänglich noch verschiedentlich Realisationen resp. Verkäufe auf neue Zusagen zur Ausführung, aber der vorhandene Deckungsbegehr nahm nicht nur alles Angebotene auf, sondern erwies sich entschieden überwiegend und so nachhaltig, dass Course bis zum Schlusse anzogen, so dass sie mit einer Steigerung von ca. 1 $\frac{1}{2}$ M. aus dem Markte gingen. — Loco Roggen hatte schwerfälligen Umsatz zu wenig veränderten Preisen. Im Terminverkehr zeigte sich ziemlich guter Deckungsbegehr, welcher sich gerade durch die zunehmende Festigkeit des Marktes steigerte. Preise zogen langsam an, schlossen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Mark höher als gestern, aber lebhaft war der Handel nicht. — Loco Hafer ebenso wie Termine fest. — Roggenmehl gut behauptet. — Mais matt. — Kartoffelfabrikate still. — Rüböl in besserer Frage ging wegen der knappen Angebote nicht viel um. Preise schlossen 20—30 Pf. höher als gestern. — Petroleum unverändert. — Spiritus erfreute sich reger Deckungs- und neuer Speculationsfrage, welche dem Markte ein lebhaftes Aussehen und feste Tendenz verlieh. Preise sind indess wesentlich höher gegangen, weil Spritfabrikanten spätere Termine abgaben.

Posen, 13. März. Spiritus loco ohne Fass (50er) 51,10 Mark, (70er) 31,40 Mark. Tendenz: Behauptet. Wetter: Schön.

Amsterdam, 13. März. Java-Kaffee good ordinary 52 $\frac{1}{4}$.

Havre, 13. März. Vorm. 10 Uhr 30 Min. Kaffee. Good average Santos per März 103,50, per Mai 109,50, per September 111,50. Tendenz: Fest.

Magdeburg, 13. März. Zuckerbörse. Termine per März 14,95 M. Br., 14,92 M. Gd., per April 14,95 M. bez. Br., 14,92 M. Gd., per Mai 15,07 M. bez. Br., 15,05 M. Gd., per Juni-Juli 15,25 M. bez. Br., 15,20 M. Gd., per August 15,35 M. Br. u. Gd., per Septbr. 15,00 M. Br., 14,92 M. Gd., per October 15,50 M. bez. Gd., 13,52 Mark Br., per November 15,65 M. bez. Gd., 13,30 M. Br., per Nov.-Decr. 13,15 M. bez. Gd., 13,17 M. Br. Tendenz: Ruhig.

Frankfurt a. M., 13. März. Mittag. Credit-Actionen 252,75

Staatsbahn 207,12. Lombardeien — Galizier —. Ungarische Goldrente 85,40. Egypter 87,10.

Köln, 13. März. [Getreidemarkt] (Schlussbericht) Weizen loco —, per März 20,05, per Mai 20,30, per Juli 20,40. Roggen loco —, per März 14,80, per Mai 15,15, per Juli 15,20. — Rüböl loco —, per Mai 57,80, per October 51,90. — Hafer loco 14,50.

Paris, 13. März. Zuckerbörse. Rohzucker 88 fest, loco 39,75—40.

weisser Zucker fest, per März 42,50, per April 43,75, per Mai-Juni 44,25, per October-Januar 38,00.

London, 13. März, 12 Uhr 28 Minuten. Zuckerbörse. Fest Bas. 88%, per März 14, 10 $\frac{1}{2}$, per April 14, 10 $\frac{1}{2}$, per Mai 15 + 1 $\frac{1}{2}$.

London, 13. März. Zuckerbör

(Fortsetzung.)

Hamburg. 13. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinisch 155—175, Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 160—170, russischer ruhig, loco 98—102. Rüböl ruhig, loco 58. Spiritus matt, per März 19^{1/2}, per April-Mai 20^{1/4}, per Mai-Juni 20^{1/2}, per Juli-August 21^{1/4}. — Wetter: Regen, Wind.

Amsterdam. 13. März. [Schlussbericht.] Weizen höher, per März 200, per Mai 203, per November 208. Roggen unverändert, per März 117, per Mai 118, per October 122. Rüböl loco 32, per Mai 30^{1/2}, per Herbst 26^{1/4}.

Paris. 13. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen matt, per März 25, 30, per April 25, 50, per Mai-Juni 25, 90, per Mai-August 25, 80. — Mehl weichend, per März 56,—, per April 56, 25, per Mai-Juni 56, 60, per Mai-Aug. 56, 50. — Rüböl steigend, per März 77, 00, per April 76,—, per Mai-August 69, 75, per Sept.-Octbr. 60, 25. — Spiritus fest, per März 40, 75, per April 41, 25, per Mai-August 42,—, per September-October 41, 25. — Wetter: Schön.

London. 13. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Sämtliche Getreidearten ruhig, Weizen nur zu billigeren Preisen verkauflich. Fremde Zufuhren: Weizen 38 650, Gerste 4850, Hafer 12 200. — Wetter: Trübe.

Liverpool. 13. März. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Unverändert.

Abendbörsen.

Wien. 13. März, Abends 5 Uhr 35 Min. Oesterr. Credit-Action 302, 75. Marknoten 59, 47. 4proc. Ung. Goldrente 101, 65. Galizier 204, 75. Ruhig.

Frankfurt a. M. 13. März, Abends 7 Uhr 8 Min. Credit-Action 252, 87. Staatsbahn 203, 87, Lombarden 84^{1/4}, Ungar. Goldrente 85, 30. Egypter 87, 35. Mainzer 111, 70. Staatsbahn matt.

Hamburg. 13. März, 9 Uhr 3 Min. Abd. Credit-Action 252^{1/4}, Staatsbahn 510, Lombarden 211, Disconto 237, Ostpreussen 96^{1/2}, Marienburger 78^{1/2}. Fest.

Marktberichte.

* Über Stromfrachten. [Bericht vom Spediteurverein Herrmann & Theilnehmer in Stettin und Hamburg.] Hamburg, 12. März 1889. Die Eröffnung der Elbeschiffahrt, die sich auch in diesem Jahre durch anhaltendes Frostwetter wieder verzögert hat, wird nunmehr, nachdem beständiges Thauwetter eingetreten ist, längstens Ende dieser Woche erwartet werden. Die im hiesigen Revier überwinternten Kahn sind zu einem grossen Theile befacht; die disponiblen Kahnräume waren in letzter Zeit nur noch zu erhöhten Frachten erhaltlich, indessen ist das Ladungs-Angebot bislang mässig geblieben und sobald nach erst offenem Wasser die neue Schiffahrt hier an den Markt gelangt, dürften billigere Frühjahrsfrachten bald zur Geltung kommen. Wir notiren reine Schlepperfrachten ab Hamburg für Stückgüter resp. Massengüter nach Berlin 0,70—0,80 M.; 0,60—0,65 M., Breslau, Glogau 0,95—1,00 M.; 0,90—0,95 M., Magdeburg 0,60—0,70 M.; 0,40—0,45 M., Schönebeck 0,60—0,70 M.; 0,40—0,45 M., Wallwitzhausen 0,60—0,70 M.; 0,45—0,50 M., Riesa, Dresden 0,65—0,75 M.; 0,55 M., Tetschen, Bodenbach 0,75—0,85 M.; 0,65 M., Aussig 0,85—0,90 M.; 0,70—0,75 M. Alles per 100 Kigr. Für Massengüter ist Condition per Kahn in vollen Ladungen zu empfangen.

Neustadt OS. 12. März. [Wochenmarktbereich von Franz Furch.] Der heutige Markt war sehr reichlich besafen. Dieser Umstand und die flauen auswärtigen Notizen veranlassen einen starken Rückgang der Preise, der besonders in Roggen bedeutend war, während Hafer theurer bezahlt wurde. Preise wurden wie folgt bezahlt: Weizen per 100 Kilogr. 16,50—17,50 M., Roggen per 100 Kigr. 14,10—14,70 M., Gerste per 100 Kigr. 14,00—15,50 M., Hafer per 100 Kigr. 12,00 bis 14,00 M., Wicken per 100 Kigr. — M., Roggenlangstroh per 600 Kigr. 24—25 M.

Hamburg. 12. März. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Spiritus: per März 19^{1/2} Br., 19^{1/2} Gd., per März-April 19^{1/2} Br., 19^{1/2} Gd., per April-Mai 20^{1/4} Br., 20 Gd., per Mai-Juni 20^{1/2} Br., 20^{1/4} Gd., Juni-Juli 21^{1/4} Br., 21 Gd. — Tendenz: Still.

Bom Standesamte. 12/13. März.

Aufgabe.

Standesamt I. Rother, Reinhold, Münster, 1, Ottostr. 29, Winkelmann, Selma, f., Vincenzstr. 61. — Reinsober, Paulus, Oberlazarethgehilfe, 1, Werderstr. 19, Wittke, Martha, f., Vincenzstr. 21. — Adler, Theodor, Sattler, 1, Oppeln, Bähnschütz, Marie, ev., Büttnerstr. 7. — Skarabisch, Johann, Zuschnieder, ev., Antonienstr. 35, Hartwig, Martha, f., Neumarkt 19. — Schubert, Augustin, Arbeiter, 1, Breitestraße 36/37, Sievert, Auguste, ev., ebenda. — Lange, Carl, Tischler, ev.-luth., Paulstraße 28, Graff, Rosina, ev., A. O. Bahnhof 2. — Bartnick, Oscar,

Höhere Mädchenschule u. Pensionat,
Klosterstraße 86, Ecke Feldstraße.
Das neue Schuljahr beginnt am 1. April. Sprechstunden 12—2 Uhr.

Marie Klug.

Schlesisches Conservatorium,
Breslau, Ohlauerstrasse 74.

Hochschule für alle Zweige der Tonkunst, Organistenschule, Gesangsschule für Oper und Concert, Seminar für Musiklehrer und Lehrerinnen. Damit verbunden eine Vorschule. [1217]

Director Adolf Fischer.

Realgymnasium zu Löwenberg i. Schl.

Das neue Schuljahr beginnt Donnerstag, den 25. April. Anmeldungen neuer Schüler nimmt der Rector Steinvoth entgegen, auch ist derselbe bereit, geeignete Pensionen nachzuweisen. Die Anft ist gewährt nach einjährigem erfolgreichen Besuch der Secunda das Recht zum Einjährig-Freiwilligendienst. [3162]

Das Curatorium.

Schlesische Boden-Credit-Action-Bank.

Status am 28. Februar 1889.

Activa.

	M	8
Kassen- und Wechselbestände	2 955 395.	99.
Effagen nach § 40 des Statuts	2 043 281.	96.
Auslagen des Reservefonds	1 155 850.	—
Unfindbare Hypothekenforderungen	56 609 709.	05.
Kündbare Hypothekenforderungen	229 550.	—
Darlehen an Communen und Corporationen	1 174 400.	—
Lombard-Darlehen	893 03.	10.
Banngäbude Herrenstraße 26 in Breslau	247 000.	—
Guthaben bei Banken und Bankhäusern	2 284 779.	71.
Verschiedene Activa	252 235.	50.
	M	67 845 235.
		31.

Passiva.

	M	8
Actien-Capital	7 500 000.	—
Unfindbare Pfandbriefe im Umlauf	55 833 350.	—
Schlesische Kommunal-Obligationen im Umlauf	982 900.	—
Unerhobene Valuta gelöster Pfandbriefe	410 070.	—
Einzelzösende Coupons und Dividendenscheine	348 481.	16.
Reiterfonds	1 163 991.	44.
Hypotheken-Amortisationsfonds	804 316.	22.
Hypotheken-Zinsen und Verwaltungs-Einnahmen	93 515.	67.
Verschiedene Passiva einschließlich Reingewinn pro 1888	708 610.	82.
	M	67 845 235.
		31.

Breslau, den 8. März 1889.

Der Vorstand.

Handlungskommiss, ev., Oderstr. 13, Knappe, Clara, ev., Universitätsplatz 17. — Kosanke, Bruno, Bildhauer, f., Paulstr. 20, Kutt, Bertha, f., Lehndamm 14. — Schwabe, Herm., Oberlazarethgehilfe, f., Werderstraße, Garnison-Lazareth, Schubert, Anna, ev., Werderstraße 22a. — Wokittel, Hermann, Schuhmacherstr., f., Uferstr. 40, Brzuzikowska, Sophie, f., Gneisenaustr. 4. — Hillel, Georg, Kaufmann, jüd., Berlin, Feliz, Agnes, ev., Reuschstr. 21. — Valentín, Josef, Arb., f., Herdin, Kroh, Anna, geb. Wasson, f., Basteigasse 2. — Grätz, Gottlieb, Häusälter, ev., Gelhornstraße 29, Braun, Anna, f., Paulstr. 9. — Drefel, Richard, Kaufmann, f., Grossen-A. O., Weisz, Regina, f., Antonienstr. 30, Standesamt II. Kravzynski, Wlad., Dr. med., f., Matthiasstr. 8, Pfeiffer, Hel., ev., Neu-Taschenstr. 25. — Deke, Heinrich, Drechsler, f., Brüderstraße 16, Eisler, Mar., ev., Palmstraße 42. — Thoma, Aug., Stollnach, f., Kurzeg. 54, Neumann, Carol., f., Ratelsdorf. — Handörfer, Oscar, Droguist, ev.-luth., Nachodstraße 1, Reichelt, Clara, ev., Friedrichstr. 96. — Umbach, Georg, Mässlebier, ev., Neue Taschenstr. 19, Scholz, Olga, ev., ebenda. — Meise, Ed., Lehrer, ev., Vorwerksstr. 74, Schimpfke, Marg., ev., Adalbertstr. 35. — Menzel, Fried., Arbeiter, ev., Gabitzstraße 59a, Hein, Beate, ev., Neudorfstr. 70. — Brannert, Ernst, Bahnarbeiter, ev., Vorwerksstr. 80, Herrmann, Paul, ev., Carlsstr. 7.

Sterbefälle.

Standesamt I. Weinknecht, Hildegard, T. d. Kaufm. Georg, 3 J. — Wenzel, Abram, Tischlergeselle, 43 J. — Großpietsch, Clara, geb. Meißner, Haushälterin, 62 J. — Moehmann, Alexander, S. d. Arb. Alexander, 2 J. — Neimetz, Amalie, T. d. Arbeiters Anton, 1 J. — Blattner, Susanna, geb. Wenske, Arbeiterin, 64 J. — Pohl, Anna, geb. Fuchs, Frau Real-Gymnasiallehrer, Dr., 36 J. — Röß, Bertha, geb. Köller, Particulierfrau, 51 J. — Loyke, Helene, T. d. Locomotivheizers Gustav, 10 J. — Groß, Bertha, T. d. Fleischers Julius, 6 J. — Neugebauer, Gertrud, T. d. Buchbindermstr. Gustav, 1 J. — Hirzstein, Marcus Leopold, Kaufmann, 54 J. — Neutwig, Elsa, T. d. Holzbildhauers Carl, 5 M. — Grafin, Berta, T. d. Schiffseigners Ferdinand, 5 M. — Kindermann, Josefa, geb. Glimski, verw. Wittek, Webernowe, 88 J. — Franke, Ros., Arb., 32 J. — Häflner, Carl, Mustetier, 21 J. — Stiller, Carl, S. d. Haush., 1 J. — Ulrich, Aug., Postillon, 28 J. — Reich, Ida, geb. Friemel, Arbeiterin, 50 J. — Hillert, Johann, Fleischer, 39 J. — Nitze, Franz, S. d. Arb. Franz, 4 M. — Nather, Eugen, Strohputzapprent., 68 J. — Nowak, Alfred, S. d. Kaufmanns Paul, 1 J. — Wandachowski, Olga, geb. Kusche, Schuhmacherfrau, 29 J. — Wäber, Carl, Arb., 57 J. — Langner, Mathilde, geb. Süßmann, Haushälterin, 58 J. — Haberland, Albertine, geb. Weichert, Müllermeisterin, 67 J.

Standesamt II. Labudzinska, Marie, geb. Matecka, Schuhmacherin, 73 J. — Guttmann, Jacob, Rentier, 92 J. — Wittig, Carl, Bureaubinder, 58 J. — Thaler, Caroline, geb. Specht, Frau Oberamtmann, 74 J. — Bimmermann, Paul, Buchhalter, 24 J. — Schirdewahn, August, Droschenbeiger, 50 J. — Lämml, Guttmann, Particulier, 74 J. — Frank, Helene, Näherin, 22 J. — Sonnenfeld, Jenny, geb. Bartenstein, Frau Prinzipier, 56 J. — Hoffmann, Erich, S. d. Ausschänkers Carl, 5 M. — Krumpa, Gottlieb, Amtsgerichts-Sekretär a. D., 66 J. — Härtter, Elfriede, T. d. Klempnermstr. Gustav, 1 J. — Kroll, Anna, geb. Heidrich, Kaufmannsfrau, 42 J. — Hübler, Emma, T. d. Schifffers August, 8 M. — Grossmann, Franz, Buchhalter, 27 J. — Karthe, Emil, Bureaugehilfe, 38 J. — Beck, Caroline, geb. Kneisch, Arbeiterin, 41 J. — Ott, Erna, T. d. Drehers Eugen, 9 M. — Näge, Friedrich, Fleischermeister, 73 J. — Raue, Wilhelm, S. d. Koblenzhändlers Wilh., 3 L. — Gordziel, Emma, T. d. Arbeiters Johann, 1 J. — Grüner, Friedrich, Senatspräsident a. D., 75 J. — Ecken, Hedwig, T. d. Tischlers Joef, 2 J.

Standesamt III. Labudzinska, Marie, geb. Matecka, Schuhmacherin, 73 J. — Guttmann, Jacob, Rentier, 92 J. — Wittig, Carl, Bureaubinder, 58 J. — Thaler, Caroline, geb. Specht, Frau Oberamtmann, 74 J. — Bimmermann, Paul, Buchhalter, 24 J. — Schirdewahn, August, Droschenbeiger, 50 J. — Lämml, Guttmann, Particulier, 74 J. — Frank, Helene, Näherin, 22 J. — Sonnenfeld, Jenny, geb. Bartenstein, Frau Prinzipier, 56 J. — Hoffmann, Erich, S. d. Ausschänkers Carl, 5 M. — Krumpa, Gottlieb, Amtsgerichts-Sekretär a. D., 66 J. — Härtter, Elfriede, T. d. Klempnermstr. Gustav, 1 J. — Kroll, Anna, geb. Heidrich, Kaufmannsfrau, 42 J. — Hübler, Emma, T. d. Schifffers August, 8 M. — Grossmann, Franz, Buchhalter, 27 J. — Karthe, Emil, Bureaugehilfe, 38 J. — Beck, Caroline, geb. Kneisch, Arbeiterin, 41 J. — Ott, Erna, T. d. Drehers Eugen, 9 M. — Näge, Friedrich, Fleischermeister, 73 J. — Raue, Wilhelm, S. d. Koblenzhändlers Wilh., 3 L. — Gordziel, Emma, T. d. Arbeiters Johann, 1 J. — Grüner, Friedrich, Senatspräsident a. D., 75 J. — Ecken, Hedwig, T. d. Tischlers Joef, 2 J.

Bilder- sowie Spiegel-Rahmen, Consols etc. werden in eigener Fabrik billigst angefertigt, alte Rahmen reparirt u. neu vergoldet.

F. Karsch, Kunsthändlung, Bohmenfabrik und Vergolderei.

Breslau, im Stadttheater.

Royal Thridace Seife

Pflege der Haut u. Schönheit des Teints:

ROYAL THRIDACE SEIFE

VELOUTINE SEIFE

zu haben in allen Parfümerie- u. Coiffeurgeschäften

[4720]

Savon Royal de Thridace

von

[668]

Violet in Paris,

die berühmte französische grüne Seife.

Umbach & Kahl, Taschenstrasse 21.</

Die Verlobung ihrer Tochter Gertrud mit Herrn Apotheker Carl Thiele beeilen sich ergeben zu anzeigen
Ger.-Assessor a. D. und Stadtrath Paul Kletke und Frau.

Breslau, 10. März 1889.

[4304]

Gertrud Kletke, Carl Thiele, Verlobte.

Die Verlobung meiner Tochter Nuschka mit dem praktischen Arzte Herrn Dr. Alfred Schlesinger in Berlin zeige ich ergeben zu anzeigen.
Breslau, im März 1889.

Leopold Goldfeld.

Ruscha Goldfeld,
Dr. Alfred Schlesinger,
Verlobte. [4302]
Breslau. Berlin.

Die Verlobung meiner jüngsten Tochter Clara mit dem Kaufmann Herrn Louis Leibholz in Berlin beeile ich mich hier durch Freunden und Bekannten ergeben zu anzeigen.
Reichenbach i. Schl., im März 1889.

Sophie Oelsner,
geb. Eckendorff.

Montag Abend entschließt sanft nach schwerem Leiden unser innig geliebter guter Gatte, Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann [4303]

Adolph Leipziger,

im Alter von 46 Jahren.

Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigen dies schmerz-erfüllt an

Die Hinterbliebenen.

Hamburg, Münsterberg, Glatz, Neisse, Breslau, Berlin, Eschwege, den 13. März 1889.

Nach fünfwöchentlichen schweren Leiden verstarb am 11. d. M. im 67. Lebensjahr unsere innig geliebte Mutter, Schwieger- und Grossmutter, die [2112]

Wwe. Wilhelmine Leo, geb. Schultz.

Um stille Theilnahme bitten die trauernden Söhne Hermann und Franz Leo.

Am 11. d. Mts. starb unser Mitglied Herr Paul Zimmermann im Alter von 25 Jahren. Sein reges Interesse für unsere Bestrebungen sichert ihm ein ehrendes Andenken. [4282] Breslau, den 13. März 1889.

Die Vorturnerschaft des Alten Turn-Vereins.

Berichtigung.

Das Begräbnis des Herrn Particular Franz Peikert findet nicht auf dem neuen, sondern auf dem alten Mauritius-Kirchhof statt. [4283]

Breslauer Mosaikplattenfabrik Max Breier Lehmdamm 48

Neu Spiritus-Universal-Schnell-Kocher.

Vorzeige:
1) Geruchloses Verbrennen von selbst denaturirtem Spiritus.
2) Bequeme Regulirung der Flamme durch verstellbaren Spiritus-Zusatz.
3) Gefahrloses Nachfüllen während des Brennens.
4) Verdunstung des nicht verbrannten Spiritus nahezu ausgeschlossen.

Preis:
mit 1 Kochstelle . . . 3,50,
mit 2 do . . . 6,50.
Außerdem offeriren wir unseren älteren Express-Rapid-Kocher, sein bronziert . . . 0,85,
vernickelt . . . 3,00.

Herz & Ehrlich, Breslau. [3321]

Soeben erschien und ist bei uns auf Lager:
Weiß, Bruno, Pastor zu St. Remberti in Bremen:
Gedichte „Der Friede Gottes“
elegant gebd. mit Goldschnitt Preis 4 Mark.
Passendes Confirmationsgeschenk.
Trewendt & Granier's Buch- u. Kunsthandlung (Bernh. Hirsch), Breslau, Albrechtstr. 35/36 im Hause des Schles. Bank-Vereins. [3322]

J. Fuchs junior, Ohlauerstraße 16. Spezialität waschechte Strümpfe, Socken und Strumpfängen zu allerbilligsten, festen Preisen.

Garantie für waschechte Farben, besonders unzerstörbar schwarz und marine, auch bei wenig vorstichtiger Wäsche. Echtfarbige Strickbaumwolle Halschild, D. M. C. und Schloßhardt. Anweben von Strümpfen. Echt schwarze gestrickte Damenstrümpfe, Hausbild Nr. 6, mittel Nr. 8 fein gew. lang Pr. 1,80, Pr. 2,00 engl. = 2,00, = 2,25 [3344]

M. Korn, Neuscheffl. 53, I. Billigste Bezugsquelle für alte Art Waaren und Fabrikreste.

Stadt-Theater.

Donnerstag. (Kleine Preise.) Zum letzten Male: "Die Stühlen der Gesellschaft." Schauspiel in vier Acten von Henrik Ibsen. Freitag. "Die Meistersinger von Nürnberg." Oper in 3 Acten von Richard Wagner. [3304]

Lobe-Theater.

Donnerstag. "Nanon." Freitag. "Der Bettelstudent." Sonnabend. Abschieds-Vorstellung der Frau Niemann - Raabe. "Cyprien." Lustspiel in drei Acten von Sardou. Sonntag. Zum 1. Male: "Das Spieghel der Königin." Große Operette in 3 Acten von Johann Strauss.

Paul Scholtz's Etablissement.

Heute, [4299] Donnerstag, den 14. März 1889.

Zum ersten Male: "Unsere Marine." Komische Operette in 1 Act von Linderer. Musik von Thiele.

Bisher: "Er ist eiserstüchtig." Lustspiel in 1 Act von Ely.

"Der Weiberfeind." Lustspiel in 1 Act von Benedix. Morgen wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung.

Orchester-Verein.

Donnerstag, den 14. März 1889, Abends 7 1/4 Uhr, im Musiksaal der Universität:

VIII. Kammermusik-Abend.

1) Trio für Clavier, Violine und Violoncello, op. 99 (B-dur) F. Schubert.

2) Sonate für Clavier und Violine (D-moll) R. Schumann.

3) Sextett für Streich-Instrumente op. 18 (B-dur) J. Brahms. Clavier: Herr Musikdirektor E. Flügel.

Streichinstrumente: die Herren Concertmeister Himmelstoss, Schnelle, Leipnitz, Backhaus, Melzer und Kaupert.

Gastbillets à 2 Mark sind in der Königl. Hof-Musikalien-, Buch- und Kunstdhandlung von Julius Hainauer zu haben. [3256]

Freitag, den 15. März, 7 1/4 Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse:

II. Lieder-Abend

vom

Hermine Spies,

unter Mitwirkung der Herren Violinvirtuosen

Charles Gregorowitsch und Pianisten

José Vianna da Motta.

1) Variationen und Fuge op. 35. Beethoven.

2) Recitatif u. Arie aus Samson. Händel.

3) Teufels-Sonate. Tartini.

4) Dichterliebe. Schumann.

5) Berceuse. Simon.

6) Jota aragonesa. Sarasate.

7) Von ewiger Liebe. Brahms.

8) Veilchen. Mozart.

9) Liebes Mädchen hör mir zu. Haydn.

Billets à 4, 3 und 2 Mark für nummerierte Sitze, 1 M. für Stehplätze sind in der Musikalienhandlung von Julius Offhaus, Königstr. 5, zu haben. [3343]

Aufrichtiger Freund. Bitte um Ihre Adresse behufs Aufklärung. [3358] E. B.

Montag, den 25. März, 7 1/2 Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse:

Concert

von

Amalie Joachim

unter Mitwirkung von

Frl. Hedwig Sicca (Sopran) und der Herren Raimund von Zur Mühlen (Tenor). Rudolf Schmalfeld (Bass) und Theodor Bohlmann (Clavier).

Das Programm enthält u. a.: Zigeunerlieder von Brahms, Spanisches Liederspiel von Schumann, Duette von Brahms u. Schubert. Billets à 4, 3, 2 und 1 M. in der Schleiter'schen Buchhandlung (Franck & Weigert), Schweidnitzerstrasse 16/18.

Voranzeige!

Sonnabend, den 23. März, und Sonntag, d. 24. März, 7 1/2 Uhr Abends, veranstaltet im grossen Saale der Neuen Börse

Quartett Udel

vom [3345]

Wiener Männer-Gesangverein

zwei Concerte.

Billets zu beiden Concerts à 3, 2 und 1 Mark in der Schleiter'schen Buchhandlung (Franck & Weigert), Schweidnitzerstrasse 16/18. [4306]

Ferdinand Freund, Breslau, Kais. Wilhelmstr. 104.

Breslauer Concerthaus.

Heute: X. Symphonie-Concert.

Anfang 3 Uhr. Entrée 60 Pf. 1/2 Dutzend Billets in der Musikalienhandlung von Th. Lichtenberg u. a. d. Kasse. [3342]

Philharmonie.

Heute Probe. Aufführung d. 19.

Verein der Litteraturfreunde. Heutige Sitzung fällt aus.

Brieger Singakademie

Brieg.

Sonnabend, 16. März, Abends 7 Uhr:

Das Paradies u. die Peri

von Robert Schumann.

Soli: Fr. Katharina Lange, Fr. Anna Stephan, Herr v. Zur-Mühlen-Berlin, Herr Stanislaus Schlesinger.

Billets à 2 Mark bei Herrn Kroschel. [3246]

Jung.

Unter dem allerhöchsten Protektorat
Sr. Kgl. Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern.

Bühnenfestspiele in Bayreuth.

Vom 21. Juli bis 18. August incl. werden an allen Sonntagen und Donnerstagen Aufführungen des Bühnenweihfestspiels "Parisal" — an allen Montagen Aufführungen von "Tristan und Isolde" — an allen Mittwochen und am Sonnabend, den 17. August, Aufführungen der "Meistersinger von Nürnberg" stattfinden. [1353]

Eintrittspreis 20 Mk. Ausgabe der Karten vom Mai ab. Vormerkungen werden schon jetzt entgegengenommen und ausführliche Programme auf Verlangen versendet.

"Tristan und Isolde" und "Die Meistersinger von Nürnberg" werden auf absehbare Zeit hinaus nicht mehr zur Aufführung gelangen. Im Jahre 1890 werden keine Aufführungen stattfinden.

Bayreuth, Februar 1889.

Verwaltungsrath der Bühnenfestspiele.

Oppler & Oelsner

en gros Tuchhandlung en détail

Ring 51, erste Etage,

empfehlen zur Frühjahrs-Saison

ihr reichhaltiges Lager

in feinen

Tuchen und Nouveautés. [2477]

Zur Confirmation

empfiehlt mein großes Lager

[3336]

Schwarzer Cachemires

sowie

Fantasiestoffe

in nur guten Qualitäten zu sehr billigen Preisen.

S. Karfunkelstein,

57, Ring 57.

Proben nach Auswärts franco.



C. E. Haupt,
Königl. Gartenbau-Director,
Breslau, Schweidnitzerstrasse 37,
empfiehlt Blumenarrangements aus feinsten
lebenden Blumen, zu zeitgemäß billigen
Preisen: Braut- und Ballgarnerien, Blumen-
körbchen, Bouquets und Fantasiestücke jeder
Form und Größe, Trauer-Decorationen,
Palmenwedel, Trauer- und Lorbeerkränze etc. in
hochfeinster, neuester Ausführung mit prächtig
vollen Orchideenblumen. [1303]
Auswärtige Aufträge werden aufs beste beforgt.

Précis de l'histoire de la littérature française

par V. Thys, [1348]

institutrice française.

Trewendt & Granier,

Albrechtstrasse 35/36.

1. Klasse 2. April

Preuss. Lotterie.

Loanthielen kosten pro Klasse:

1/40 1/40 1/20 1/20 1/16 1/10

M. 1 1 1/2 2 3 4 6 M.

Zur Ziehung am 26.—28. März

Worms Loose à 2 M. 10 Pf.

Gew. 30.000 M. baarne Abz.

10.000.5000 M. baarne Abz.

10.000.5000 M. baarne Abz.

10.000.5000 M. baarne Abz.

10.000.5000 M. baarne Abz.

Breslauer Wechsler-Bank.

In Gemäßheit der §§ 27 und 34 des Statuts werden die Herren Actionnaire zur
ordentlichen General-Versammlung
am 11. April 1889, Nachmittags 4 Uhr,
in der neuen Börse hier selbst
eingeladen.

Gegenstände der Verhandlung sind:

- Entgegennahme des Geschäftsberichts; Genehmigung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung pro 1888; Gewinnvertheilung und Ertheilung der Entlastung, event. Wahl von drei Rechnungs-Revisoren. (§ 35 des Statuts.)
- Bestimmung der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes und Wahl von Mitgliedern desselben.

Zur Theilnahme an der General-Versammlung sind nach § 24 des Statuts diejenigen Actionnaire berechtigt, welche ihre Aktionen bis

spätestens den 4. April a. c. bei unserer Hauptkasse

hinterlegt haben. Formulare zu den hierzu erforderlichen Verzeichnissen werden an der Annahmestelle verabfolgt.

Dasselbe liegt auch der Geschäftsbericht nebst den oben bezeichneten Rechnungs-Abschlüssen vom

28. März a. c. ab zur Einsicht aus, und können Druck-Exemplare desselben in Empfang genommen werden.

Breslau, den 13. März 1889.

[3348]

Der Aufsichtsrath der Breslauer Wechsler-Bank. Bülow.

Bilder Kaiser Friedrich III.

und der

Kaiserin Friedrich

in photographischem Glanzdruck auf starkem Karton.

1. Kaiser Friedrich III. zu San Remo,

in Gegenwart der Kaiserin seinem Arzt den Entschluss
zur sofortigen Heimreise und Übernahme der Regie-
rung mittheilend.

2. Kaiser Friedrich der Edle und Hochherzige.

Unter dem Bilde sind die denkwürdigen Worte aus dem
Erlaß Kaiser Friedrichs über religiöse Duldung und politische
Gleichberechtigung abgedruckt: "Ich will, daß der seit
Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene
Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen
Meinen Unterthanen, welcher Religion gemeinschaft-
lich und welchem Bekennnis sie auch ange-
hören, zum Schutz gereiche. — Ein Tuglicher unter
ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe — haben
doch Alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr
ihre volle Hingabe bewährt. Friedrich III." Als
Pendant hierzu:

3. Kaiserin Friedrich, die liebevolle Trösterin der Bedrängten.

Unter dem Bilde befindet sich folgender, jedes gebeugte
Gesicht aufrichtende Ausspruch der treuen Gefährtin Kaiser
Friedrichs, der hingebenden Pflegerin des edlen Kaiserlichen
Dulders: "Trauer und Schmerz suchen Alle gleicher-
maßen heim, gebrochene Herzen finden sich in
Palästen wie in Hütten, und das heilige Band der
Bruderliebe ist sicherlich da am stärksten, wo werk-
thätiges Mitleid Aller Herzen vereint, und Ver-
ehrung für das Gute unsere Seelen erhebt.
Victoria, Kaiserin und Königin Friedrich."

4. Kaiser Wilhelm I. im Arbeitszimmer mit „Unserem Fritz“, Prinz Wilhelm, Bismarck und Moltke (nur in großer Ausgabe).

Preis:

Gr. Ausgabe: 45/34 cm, ganze Figuren, 1,25 Mk., mit antik
geschnitztem Eichenholzrahmen (ohne Glas) 3,50 Mk.

Gr. Ausgabe: 66/49 cm, Brustbilder (Bild ad 1 und 4 ganze
Figuren) 4 Mk., mit antik geschnitztem Eichenholzrahmen
(ohne Glas) 7,50 Mk.

Der Verkauf geschieht porto- und spesenfrei gegen vorherige
Einsendung des Betrages.

Als passende Pendants hierzu die Bilder der Kaiser Wil-
helm I. und Wilhelm II., sowie der Kaiserin Victoria
Augusta in denselben Größen und zu denselben Preisen.

M. REICH, Rosdzin-Schoppinitz,
Verlag vaterländischer Gedenkblätter.

Flügel und Pianinos,
grad- und kreuzsaitig, neuester Construction, in großer Auswahl zu den
ältesten Preisen. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen
und sind auch stets gut reparirt auf Lager. Ratenzahlung bewilligt.

C. Vieweg's Pianoforte-Fabrik,
Breslau, Brüderstraße 10 a b. [692]

T H E E

Vorzüglichster Russischer
Familien-Thee

SANSINSKI in Original-
Packeten von 1/1,
1/2, 1/4, 1/8 Pfd.

1 Pfd. No. 3 kostet 2 M 90 P.

1 Pfd. No. 2 kostet 3 M 25 P.

1 Pfd. No. 1 kostet 3 M 60 P.

1 Pfd. No. 0 kostet 4 M.

Allein-Verkauf für
Breslau bei

B. HIPAUER, Honigkuchen-
und Chocolaten-Fabrik.

Oderstrasse 28

Jedem Packet
liegt ein Bon bei.

Nach Entnahme von 5 Pfd. gegen Rückgabe der Böns 1/2 Pfd. gratis.

T H E E

Reelle unverfälschte Bettfedern.

(Garantiert rein, ohne Zusatz von
Schwertspath etc.)

Preise für das Zoll- pfund.

Domestiken-Schleiss-

Feder 1,50 u. 2 M

Mittel-Schleiss,

weich 2,50 u. 3 "

Prima-Schleiss, sehr

daumenreich 4 u. 5 "

Luxus-Schwanen-Schleiss 6 "

Halbwisse Daunen, sehr

weich 5,50 "

Grossflocken-Daunen, leicht

und ausgiebig 6 u. 7,50 "

Allerfeinsten Schwanen-

daunen 8-10 "

Holländische Eider-

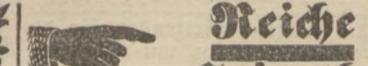
daunen 33,50 "

Grönlandische Eider-

daunen 36,00 "

Unsere Federn werden in
eigenen dazu konstruierten Be-
hältern, deren Boden aus Draht-
geflecht besteht, aufbewahrt,
so dass selbst der geringste
Staub aus denselben heraus-
fallen muss und nur die reine
reelle Feder zum Verkauf
kommt.

Durch vorzügliche Verbin-
dungen in den besseren Kreisen
vermittel seit Jahren keine Partien.
Strenge reelle, absolut
discrete und höchst konstante
Ausführung. [031]



Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbin-
dungen in den besseren Kreisen
vermittel seit Jahren keine Partien.
Strenge reelle, absolut
discrete und höchst konstante
Ausführung. [031]

Adolf Wohlmann, Ernststraße 6, II.

Adresse erbitte genau.

Reiche Heirath!

Durch vorzügliche Verbin-
dungen in den besseren Kreisen
vermittel seit Jahren keine Partien.
Absolute Discretion.

Rückporto erbeten. [1225]

Julius Wohlmann,
Breslau, Oderstr. 3, III.

Sie können sich reich,
glücklich u. passend
verheirathen,

bitte verlangen Sie einfach die Zu-
sendung unserer reichen Heirath-
vorschläge. Porto 20 Pf. für
Damen frei. [1340]
General-Anzeiger Berlin SW. 61.

Concursverfahren.
Über das Vermögen des Kaufmanns
Leopold genannt Louis Frey,
in Firma L. Frey,
zu Königshütte wird heute,
am 5. März 1889,
Vormittags 12 Uhr,
das Concursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann S. Haerber hier
wird zum Concursverwalter ernannt.
Concursforderungen sind
bis zum 6. Mai 1889
bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird zur Beschlussfassung über
die Wahl eines anderen Verwalters, sowie
über die Bestellung eines
Glaubigerausschusses und eintretenden
Falls über die in § 120 der Concursordnung
bezeichneten Gegenstände
auf den 21. März 1889,
Vormittags 10 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen
am den 22. Mai 1889,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte,
Zimmer Nr. 4, Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur
Concursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Concursmasse etwas
schuldig sind, wird aufgegeben, nichts
an den Gemeindeländer zu verab-
folgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Bestehe
der Sache und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache abge-
sonderte Befriedigung in Anspruch
nehmen, dem Concursverwalter
bis zum 6. Mai 1889
Anzeige zu machen. [3331]

Königliches Amts-Gericht
zu Königshütte.
gez. Kempner.

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung
soll das im Grundbuche von Reichen-
stein Band I Blatt 137 auf den
Namn des Franz Franke eingetragene,
zu Reichenstein belegene
Hausgrundstück Nr. 18
am 13. Mai 1889,
Vormittags 10 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht an
Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Haus-Grundstück ist mit
180 Mark Nutzungswert zur Ge-
bäudeferne veranlagt. Auszug aus
der Steuervolle, beglaubigte Ab-
schrift des Grundbuchblatts, etwaige
Abschätzungen und andere das Grund-
stück betreffende Nachweisungen, sowie
besondere Kaufbedingungen können
in der Gerichtsschreiberei des unter-
zeichneten Gerichts eingesehen werden.

Alle Rechtsgeschäftigen werden auf-
gefordert, die nicht von selbst auf den
Ersteher übergehenden Ansprüche,
den Vorhandenheit oder Betrag
aus dem Grundbuche zur Zeit der
Eintragung des Versteigerungs-Ver-
merks nicht hervorgerufen, insbesondere
derartige Forderungen von Capital,
Zinsen, wiederkehrenden Lebungen
oder Kosten, spätestens im Verstei-
gerungstermin vor der Aufforderung
zur Abgabe von Geboten anzumelden
und, falls der betreibende Glaubiger
widerspricht, dem Gerichte glaubhaft
zu machen, widrigfalls dieselben
bei Feststellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt werden und bei
Vertheilung des Kaufgeldes gegen
die berücksichtigten Ansprüche im
Rande zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum
des Grundstücks beanspruchen, werden
aufgefordert, vor Schluss des Ver-
steigerungstermins die Einstellung
des Verfahrens herbeizuführen, widrig-
falls nach erfolgtem Zuschlag das
Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch
an die Stelle des Grundstücks tritt.
Das Urtheil über die Ertheilung
des Zuschlags wird [2681]

am 14. Mai 1889,
Mittags 12 Uhr,
an Gerichtsstelle verkündet werden.
Reichenstein, den 30. Januar 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.
In unser Firmen-Register ist heut
bei Nr. 291 der durch Erbgang auf
die Erben des Inhabers erfolgte
Übergang der Firma [1344]

L. Meyer vormals M. Lax
zu Waldenburg vermerkt und die Firma
im Firmen-Register gelöscht worden.

Ferner ist in unser Gesellschafts-
Register unter Nr. 197 die Firma
L. Meyer vormals M. Lax
mit dem Sitz in Waldenburg und
mit dem Beifügen heut eingetragen
worden, daß:

1) die Gesellschafter sind:
a. die verwitw. Frau Kaufmann
Cäcilie Meyer, geb. Lax,
b. der Kaufmann Carl Meyer,
c. Elfriede Meyer,
d. Margaretha Meyer,
e. Morris Meyer,
f. Adolf Meyer,
g. Elise Meyer,
h. Berline Meyer,
sämtlich in Waldenburg;

2) die Gesellschaft am 1. Januar
1889 begonnen hat und
3) die Befugniß, die Gesellschaft zu
vertreten, nur der verwitw. Frau
Kaufmann Cäcilie Meyer,
geb. Lax, und dem Kaufmann
Carl Meyer zusteht, die übrigen
Gesellschafter aber von der Ver-
treterbefugniß ausgeschlossen
sind.

Waldenburg, den 8. März 1889.
Königliches Amts-Gericht.

Das Verfahren der Zwangsver-
steigerung des im Grundbuche von
Johnwick Band I Blatt 1 auf den
Namn des Gutsbesitzers Richard
Nosenbaum zu Johnwick eingetra-
genen, zu Johnwick belegenen Grund-
stückes Erbscholtsei Nr. 1 Johnwick
wird aufgehoben, da der Auftrag auf
Zwangsvorsteigerung von dem be-
treibenden Glaubiger zurückgenom-
men worden ist. Termin am 26. und
27. März er. fallen weg. [3349]

Witten, den 12. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Ein Eig.-Fabrikant sucht noch 1 oder
mehr Kauf, welch er Eig. in mittl.
Preislag. regelmäßig zu billig, aber
reellen Preisen liefern kann. Saubere
und reelle Ware garantirt. Gesl.
Off. sub L. S. 3 Hauptpostflag.

H. & W. Pataky,
Berlin SW., Königgrätzerstr. 41,
Prag, Körngasse 31,
erwirken und verwerthen [929]

Patente.

Laut notarisch beglaubigten Ver-
wertungsverträgen haben wir durch
den Verkauf solcher Patente, welche
durch uns nachgesucht wurden,

Mr. 782.000
erzielt, wobei Patentverkäufe unter
Mr. 25.000 nicht eingerechnet sind.
Auskünfte und Prospekte gratis.

Prima-Referenzen. — Sichere finan-
zielle Fundierung. — Große über-
seitliche Beziehungen.

60000 Mark
find zur ersten Hypothek auf
hiesige Grundstücke gegen 4%
Zinsen auf längere Zeit fest ohne
Bermittelung zu vergeben. Gesl.
Offeren erbeten durch **Haasen-
stein u. Vogler**, Breslau, unter
H. 21322. [1351]

40000 Mark
werden 1. Hypoth. auf
zur schön Besitzung, massiven Gebäuden,
guten Ländereien, Brandfasse 46 000
Mark, Tare Mark 73 000, zum
1. April gesucht. Gesl. Offeren
unter U. 222 an **Rudolf Mosse**,
Breslau, zu richten. [1349]

Bauhülfsgelder
find unter sehr günstigen Bedin-
gungen zu vergeben. Offert. unter
G. 88 Exped. der Bresl. Stg.

Theilhaber gesucht!
Eine deutsche überseeische Firma
(Export u. Import) sucht zur
Ausdehnung des Geschäfts und
Auslösung eines inerativen,
colonialen Unternehmens einen
jüngeren, unabhängigen Kauf-
mann oder Kauf. gebildeten
Oekonom mit M. 100. - 200 000
disponiblem Capital als aktiven
Theilhaber. Bedingung: Neben-
fiedelung nach drüber, gesundes
Klima. [1303]

Offert. sub H. O. 611 an
Rudolf Mosse, Hamburg, erb.

Carbolineum!

Eine erste Carbolineum-Fabrik
(nur allein prämiert Brüssel) sucht
einen tüchtigen General-Vertreter
(Proprietär) für den Regierungs-
bezirk Breslau. Offerten unter
H. V. 428 an **Haasenstein &
Vogler**, Magdeburg. [1105]

**Ein Spritgeschäft
in Nordhausen**

mit größeren Lagerräumen und Ge-
leisverbindung wünscht die
Tretung einer Sprit-Fabrik zu
übernehmen oder auch für eigene
Rechnung zu kaufen. [1355]

Gesl. Offeren unter P. P. 100
an **Haasenstein & Vogler**, Nord-
hausen, erbeten.

1 Gasthof

mit Tanzsaal, gleich ob Stadt oder
Land, bald zu pachten gesucht.
Off. mit Ang. d. Beding. unter M.
D. 957 an **Rudolf Mosse**, Görlitz.

Ein Speditions-Geschäft
wird von einem Fachmann zu kaufen
gesucht. Offerten sub E. S. 92 an
die Expedition der Breslauer Zeitung.

Baumküchen
für M. 5. — franco von be-
kannter vorzüglichster Güte.

Paul Lange,
Conditor, Bischofswerda i. S.

Ein Flügel Umzugshalber zu
verkaufen **Tannenstraße 62a**,
1 Treppe, links. [1429]

Decoration 2 Fenster im Pfleider-
spiegel, komplett mit allem Zubehör
billig z. verl. **Albrechtsstr. 3, 1.**

Holzdrehbänke!
Bandsägen, Fräsmaschinen,
Drehwerke etc. zum Fuß- u. Maschi-
nenbetrieb, sowie zum einzeln Theil-
dazu, fertigt in bester Arbeit Aug.
Burkhardt. Breslau, Tafelstrasse 5.

Waldenburg, den 8. März 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Ich suche bei hohem Gehalt einen durchaus
tüchtigen, erfahrenen Reisenden,
welcher den Verkehr mit Gutsbesitzern kennt.
Solche, welche mit der Dünge- und Futtermittelbranche
vertraut sind, erhalten den Vorzug. [3320]

S. Sternberg, Düngerhandlung,
Breslau.

Von wieder neu eingetroffenen
Sendungen empfehle ich:

Frische Rennthierrücken und Keulen,
à Stück von ca. 5 Pfd. an,

frische Haselhühner,

Birkhühner,

Fasanen,

Hamburg. Hühner, Krammetsvögel.

W. Schicht,

Junkernstrasse,

vis-à-vis des Hôtel „Goldene Gans“.

Extrafeines

Veilchen-Pulver,

San Fornarina und San Remo,

zum Parfümieren von Kleidern

und Wäsche. Sehr lange nach-

haltend. Fr. Kuhn, Nürnberg.

Hier nur bei **E. Gross**,

Neumarkt 42. [1339]

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche u.

Kundschaft genau vertraut, findet

Stellung in der [1405]

Schles. Dampf-Chocoladen-

und Zuckerwaren-Fabrik

„Germania“, [3326]

Breslau.

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche u.

Kundschaft genau vertraut, findet

Stellung in der [1405]

Schles. Dampf-Chocoladen-

und Zuckerwaren-Fabrik

„Germania“, [3326]

Breslau.

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche u.

Kundschaft genau vertraut, findet

Stellung in der [1405]

Schles. Dampf-Chocoladen-

und Zuckerwaren-Fabrik

„Germania“, [3326]

Breslau.

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche u.

Kundschaft genau vertraut, findet

Stellung in der [1405]

Schles. Dampf-Chocoladen-

und Zuckerwaren-Fabrik

„Germania“, [3326]

Breslau.

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche u.

Kundschaft genau vertraut, findet

Stellung in der [1405]

Schles. Dampf-Chocoladen-

und Zuckerwaren-Fabrik

„Germania“, [3326]

Breslau.

Reisenden.

Nur solche wollen sich melden.

S. Rachwalsky, Glas.

Ein tüchtiger Reisender für die

Provinz Posen, mit Branche